

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Stefan Immerfall

Strukturwandel und Strukturschwächen
der deutschen Mitgliederparteien

Elmar Wiesendahl

Wie geht es weiter mit den Großparteien
in Deutschland?

Ulrich von Alemann/Rolf G. Heinze/Josef Schmid
Parteien im Modernisierungsprozeß
Zur politischen Logik der Unbeweglichkeit

Ute Schmidt

Sieben Jahre nach der Einheit
Die ostdeutsche Parteienlandschaft im Vorfeld
der Bundestagswahl 1998

B 1–2/98
2. Januar 1998

Stefan Immerfall, Dr. phil. habil., geb. 1958; Hochschulassistent am Lehrstuhl für Soziologie der Universität Passau.

Veröffentlichungen u. a.: Territorium und Wahlverhalten, Opladen 1992; Einführung in den europäischen Gesellschaftsvergleich, Passau 1995²; Territoriality in the Global Society, Berlin 1998; (zus. mit Peter Franz) Deutschland in der Bewährungsprobe. Stärken und Schwächen des deutschen Standortprofils im weltweiten Strukturwandel, Opladen 1998; (Hrsg. und Mitautor zus. mit Hans-Georg Betz), Party Politics of the Right: The Rise and Success of Neo-Populist Parties in Western-Style Democracies, New York 1998 (i. E.).

Elmar Wiesendahl, Dr. rer. pol., geb. 1945; Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Veröffentlichungen u. a.: Noch Zukunft für die Mitgliederparteien? Erstarrung und Revitalisierung innerparteilicher Partizipation, in: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Bonn 1997; Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Wiesbaden 1998.

Ulrich von Alemann, Dr. phil., Master of Arts, geb. 1944; seit 1984 Professor für Politikwissenschaft an der Fernuniversität – Gesamthochschule – in Hagen.

Veröffentlichungen u. a.: Grundlagen der Politikwissenschaft, Opladen 1995²; (Hrsg.) Politikwissenschaftliche Methoden, Opladen 1995; Parteien, Reinbek 1995; (zus. mit J. Schmid) Die Gewerkschaft ÖTV. Die Reform der Organisation und die Organisation der Reform, Baden-Baden 1997.

Rolf G. Heinze, Dr. rer. soc., geb. 1951; Professor für Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum und geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (InWIS).

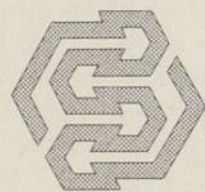
Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit J. Hilbert u. a.) Strukturpolitik zwischen Tradition und Innovation. Nordrhein-Westfalen im Wandel, Opladen 1996; Die blockierte Gesellschaft. Sozioökonomischer Wandel und die Krise des „Modell Deutschland“, Opladen 1997; (zus. mit H. Voelzkow) Regionalisierung der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen, Opladen 1997.

Josef Schmid, Dr. rer. soc., geb. 1956; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück.

Veröffentlichungen u. a.: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa, Opladen 1996; Wohlfahrtsverbände in modernen Wohlfahrtsstaaten, Opladen 1996; (Hrsg. zus. mit U. v. Alemann) Die Gewerkschaft ÖTV. Die Reform der Organisation und die Organisation der Reform, Baden-Baden 1997; Verbände. Interessenvermittlung und Interessenorganisationen. Ein Lehr- und Arbeitsbuch, München 1998 (i. E.).

Ute Schmidt, Dipl.-Soz., Dr. habil., geb. 1943; Privatdozentin am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987; Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994, Opladen 1997; zahlreiche Aufsätze sowie Buch- und Handbuchbeiträge zu den Themenbereichen Politischer Katholizismus, Zentrumsparterie, CDU (in West- und Ostdeutschland), katholische Arbeiterbewegung.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Strukturwandel und Strukturschwächen der deutschen Mitgliederparteien

Noch vor wenigen Jahren waren Politik- und Parteienverdrossenheit diejenigen Schlagworte, die den Zustand der deutschen Parteien und das Verhältnis der Bürger zu ihnen treffend zu kennzeichnen schienen¹. Damals hatte sich selbst Bundespräsident Richard von Weizsäcker an der Parteienschelte beteiligt – und war seinerseits dafür arg gescholten worden². Davon ist heute nur noch selten die Rede³. Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Die Wahlbeteiligung hat sich stabilisiert. Die personelle Austrocknung der Parteien hat sich nicht weiter beschleunigt. Die Ressentiementparteien haben keinen weiteren Zulauf erhalten.

Dies läßt aber kaum den Schluß zu, alles sei wieder beim alten und in Ordnung. Darauf weist bereits das neue politische Schlagwort hin, das gegenwärtig die Runde macht, die Rede vom Reformstau. Es ist im Gegenteil die These dieses Aufsatzes, daß die Lage der Parteien sich gegenüber der vor einem halben Jahrzehnt keineswegs verbessert hat: An die Stelle des Ärgers der Bürger mit den Parteien – was zeigt, daß einem noch etwas am Herzen liegt – tritt schleichend Schlimmeres: Gleichgültigkeit.

Die Beurteilung von Parteien ist naturgemäß umstritten. Auch die Parteiensoziologie kann hier keine normativ oder empirisch eindeutigen Antworten anbieten. Das teilt sie mit ihrem Gegen-

stand. Immerhin stellt sie einige grobe Meßblatten zur Verfügung, nach der die Leistungsfähigkeit von Parteien diskutiert werden kann. Aufgrund des nur politische Parteien kennzeichnenden Doppelcharakters⁴ – sie sind zugleich gesellschaftliche Organisation und, sofern erfolgreich, Teil des staatlichen Apparats – sind Willensbildung und Handlungsfähigkeit die beiden zentralen Beurteilungskriterien. Einerseits sollen Parteien gesellschaftliche Interessen integrieren, bündeln und programmatisch vertreten, andererseits die so erarbeiteten allgemeinen Ziele in konkrete Politik umsetzen, indem sie Personal für Regierungen und sonstige Ämter stellen, die in ihrer Reichweite sind.

Dabei läßt sich genauer noch zwischen inner- und außerparteilichen und zwischen einzelparteilichen bzw. gesamtgesellschaftlichen Bezügen parteipolitischen Handelns unterscheiden (Abbildung 1). Die erste Gliederung verdeutlicht die Sicht aus der Partei bzw. auf die Partei; die zweite den Blick von oben, von großen gesellschaftlichen Gruppen und Konflikten, bzw. von unten, von den handelnden Akteuren. Welche Anforderungen stellen sich Parteien in modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften? Wie überleben sie als Mitgliederparteien⁵? Wie erhalten und erwerben sie politische Macht? Wie nehmen sie die gesellschaftlichen Debatten auf? Dies läßt sich auch als Abfolge begreifen: Parteien müssen *erstens* zualterererst eine gewisse organisatorische Kontinuität sichern, sich dazu Ressourcen verschaffen und sich in Erscheinungsbild und Ausrichtung den jeweils herrschenden Umständen anpassen beziehungsweise versuchen, diese in ihrem Sinne zu prägen. Dazu brauchen sie *zweitens* ein Minimum an motivierten Mitgliedern, müssen für die Interessen ihrer Klientel offen sein, aber auch politische Strömungen frühzeitig wahrnehmen. Das Ziel von Parteien ist es *drittens*, Herrschaftspositionen zu be-

1 Zu der damaligen Diskussion vgl. Stefan Immerfall, Parteienforschung in der Parteienkrise, in: Politische Vierteljahresschrift, 35 (1994) 3, S. 480–492; Christof Ehrhart/Eberhard Sandschneider, Politikverdrossenheit, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 25 (1994) 3, S. 441–458; Günter Rieger, „Parteienverdrossenheit“ und „Politikverdrossenheit“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 25 (1994) 3, S. 459–471; die Debatte um Krisen und Krisensymptome hat Ulrich von Alemann prägnant zusammengefaßt: Parteien, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 70–73.

2 Vgl. Richard von Weizsäcker, im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, Frankfurt a.M. 1992; die nachfolgende Diskussion ist zusammengefaßt von Stefan Immerfall, Der Präsident und die (anderen) Praktiker, die Professoren und die (anderen) Publizisten. Krise der politischen Parteien, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 23 (1994) 2, S. 310–313.

3 Vgl. Mathias Schmitz (Hrsg.), Politikversagen? Parteienverschleiß? Bürgerverdruß? Streß in den Demokratien Europas, Regensburg 1996.

4 Vgl. Stefan Immerfall, Einführung in den europäischen Gesellschaftsvergleich, Passau 1995², S. 109 f.

5 Ich gehe mit Peter Haungs, Plädoyer für eine erneuerte Mitgliedsparterie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 25 (1994) 1, S. 108–115, davon aus, daß Parteien ohne Mitglieder kaum demokratische Legitimität beanspruchen können.

setzen, sei es, daß Parteien Macht ausüben, um ihre politischen Ziele zu verwirklichen oder politische Ziele formulieren, um ihrer Führung Auskommen und Einfluß zu verschaffen. In demokratischen Gesellschaften wird dies *viertens* vom Erfolg ihrer Wahlkampfaktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit abhängen. Diese Herausforderungen stellen sich je anders dar. Im folgenden wird auf die aktuelle Situation der Mitgliederparteien in der Bundesrepublik, mit knappem Blick auf den sozialen Wandel und im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn, eingegangen.

Abbildung 1: Bezugsebenen von Parteienforschung

Sicht von	Bezugsebene	
	parteintern	parteixtern
oben	(I.) Bestandssicherung	(III.) Machtausübung
unten	(II.) Beteiligung	(IV.) Werbung

Quelle: Stefan Immerfall, Die letzte Dekade westdeutscher Parteienforschung – zur Analogie der Defizite von Parteien und Parteienforschung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 23 (1992) 1, S. 173.

I. Anforderungen an Bestand und Binnenstruktur

Alf Mintzel hat drei grundsätzliche Kriterien herausgestellt, die für die Funktionserfüllung moderner Großparteien unerlässlich sind⁶. Die ersten beiden gelten für Westeuropa insgesamt, in dem dritten kommen durchaus deutsche Besonderheiten zum Ausdruck.

1. *Industriegesellschaftliche Anforderungen:* Moderne Industriegesellschaften haben einen hohen Steuerungsbedarf, der sich in gewandelten und ausgeweiteten Funktionen des politisch-administrativen Systems niederschlägt. Um hier handlungsfähig zu sein, benötigen die (Groß-)Parteien entsprechend ausdifferenzierte, komplexe, multifunktionale und flexible Organisationen. Parteien begegnen dieser Anforderung mit „Verapparatung“. Diese stellt die Unterstützung für die Funktionsträger und für die Entscheidungen der Partei auf allen politischen Ebenen und in allen politi-

6 Vgl. Alf Mintzel, Auf der Suche nach der Wirklichkeit der Großparteien in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Dieter Klingemann/Wolfgang Luthardt (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse, Opladen 1993, S. 66–104.

schen Funktionsbereichen auf Dauer. Das Risiko dieser Lösung besteht im „overstretching“: Analog zu den großen Imperien scheinen sich die Parteien immer mehr auszudehnen, während gleichzeitig ihr innerer Zusammenhalt und das, wofür sie eigentlich eintreten, verblaßt. Von innen droht der schleichende Loyalitätsentzug, von den Rändern die „Barbaren“ – in unserem Fall kleine bewegliche Gruppen und Zusammenschlüsse.

2. *Anforderungen der Tertiarisierung:* Für die modernen Industriegesellschaften werden Dienstleistungen – in verschiedenster Form – immer wichtiger. Parteien haben sich dem Tertiarisierungsprozeß zu stellen und mehr als Gesinnung und Durchsetzungsvermögen anzubieten. Der Prozeß der Umgestaltung der politischen Gesinnungsgemeinschaften zu politischen Dienstleistungsbetrieben ist, unterstützt durch die Parteienfinanzierung, weit fortgeschritten. Dementsprechend haben sich auch die organisatorischen Unterschiede verringert. Professionalisierung und Technologisierung haben überall Einzug gehalten. Selbst die Grünen ersetzen ihre anheimelnde „Sonnenblume“ durch Werbeplakate aus der Agentur. Vor allem aber die Großparteien erbringen in ihren Gliederungen und Stäben sowie über ihnen nahestehende Stiftungen und Dienste eine Vielzahl von Leistungen und Gefälligkeiten. Das reicht von Hinweisen zum Steuerrecht über Kommunikationstraining bis zu Empfehlungen von Führungskräften, besonders im akademischen und journalistischen Bereich. Andererseits birgt die Ausgestaltung zum politischen Dienstleistungsbetrieb die Gefahr, daß Parteien sozial und geistig „entortet“ und „kontextlos“ erscheinen. Wie auch bei den kirchlichen Anstaltsbetrieben stellt sich bei den politischen ‚Tendenzbetrieben‘ die Frage, welche dieser Angebote nicht besser privatwirtschaftlich erbracht werden könnten, was nicht zu ihrem eigentlichen Kerngebiet zählt.

3. *Parteienstaatlich-demokratische Rahmenbedingungen und Anforderungen:* Großparteien wirken zentral bei der politischen Willensbildung mit. Das gilt für den Parteienstaat der Bundesrepublik ganz besonders: Deutsche Parteien genießen die Vermutung der Allzuständigkeit. Von Parteien wird anderes und mehr erwartet als in anderen westlichen Demokratien. Insbesondere wenig Streit und viel Effizienz. Die deutschen Parteien haben sich daher als „Volksparteien“ eingerichtet; d. h., sie beanspruchen einerseits eine quasi hoheitsstaatliche Weihe, andererseits erheben sie den Anspruch, den breiten Volkswillen zu repräsentieren. Ihre Stellung in der politischen Bildung, in Verwaltung,

öffentlichen und halb-öffentlichen Unternehmen ist gesichert. So wird über die Politik eine ansehnliche Anzahl von Funktionären alimentiert. Auch bei leeren Kassen und schwindender Spendenbereitschaft erscheint die Basisfinanzierung gesichert⁷. Das verbürgt organisatorische Stabilität auch in schwieriger Zeit. Wenn die Parteien überall vertreten sind, sind sie auf der anderen Seite aber auch ein bequemes Ziel von allerlei Unmutsäußerungen und Schuldzuweisungen.

Insgesamt scheint der Bestand der Massen- und Apparateparteien der Bundesrepublik ungefährdet. Ihre politische Organisationsform befähigt sie nach wie vor, auf allen funktionalen Ebenen des politischen Systems und in allen strukturellen Einheiten des politisch-staatlichen Institutionsgefüges präsent zu sein und effektiv tätig zu werden⁸. Auch nach der deutschen Vereinigung hat sich die Grundstruktur des deutschen Parteiensystems als überraschend strapazierfähig erwiesen⁹. Selbst wenn es gewollt wäre: Eine Alternative zur Politikkoordination durch Parteien ist kaum vorstellbar.

Aus dieser Sicht sind die augenblicklichen Veränderungen weniger als Krise denn als Angleichung der deutschen „partiellen Anomalie“ an den westeuropäischen Normalfall zu sehen¹⁰. Die Transformation der prinzipiell religiös, klassen- oder regionenbasierten Massenparteien in programmatisch offene und wählermäßig expansive „catch-all-“ oder „Volksparteien“ fand in der Bundesrepublik noch unter den besonderen Bedingungen des demokratischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus statt. Der neuerliche Wandel der Parteiorganisation sieht für die deutschen Parteien aber keine Sonderrolle mehr vor. Die „Volkspartei“ weicht der „Minimal-“, „Rahmen-“, „Kartellpar-

tei“ – oder wie auch immer man die Veränderungen typologisch fassen will¹¹.

Angetrieben von der sich verschärfenden, da nun um identische Segmente der Gesellschaft geführten Parteikonkurrenz und beschleunigt durch den technologischen und den weiter unten beschriebenen Wandel in der Sozialstruktur, wird weiterer „ideologischer Ballast“ (Kirchheimer) abgeworfen. Soziale Identitäten sind nicht länger ein mobilisierender Faktor. Allen Parteien eröffnet sich nun die Möglichkeit, in politische Positionen zu gelangen. Sie verfügen über kontinuierliche öffentliche Alimentierung und bedienen sich der massenmedialen Kommunikation. Dies sichert sie ab gegen elektorale Schicksalsschläge, gegen die Unwägbarkeiten freiwilliger Beiträge und die wechselvollen Motivlagen der Parteiaktivisten.

Andererseits verlieren die Großparteien in ihrem gesellschaftspolitischen Anspruch, im Vertretungsanspruch und im Wählerpotential an Einfluß. Zwar sind sie, wie noch zu zeigen sein wird, immer noch und in mehrfacher Hinsicht sozial unterscheidbar. Doch das Empfinden der Wähler für diese Unterschiede – und damit ihre Loyalität – nimmt ab, die Distanz zu den Parteien dadurch zu¹². Zwar bleiben die überlieferten Mitgliederparteien im Zentrum der parteienstaatlich-demokratischen Herrschaftsordnung der Bundesrepublik. Doch müssen sie diese Zentralität mit neuen Parteien (den Grünen, im Osten Deutschlands auch mit der PDS) und weiteren Gruppen teilen. Die Zeit der „Staatsparteien“ ist vorbei¹³; das dürfte mittelfristig auch in einem Bundesland wie Bayern gelten.

Diese neuerliche Modernisierung der Organisationsform „Partei“ bringt mit sich, daß die sozialen Verflechtungen der Partei mit der Gesellschaft ausgedünnt werden. Für große Teile der Bevölkerung stellt dies kein Problem dar, da sie sich politisch ohne die Hilfestellung von Parteien zu artiku-

7 Vgl. Karl-Heinz Naßmacher, Parteifinanzierung in Deutschland, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 1997, S. 157–176.

8 Vgl. A. Mintzel (Anm. 6), S. 75, und ders., *Deutschland: Die Zukunft der Volksparteien nach der Krise*, in: Dietrich Thränhardt (Hrsg.), *Japan und Deutschland in der Welt nach dem Kalten Krieg*, Münster 1996, S. 223 f.; dieses Urteil wird von Richard Stöss geteilt: *Parteienstaat oder Parteien-demokratie*, in: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 7), S. 32–34.

9 Vgl. Oskar Niedermayer, *Das gesamtdeutsche Parteiensystem*, in: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss, ebd., S. 106–130.

10 Die zeitgeschichtliche Deutung der deutschen „Volkspartei“ als historische Ausnahmebedingung der westdeutschen Nachkriegsentwicklung stammt von Gordon Smith, *The German Volkspartei and the Career of the Catch-All Concept*, in: Herbert Döring/Gordon Smith (Hrsg.), *Party Government and Political Culture in Western Germany*, London 1982, S. 59–76.

11 Vgl. Alf Mintzel, *Die Volksparteien. Typus und Wirklichkeit*, Opladen 1984; Joachim Raschke, *Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn*, Marburg 1991; Richard Katz/Peter Maier, *Changing models of party organizations and party democracy. The emergence of the cartel party*, in: *Party Politics*, 1 (1995) 1, S. 5–28.

12 Auch das gilt für große Teile Westeuropas: vgl. Oscar W. Gabriel, *Die Bürger, die Parteien und die Demokratie in Westeuropa*, in: Gerd Hepp u. a., *Die schwierigen Bürger*, Schwalbach/Ts. 1994, S. 112 f.

13 Vgl. Gordon Smith, *Does West Germany Democracy Have An „Efficient Secret“?*, in: William E. Paterson/Gordon Smith, *The West German Model*, London 1981, S. 166–176; A. Mintzel (Anm. 6), S. 103 f.; Stefan Immerfall/Andreas Sobisch, *Party system in transition*, in: Matthias Zimmer (Hrsg.), *Germany – Phoenix in Trouble*, Alberta 1997, S. 124.

lieren wissen. Doch marginalisierte soziale Gruppen besitzen weder die politischen Fähigkeiten, noch die persönlichen und sozialen Ressourcen, politische Kommunikation von sich aus zu initiieren. Wie Untersuchungen zeigen, fühlen sich diese Gruppen weniger sozial integriert, stärker sozial isoliert und blicken pessimistischer in die Zukunft¹⁴. Sie glauben sich schlicht von Gewerkschaften, Kirchen und anderen Säulen der bürgerlichen Gesellschaft verlassen.

Seit etwa zwei Jahrzehnten scheint diese „Unterschicht“ zu wachsen, wengleich in der Bundesrepublik, nicht zuletzt dank des ausgebauten Wohlfahrtsstaates, noch vergleichsweise langsam¹⁵. Es stellt sich damit das Dilemma, daß die Fähigkeit traditioneller politischer Organisationen, auch die gesellschaftliche Peripherie zu erreichen, gerade in einer Zeit besonders gefragt ist, in der diese Fähigkeit abnimmt. In vielen urbanen Gebieten etwa war früher die Arbeiterkultur ein wichtiger Ort, Immigranten zu integrieren. Diese Kultur existiert als politischer Akteur nicht mehr. In solchen Gebieten finden die Propheten des Neopopulismus eine willkommene Basis, in der ihre Ideologie Wurzeln schlagen kann¹⁶.

II. Willensbildung und Interessenstruktur: Parteimitglieder und Bezugsgruppen

Eine häufig vorgebrachte Kritik ist die Angleichung der Parteien aneinander bis zur Ununterscheidbarkeit. Tatsächlich unterscheiden sich die Mitgliederparteien nur mehr wenig in der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft. Das typische Parteimitglied ist, wie Ulrich von Alemann¹⁷ treffend zusammenfaßt, Ende vierzig, männlich, angestellt oder verbeamtet, hat Abitur und lebt in der Großstadt – jemand eben, der genügend Moti-

vation, Zeit und Geschick aufbringt. Auch die Mitglieder der Partieliten sind nach sozialem Hintergrund, Bildungsstand und Lebensstil einander ähnlich geworden¹⁸.

In dieser Angleichung spiegelt sich das Abschmelzen der traditionellen Parteimilieus, die einst wie von selbst den Parteienachwuchs hervorbrachten, wie auch der berufsstrukturelle Wandel wider, der oben unter dem Stichwort der Tertiarisierung angesprochen wurde. Sie muß nicht notwendigerweise Anlaß zur Besorgnis sein, da Übereinstimmung in der sozialen Herkunft keine Bedingung der Möglichkeit politischer Repräsentanz ist. Ob die Binnenkommunikation der Parteien heute mehr vom Zeitgeschehen und den Alltagserfahrungen der Menschen abgeschottet ist als früher¹⁹, läßt sich schwer sagen. Man kann nicht gerade behaupten, dazumal seien die einschlägigen Milieus für neue Blickrichtungen besonders offen gewesen – das hat ja gerade ihre Stabilität ausgemacht. Richtig ist, daß Parteien mit mehr Freizeitangeboten als früher konkurrieren und schon von daher unattraktiver erscheinen. Zudem wandeln sich Lebensumstände und persönliche Anforderungen vieler Bürger so schnell, daß sie schwer mit der herkömmlichen, auf Geduld, Sitzfleisch und langjährigen Beziehungsnetzen aufgebauten Ortsvereinspolitik in Einklang zu bringen sind. Ulrich Pfeifer hat ausgemacht, daß das Mittelmanagement der SPD – und wohl nicht nur dieser Partei – von „zeitreichen Personen“²⁰ dominiert werde.

Zeitliche Beanspruchungen hatte aber auch der Arbeiter von einst mit seiner 48-Stunden-Woche zu gewärtigen. Es stimmt auch nicht, daß das Parteileben heute keine Gemeinschaftserlebnisse mehr vermittelt²¹. Wichtiger dürfte demnach sein, daß sich Form und Verständnis von Politik ändern. Nicht Politik ist weniger wichtig geworden, sondern Parteipolitik. Da insgesamt die Bevölkerung mehr formale Bildung aufweist als frühere Generationen, benötigt sie auch in geringerem Maße Parteien als Interessenvertreter und als politische Sinnstifter. Die berühmten „breiten Schichten des Volkes“ können sich Politik schon ganz gut selbst erklären und ihre Interessen selbst vertreten.

14 Vgl. dazu insbesondere die Beiträge von Lars Svasand, Paul Lucardie, Nonna Mayer und Marc Swyngedouw in: Hans-Georg Betz/Stefan Immerfall (Hrsg.), *New Party Politics of the Right: The Rise and Success of Neo-Populist Parties in Western-Style Democracies*, New York 1998.

15 Vgl. Gøsta Esping-Andersen, *The Eclipse of the Democratic Class Struggle?*, in: Herbert Kitschelt/Gary Marks/John Stephens (Hrsg.), *The Politics and Political Economy of Contemporary Capitalism* (i. E.).

16 Vgl. François Dubet/Didier Lapeyronnie, *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*, Stuttgart 1994; für Deutschland am Beispiel Frankfurts vgl. Eike Hennig, *Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz*, Frankfurt a. M. 1991.

17 Vgl. U. von Alemann (Anm. 1), S. 39.

18 Vgl. Klaus von Beyme, *Die politische Klasse im Parteienstaat*, Frankfurt a. M. 1993.

19 Vgl. Peter Glotz, *Die politische Krise als Kommunikationskrise*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 36–37/97, S. 3.

20 Ulrich Pfeifer, *Eine Partei der Zeitreichen und Immobilien*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 44 (1997) 5, S. 392.

21 Vgl. Wilhelm P. Bürklin/Viola Neu/Hans-Joachim Veen, *Die Mitglieder der CDU. Interne Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung*, Nr. 148/1997, S. 35.

Politik als spontaner Zusammenschluß ist diesem Verständnis angemessener als langwierige Gremienarbeit. Politik bedeutet immer weniger Parteipolitik. Mit der Parteienorientierung geht die Staatsorientierung zurück. Auch das ist ein Stück deutsche Normalität.

Weitere, schleichende Mitgliederverluste durch Überalterung der Parteien sind damit vorgezeichnet. Dieser Trend ist kein Genosse mehr, sondern dürfte gerade die SPD besonders treffen. Bekanntlich muß es keine andere Partei derart unterschiedlichen Zielgruppen recht machen – von ungelösten Führungsfragen und möglichen Strategiefehlern²² ganz abgesehen. Schlimmer noch: Offenbar darf sie nicht mehr mit der Unterstützung des kritisch-innovativen Potentials an den Universitäten rechnen²³. „Die SPD steckt mindestens in einem halben Dutzend Zwickmühlen, und jedesmal, wenn sie einen Zug macht, – zwick – ist ein Stein weg.“²⁴

Etwas weniger dürfte die CDU, als die seit jeher stärker pragmatisch orientierte und regional vielgestaltig verankerte Partei, betroffen sein. Auch macht ihr der Niedergang des Vertrauens in staatliche Steuerungsfähigkeit weltanschaulich viel weniger zu schaffen. Und schließlich steht der Führungsnachwuchs der Nach-Kohl-Ära deutlich besser als in der SPD da, in der die „Enkel-Generation“ die Aufstiegskanäle lange verstopft hat. Kohl hat zwar seine unmittelbaren Rivalen sämtlich „weggebissen“, im Windschatten der Bonner Politik hat im zweiten und dritten Glied aber eine Reihe junger Politiker – überwiegend als Oppositionsführer – reichlich Erfahrung gesammelt.

Die FDP hatte als „Honoratiorenpartei besonderen Typs“²⁵ – von den kurzlebigen Sonderbindungen in den neuen Bundesländern abgesehen – nie eine zahlenmäßig starke Mitgliederbasis; ebenso wenig die Grünen, deren Sympathisanten besonders organisationsaversiv sind²⁶. Während indes die Grünen in durchaus eigenständigen Milieunet-

zen verankert sind und auf einen zwar älter werdenden, aber doch einigermaßen loyalen Wählerkern bauen können, ist das Überleben der FDP keineswegs sicher²⁷. Hinzu kommt eine äußerst angespannte finanzielle Situation²⁸. Die CSU schließlich ist die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die in den letzten beiden Jahren Mitglieder netto hinzugewinnen konnte²⁹.

Auch wenn selbst für Mitgliederparteien als strategische Organisation große Zahlen von Mitgliedern nicht nur ein Segen sind³⁰, so werden sich in der Bundesrepublik auch in naher Zukunft die Parteien als Mitgliederparteien rechtfertigen³¹. Daher gibt es Reformvorschläge, neue Mitglieder zu werben und vorhandene zu aktivieren, derzeit zuhauf: die Vitalisierung der Ortsvereine, die Entmachtung oder Ergänzung der Ortsvereine durch virtuelle Ortsvereine oder kurzfristige und wechselnde Zusammenschlüsse; direkte Beteiligung der Bürger durch Einbau plebiszitärer Elemente bei partei- und anderen politischen Entscheidungen; Öffnung der Parteien auch für Nichtmitglieder und Erweiterung und verbesserte Formen innerparteilicher Mitwirkungschancen, zum Beispiel durch sogenannte Schnuppermitgliedschaften³².

Über Parteireform ist viel geschrieben und einiges an Geld für Beratungsprojekte ausgegeben worden. Sofern die Vorschläge Parteien nach dem Muster privatwirtschaftlicher Unternehmen oder wirtschaftlicher Interessenverbände umgestalten wollen, verfehlen sie von vornherein die Spezifik politischer Parteien³³. Aber auch die von Parteipraktikern vorgebrachte Erklärung, die Orientierung an innerparteilichen Gruppen und Grüppchen sei Schuld an der Reformunfähigkeit und

22 Vgl. Joachim Raschke/Andreas Timm, Das Menetekel von Hamburg, Strategieprobleme und Strukturkrise der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 42 (1997) 11, S. 1313–1332.

23 Vgl. Ralf Zoll, Politikverständnis im Wandel. Die Abkehr der Studierenden von der Parteiendemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/97, S. 32.

24 Ulrich von Alemann/Rolf G. Heinze/Josef Schmid, Auf der Suche nach einem realistischen Bild der Partei, Manuskript, S. 2. Anmerkung der Redaktion: Siehe auch den Beitrag dieser Autoren in diesem Heft.

25 Peter Lösche/Franz Walter, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996, S. 127.

26 Vgl. Thomas Poguntke, Alternative Politics. The German Green Party, Edinburgh 1993.

27 So überpointiert, aber doch mit guten Argumenten P. Lösche/F. Walter (Anm. 25).

28 Vgl. Bundestagsdrucksache 13/8888 vom 22. 10. 1997 (Bericht über die Rechenschaftsberichte 1994 und 1995 sowie über die Entwicklung der Finanzen der Parteien, Unterrichtung durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages), S. 56–61; zudem ist ein Gerichtsverfahren über die Zulässigkeit der 1996 vorgenommenen Abschlagszahlung auf die staatliche Teilfinanzierung anhängig.

29 Vgl. Geschäftsbericht des Generalsekretärs Bernd R. Protzner, CSU-Landesleitung, München, November 1997.

30 Vgl. Stefan Immerfall, Politische Kommunikation von Parteimitgliedern. Eine mehrbenenanalytische Fallstudie zur Bundestagswahl 1990, in: Zeitschrift für politische Psychologie, 1 (1993) 3/4, S. 247 f.

31 Vgl. Susan E. Scarrow, Parties and Their Members: Organizing for Victory in Britain and Germany, Oxford 1996.

32 Vgl. Rudolf Wildenmann u. a., Volksparteien – Ratlose Riesen, Baden-Baden 1989, S. 155–168; Stefan Beil/Norbert Lepesz, Die Reformdiskussion in den Volksparteien. Interne Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 80/1995; U. von Alemann (Anm. 1), S. 114–124; U. Pfeifer (Anm. 20), S. 393.

33 Vgl. U. v. Alemann/R.-G. Heinze/J. Schmid (Anm. 24).

Konzeptionslosigkeit der gegenwärtigen Parteien-demokratie und die Parteien müßten sich daher vor allem neue Mitglieder mit neuem Erfahrungshorizont erschließen, scheint in Diagnose und Therapie kurzschlüssig. Keine Partei vermag den gesellschaftlichen Erfahrungsraum umfassend zu integrieren – und selbst wenn: Aus einer Vielfalt sozialer Erfahrungen erwächst noch keine Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit. Gerade die von Peter Glotz³⁴ aufgeführten Reformen der Thatcher-Ära haben wenig mit vitalen Parteienstrukturen, um so mehr mit Führung (und institutionellem Arrangement) zu tun: Die konservative Parteibasis wurde von der Newcomerin gnadenlos an die Wand gedrückt, die Partei selbst ausgeblutet³⁵.

III. Machtpositionen und Zielverwirklichung

Politische Macht wird im Parteienstaat der Bundesrepublik weiterhin und überwiegend von den gleichen Akteuren ausgeübt. Daß Parteien verfassungsrechtliche Erwähnung finden, dürfte für die westlichen Demokratien wohl einmalig sein, wenn gleich das Bundesverfassungsgericht immer wieder betont, die Parteien seien keine staatlichen Institutionen, sondern freie politische Vereinigungen in der Gesellschaft. Insofern scheint das ganze Krisengerede an der Wirklichkeit der Mitgliederparteien abgeperlt zu sein. Im großen und ganzen stellt man bei den deutschen Parteien ein erstaunliches Ausmaß an Kontinuität fest: bei den Programmen, den Organisationsformen, ja selbst unter den Parteiführern. Dies wird im europäischen Vergleich deutlich: Es ist kaum vorstellbar, daß sich deutsche Großparteien so rapide und radikal programmatisch, personell und organisatorisch umkrempeln lassen wie die Britische Labour Party unter Neil Kinnock und Tony Blair (und wie William Hague es jetzt mit den Konservativen anstrebt – interessanterweise mit Organisationsvorschlägen, die eher in die deutsche Richtung weisen).

Der Eindruck völligen Stillstands trägt allerdings. Eine neue „Bescheidenheit“ ist gefordert, nach

34 Vgl. P. Glotz (Anm. 19), S. 8.

35 Vgl. Paul Whiteley/Patrick Seyd/Jeremy Richardson, *True blues: The Politics of Conservative Party Membership*, Oxford 1994. Umgekehrt gilt, daß Tony Blair seine Partei gnadenlos auf seine „message“ getrimmt hat, vgl. David Butler/Dennis Kavanagh, *The British General Election of 1997*, London 1997.

der Parteieinflüsse rückzuführen sind und Parteien ihre angebliche „Allmachtskompetenz“ abzubauen haben. Dieser Forderung darf sich – öffentlichkeitswirksam – keine Partei verschließen. Natürlich bemühen sich die Gescholtenen um Schadensbegrenzung, aber die Mechanismen der Parteienkonkurrenz zwingen sie dazu, ihre monopolähnliche Stellung im politischen Prozeß zumindest einzuschränken. So haben sie auf kommunaler und Länderebene direktdemokratischen Elementen zugestimmt, die sie lange bekämpft hatten³⁶. Irgendwann werden sie dies auch auf Bundesebene tun.

Doch machen Parteien, Politiker und ihre Politik (noch) einen Unterschied? Zumindest unterscheiden sich die programmatischen Profile, wie sie etwa in den Wahlprogrammen zutage treten³⁷, der deutschen Parteien voneinander, und man kann auch nicht sagen, daß sie im Zeitablauf immer austauschbarer geworden wären. Übereinstimmung herrscht im Grundsätzlichen, und die Polarisierung ist im Vergleich zu anderen westeuropäischen Parteiensystemen gering. Eine bereits erwähnte Besonderheit ist bis auf weiteres das Fehlen einer rechts-populistischen Partei, wie sie in anderen Industriegesellschaften mit sehr ähnlichen Institutionen und Problemlagen zu finden ist³⁸.

Für die Bürger aber, so scheint es, macht es derzeit keinen Unterschied, wer in Bonn/Berlin regiert bzw. reagiert. Obwohl man der Regierung nicht mehr viel zutraut, glaubt man nicht, die SPD könnte es besser machen (Abbildung 2). Wichtige Vorhaben bleiben im „Reformstau“ stecken, nicht weil die Unterschiede zu groß wären, sondern weil sich die verschiedenen politischen Akteure von ihrer Zustimmung wahltaktisch nichts versprechen. Daß dieser „Stagnationspakt“³⁹ wenig geeignet ist, die Eigenverantwortung in der Gesellschaft, in den Ländern, Gemeinden und Selbstverwaltungen zu stärken, kann aus parteiensoziologischer Sicht gleichwohl nur bedingt Anlaß zur Kritik sein. Zum einen gehören komplizierte Regelungsmuster, Entscheidungsverläufe und Konfliktregulierungen innerhalb der Parteien und im föderalen Gefüge zum politischen Grundbestand der Bundesrepublik. Dieses Gefüge weist

36 Vgl. Susan E. Scarrow, *Party competition and institutional change: The expansion of direct democracy in Germany*, in: *Party Politics*, 2 (1997) 4, S. 451–472.

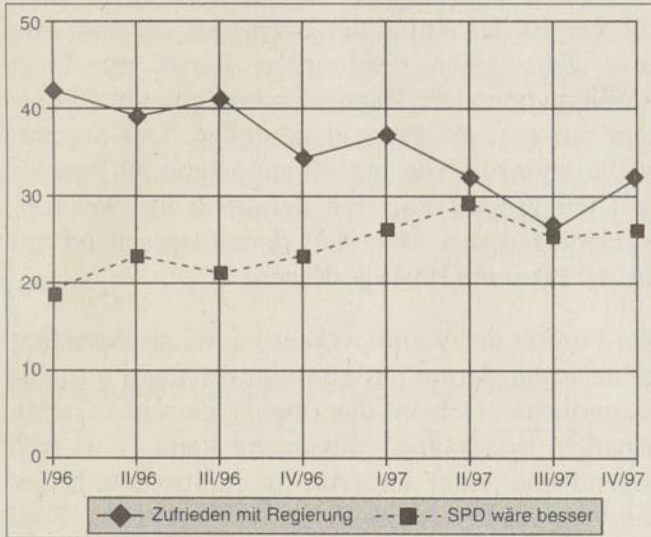
37 Vgl. Hans-Dieter Klingemann/Richard I. Hofferbert/Ian Budge u. a., *Parties, Policies and Democracy*, Boulder, Col. 1994, S. 243.

38 Vgl. H.-G. Betz/St. Immerfall (Anm. 14).

39 Klaus von Dohnanyi, „Die Politik ist lerngestört“, in: *Der Spiegel*, Nr. 47/1997, S. 135.

viele Wirkungen auf⁴⁰, wenngleich im Augenblick ihr Nachteil, die Gefahr des politischen Immobilismus, besonders scharf gesehen wird. Auch wenn sich die politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen rasch verändern und einen hohen Bedarf an Politikinnovation erzeugen, kann ein auf Kontinuität und Stabilität ausgelegtes politisches System schnelle und umfassende Maßnahmen nicht hervorbringen⁴¹.

Abbildung 2: Wer regiert besser?



Quelle: Emnid-ntv Nov. 97.

Zum anderen verlangt die Funktionslogik von Parteien nun einmal, daß sie sich an politischen Nützlichkeitsabwägungen orientieren. Das „Allgemeinwohl“ ist hierfür eine undeutliche Richtschnur. Allerdings dürfte hierbei insbesondere die SPD bei ihrer Blockade im Bundesrat einer Fehlkalkulation unterliegen. Zwar ist ihre Annahme verständlich, die Reformunfähigkeit würde in erster Linie einer nicht weniger als 15 Jahre regierenden Koalition angelastet. Die auf Konsens und Resultate abzielende Orientierung großer Teile der Bevölkerung geht davon aus, daß „die“ Politik insgesamt verantwortlich gemacht wird. So wird folgerichtig die Opposition für das Scheitern der Steuerreform kaum weniger verantwortlich gemacht als die Regierung, wie aus Tabelle 1 ersichtlich wird.

40 Vgl. Josef Schmid, Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweise einer Partei im Föderalismus, Opladen 1990, S. 253–275; zuletzt im internationalen Vergleich überzeugend: Manfred G. Schmidt, Das politische Leistungsprofil der Demokratien. Vortrag auf dem 20. wissenschaftlichen Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Bamberg 13.–17. Oktober 1997.

41 Vgl. Josef Schmid, Haben die Volksparteien noch eine Chance? Die CDU zwischen Modernität und Alterität, in: Politische Bildung, 27 (1994) 3, S. 32–40.

Tabelle 1: Gründe für das Scheitern der Steuerreform

Wahlkampfaktik	47
Regierung	37
Haushaltslage	36
Opposition	32

Quelle: Emnid-ntv Oktober 1997, Angaben in Prozent der Befragten, N = 1 000.

Ohnehin wirken die Parteien auf die Bürger angesichts diverser Herausforderungen gegenwärtig eher hilflos. Sie bezweifeln, daß eine der Parteien zukunftsfähige Konzepte besitzt (vgl. Tabelle 2). Das ist insofern nicht verwunderlich, als viele der Probleme weit über die Möglichkeiten des Nationalstaates hinausgehen, während Parteien doch von ihrer ganzen Geschichte und ihren politischen Zielsetzungen her überwiegend auf diesen fixiert sind. So haben Stephen Ganghof und Matthias Maier untersucht, wie die deutschen Parteien die „Globalisierung“ wahrnehmen, bewerten und programmatisch verarbeiten⁴². Dabei zeigt sich, daß eine gewisse Anpassung linker an rechte Programmatik stattgefunden hat. Insbesondere die SPD hat große Probleme, eine originäre Antwort auf die Globalisierung zu geben. Trotz teilweise weitgehender Vision ihrer Programmatik erscheint sie als die innenpolitisch eigentlich konservative, defensiv-bewahrende Partei.

Tabelle 2: Zukunftsfähigste Partei

SPD	48
CDU/CSU	39
B' 90/Die Grünen	22
FDP	12
PDS	3
Rep	3

Quelle: Emnid-ntv Oktober 1997, Angaben in Prozent der Befragten, N = 1 000.

Angesichts dieser – möglicherweise – neuartigen Problemlagen muß die Parteienforschung die alte „do-parties-matter“-Diskussion wieder neu aufgreifen: die Frage also, ob die Parteien an der Regierung tatsächlich den Lauf der Dinge grundlegend beeinflussen können oder ob es nicht in erster Linie auf nichtpolitische oder von parteipolitischen Entscheidungen kaum beeinflussbare Faktoren ankommt. Bis auf weiteres dürfte die Antwort weiterhin sein: Der Unterschied ist nicht so

42 Vgl. Stephen Ganghof/Matthias Maier, „Globalisierung“ und ihre Folgen in der Sicht politischer Parteien, in: Petra Stykow/Helmut Wiesenthal (Hrsg.), Globalisierung ökonomischen Handelns und ihre Folgen für politische Steuerung, Max-Planck-Ges. Berlin, Forschungsberichte der AG TRAP, Nr. 8/1996, S. 39–76.

groß, wie die Parteien uns glauben machen wollen, aber nicht vernachlässigbar. Oder in den Worten von Manfred G. Schmidt: „Sind 45 Grad Kurskorrektur auf hoher See viel oder wenig? Fragen Sie den Kapitän auf Ihrer nächsten Schiffsreise.“⁴³

IV. Vermittlung und Abgrenzung: Wahlkampf und Öffentlichkeit

Zielt Partizipation in erster Linie auf die Innenseite von Parteien, so stellen Wahlkampfaktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit Versuche dar, die Präferenzen relevanter Akteure außerhalb der Partei in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die wichtigsten wahl- und parteiensoziologischen Befunde sind folgende:

1. *Die soziale Bindung ist nicht mehr so wichtig.* Die Großparteien der Bundesrepublik unterscheiden sich weiterhin hinsichtlich ihrer Wähler. An der Unterstützung der Parteien durch die ihnen nahestehenden, traditionellen Wählermilieus hat sich wenig geändert. Auch 1994 haben 70 Prozent der Arbeiter mit Gewerkschaftsbindungen die SPD gewählt, 74 Prozent der Katholiken mit Kirchenbindung die Christdemokraten⁴⁴.

Wenngleich traditionelle Prägungen somit weiterhin verhaltenswirksam sind, nehmen sie doch an Bedeutung ab. Zum einen wird Parteiloyalität selbst in den entsprechenden sozialen Milieus schwächer. Zum anderen – und wichtiger – schmelzen die Milieus ab, ohne daß sich ein Ersatzmilieu hätte herausbilden können. Mittlerweile machen die alten Milieus nur mehr 13 Prozent der SPD- bzw. 14 Prozent der CDU/CSU-Wähler aus. Auch die Bindung der Wähler an die Vorfeldorganisationen der Parteien nimmt ab. Der soziostrukturelle Wandel wird durch einen Wertewandel ergänzt, der langfristige Loyalitäten vermindert.

Damit nimmt der „Typus des ungebundenen, problemorientierten Wählers“ zu, der seine Wahlentscheidung jedesmal neu trifft und seine Parteiprä-

43 Manfred G. Schmidt, Sozial policy in rich and poor countries: socio-economic trends and political-institutional determinants, in: European Journal of Political Research, 17 (1989), S. 654; vgl. ders., The parties-do-matter hypothesis and the case of the Federal Republic of Germany, in: German Politics, 4 (1995) 1, S. 103–110.

44 Vgl. zusammenfassend die Beiträge von Dieter Roth, Rüdiger Schütz und Ursula Feist, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Parteiensystem am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie, München 1996.

ferenz dementsprechend schnell ändert⁴⁵. Dieser Wählertypus dominiert bereits im Osten, dessen Wahlbevölkerung von vornherein frei von traditionellen Bindungen war, er nimmt aber auch im Westen zu. Die Wähler entscheiden sich offenbar kurzfristiger und flexibler. Verluste der CDU führen nicht automatisch zu Gewinnen der SPD und umgekehrt.

2. *Die soziale Bindung wird durch psychologische Bindung (Parteidentifikation) nicht ersetzt.* Langfristige Bindungen werden auch in absehbarer Zukunft abnehmen. In den letzten beiden Jahrzehnten ist der Anteil der Befragten, die über längere Zeit einer bestimmten Partei zugeneigt waren, in den alten Bundesländern von gut 70 Prozent auf etwa 63 Prozent gesunken. Der Stammwähleranteil ist von gut 60 auf knapp 40 Prozent bei den großen Parteien gefallen; der Wechselwähleranteil von 24 (1980) dementsprechend auf fast 60 Prozent (1994) gestiegen.

Ein Fünftel der Wahlbevölkerung weist überhaupt keine sozialisierten Parteibindungen mehr auf. Für Jugendliche erscheint das Engagement in Parteien gänzlich unattraktiv, was nicht heißt, daß sich Jugendliche nicht anderweitig politisch engagieren. Das gilt besonders für junge Frauen. Die Zahl der Nichtwähler stagniert auf einem erhöhten, im internationalen Vergleich aber nicht besorgniserregenden Niveau⁴⁶. Der Spiegel (Nr. 9 vom 1. 3. 1993) blamierte sich einmal mehr mit seiner Prognose, „stärkste Partei wird bei der nächsten Bundestagswahl im Herbst 1994 weder die CDU/CSU noch die SPD, sondern die ‚Partei der Nichtwähler‘“. Diese „Partei“⁴⁷ nahm gegenüber der Wahl von 1990 um 1,2 Prozent ab und belegte mit 21,0 Prozent weiterhin hinter SPD (36,4) und CDU (34,3) Platz drei.

3. *Die Hinwendung zu Parteien nimmt generell ab.* Das Prestige der Parteien und der Politiker hat im Lauf der Jahre abgenommen. Meinungsumfragen bestätigen in etwa, was Peter Glotz in sein politisches Tagebuch 1993/94 schrieb: „Als ich 1970 das erste Mal in ein Parlament gewählt wurde, war

45 Vgl. Peter Gluchowski/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, Sozialstrukturelle Hintergründe des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland, in: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 7), S. 208.

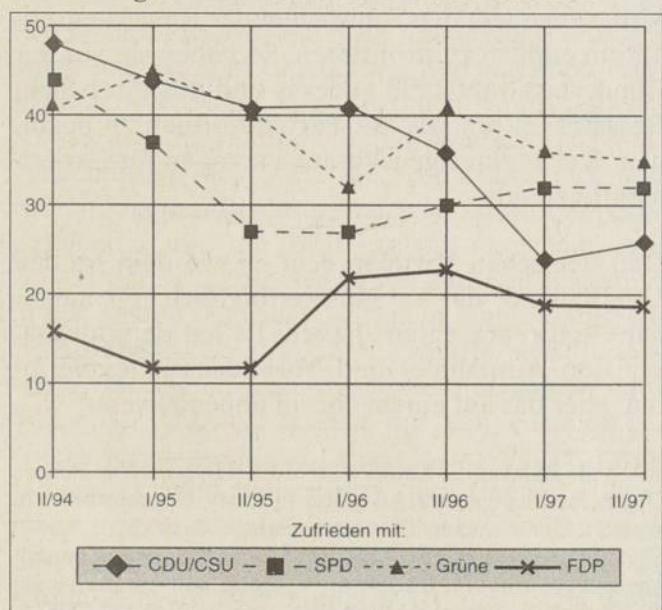
46 Vgl. Klaus Armingeon, Gründe und Folgen geringer Wahlbeteiligung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46 (1994) 1, S. 43–64.

47 Tatsächlich verbergen sich hinter diesem statistischen Aggregat sehr unterschiedliche Gruppierungen; es kommt also weniger auf die absolute Höhe als auf die Gründe für das Nicht-Wählen an. Vgl. Thomas Kleinhenz, Die Nichtwähler, Opladen 1995.

Politiker ein einigermaßen reputierlicher Beruf. Das kann man heute nur noch mit großer Einschränkung sagen.⁴⁸

4. Nicht nur die Hinwendung, auch das Vertrauen in die Parteien und Politiker scheint abzunehmen. Vom Ansehensverlust sind – mit der teilweisen Ausnahme der Grünen – alle Parteien betroffen⁴⁹. Dieser Zustand wird beispielsweise in der Frage nach der Zufriedenheit mit den Parteien deutlich, in der sich Kompetenz, Tagesform und aktuelle Sympathie widerspiegeln (Abbildung 3). Anlaß zum Nachdenken gibt die Tatsache, daß die Oppositionsparteien in den Parlamenten von der Unzufriedenheit mit den Regierungsparteien kaum profitieren. Im Osten Deutschlands sieht es mit dem Ansehen der Parteien noch schlechter aus. Gerade das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz, welche für die Bewertung der politischen Parteien die entscheidende Rolle spielt⁵⁰, hat spürbar abgenommen.

Abbildung 3: Zufriedenheit mit den Parteien



Quelle: Emnid-ntv Oktober 1997.

Noch ist der Sympathieverlust der Parteien nicht bedrohlich, sondern auch Ausdruck einer gesunden Ernüchterung. Bedenklich wird der Verfall des Prestiges der politischen Klasse nur dann,

48 Peter Glotz, Das Jahr der Verdrossenheit, München 1996, S. 7, und auf S. 20 noch etwas drastischer: „Heute ist ein Berufspolitiker everybody's A...“

49 Vgl. Hans Rattinger, Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteiverdrossenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/93, S. 24–35; Jürgen W. Falter/Hans Rattinger, Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977–1994, in: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 7), S. 495–513.

50 Vgl. H. Rattinger (Anm. 49), S. 33.

wenn er auf die Legitimität des demokratischen Systems durchschlägt, wenn also von einem Rückgang politischer Unterstützung auf verschiedenen Ebenen gesprochen werden muß. Dann würde das Entstehen kurzfristiger, situativer Probleme in eine längerfristige, das Vertrauen in die tragenden Institutionen erschütternde politische Unzufriedenheit münden. Hierfür gibt es noch keine dramatischen, aber immerhin erste ernstzunehmende Anzeichen⁵¹.

V. Schlußbemerkungen

Wenngleich die soziale Verankerung der Parteien noch vielfach gegeben und die Parteien der Bundesrepublik noch keine massenmedialen Konstrukte sind⁵², stellt sich doch die Frage: Was tritt an die Stelle nachlassender Milieuanbindung? Natürlich müssen Themen und Personen über Medien an den Bürger gebracht, vermittelt und durchgesetzt werden. Doch Medien sind kein Passepartout. Vor allem folgen Medien ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten. Gefragt ist die spannend erzählbare Geschichte mit Neuigkeitswert, und dazu gehört die richtungsorientierte, über den Tag hinausreichende Sache eben nicht. „Politiker als Beiprogramm der Unterhaltung“ ersetzen keine Wertentscheidung, die „zentral gemanagte Agentur für Staatsrepräsentanten“⁵³ keine gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Auch die Mediengesellschaft bedarf der hartnäckigen Gremienarbeit in dauerhaften Organisationen – und damit der Akteure, die in den klassischen politischen Institutionen den „dirty job“⁵⁴ machen.

Politik und Parteien befinden sich mitten in einer Neuorientierung, in der sich die Frage nach dem Ort des Politischen neu stellt. Parteien werden schlicht nicht mehr für so wichtig gehalten als früher. Das gilt in mehrfacher Hinsicht und hat mehrere Gründe. Einer davon ist, daß Bindungen, auch politische, sich in der allseits entwickelten Marktgesellschaft nur selten lohnen. Ein weiterer ist, daß die Bürger heute für politisches Handeln

51 Vgl. Gerd Pickel/Dieter Weiz, Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Ausprägungen, in: Politische Vierteljahresschrift, (1997) 1, S. 27–49.

52 Peter Lösche und Franz Walter weisen zu Recht auf folgendes hin: „Wären die Wähler der Bundesrepublik tatsächlich so flexibel und beweglich, wie viele Interpreten schreiben, dann ginge es der FDP prächtig.“ Dies. (Anm. 25), S. 216.

53 Richard Meng, Nach dem Ende der Parteien. Politik in der Mediengesellschaft, Marburg 1997, S. 144 und S. 146.

54 R. Zoll (Anm. 23), S. 34.

besser qualifiziert sind und der Partei als Interessenvertreter wie als Wegemarkierung weniger als früher bedürfen. Deshalb ist es auch unberechtigt, allgemein von Politikverdrossenheit zu sprechen. Für dieses und gegen jenes engagieren sich Bürger, wenngleich immer häufiger an den alten Kanälen vorbei, und sie wissen sich sehr wohl zu wehren, wenn ihnen etwas nicht paßt. Ein letzter Grund, der hier angeführt werden soll, ist, daß Parteien weiterhin nationalstaatlich verfaßt sind, obgleich grenzüberschreitende Einflüsse an Gewicht gewinnen.

Bei allen Krisensymptomen und Integrationsdefiziten gibt es keinen Automatismus, der zu einem generellen Abstieg der Mitgliederparteien führen müßte. Klaus von Beyme wie Hans Rattinger kommen beide zu dem Ergebnis, daß das rationale Nachdenken der Bürger über die Parteien und deren Können diesen Imageeinbußen beschert. Während von Beyme hiervon durchaus demokratiethoretisch heilsame Wirkungen erhofft, erwartet Rattinger harte Zeiten für die Altparteien in der Bundesrepublik⁵⁵.

In dieser Situation wird die Scharnierfunktion von Parteien besonders beansprucht. Ein Abkoppeln droht von oben wie von unten. Von unten, von der Gesellschaft her, haben die Mitgliederparteien nicht nur mit Interesselosigkeit und Unverständnis zu rechnen, sondern – schlimmer noch – die Parteienmodernisierung hat die „*classe populaire*“ an den Rand gedrängt. Die Parteien sind kaum noch in der Lage, und wohl auch weniger willens, marginalisierte Schichten in das politische und soziale Leben zu integrieren. Unter entsprechenden Bedingungen führt dies zur populistischen Revolte.

Von oben droht Reformunwillen und die wechselseitige Blockade. Die Parteien spinnen sich in den vermeintlich sicheren Kokon des Status quo ein. Warum sollte geändert werden, was lange gut war? Aus institutionellen Gründen müssen sich deutsche Mitgliederparteien an gewandelte Rahmenbedingungen weniger schnell anpassen als andere. Das ist Vor- und Nachteil zugleich; vor allem dämpft sie die naturgemäß wenig ausgeprägte Wandlungsbereitschaft der Parteien noch zusätzlich. Auch die italienischen Parteien haben das leise Grollen lange nicht wahrnehmen wollen – bis das politische Erdbeben von 1994 die *partitocrazia* (Parteiherrschaft) hinwegfegte. In Österreich haben die Großparteien schieblich-friedlich die

55 Vgl. K. v. Beyme (Anm. 18), S. 193, und H. Rattinger (Anm. 49), S. 193.

Einflußsphären aufgeteilt – nun klopft eine rechts-populistische Partei an die Tür des Bundeskanzleramts.

Generell zeigt die internationale Parteienforschung, daß Parteien sich gewandelten äußeren Bindungen keineswegs umstandslos anpassen⁵⁶. Parteien sind essentiell konservative Organisationen, und es entspricht ihrem Charakter, sich Wandel zu widersetzen. Entscheidend ist das Zusammenspiel von Parteiführung, der Balance der dominanten Fraktionen und externer Schocks⁵⁷. Ein Führungswechsel ist der entscheidende Schlüssel. Nachdem sich in der Bundesrepublik zeitweise – angestoßen durch die Parteienkritik – etwas zu bewegen schien⁵⁸, scheint derzeit wieder Stillstand eingekehrt⁵⁹ zu sein. Offenbar ist der Leidensdruck der Parteien noch nicht groß genug. Die CDU hatte angesichts ihrer Wahlerfolge wenig Anlaß, viel zu reformieren; in der SPD wurde dem „Reformpapsttum“⁶⁰ des Vorsitzenden Engholm ein ruhmloses Ende bereitet. Beide Großparteien haben elektorale Stabilität zurückgewonnen, und die SPD macht sich Hoffnung, nach Jahren der Mißerfolge von den Schwächen der Regierungskoalition endlich zu profitieren. So haben sie vor der Bundestagswahl 1998 anderes und aus ihrer Sicht Besseres zu tun, als mit Parteireformen zu beginnen. Keine günstigen Voraussetzungen für Experimentierfreude.

Den deutschen Parteien geht es wie dem Modell Deutschland, das sie einst erfolgreich mit aufgebaut und repräsentiert haben: Es hat den internationalen Ausnahme- und Vorbildcharakter verloren, aber das auf einem enorm hohen Niveau⁶¹.

56 Vgl. Richard S. Katz/Peter Mair (Hrsg.), *How Parties Organize. Change and Adaption in Party Organizations in Western Democracies*, Thousands Oaks, Cal. 1995.

57 Vgl. Robert Harmel/Uk Heo/Alexander Tan/Kenneth Janda, *Performance, leadership, factions, and party change: An empirical analysis*, in: *West European Politics*, 18 (1995) 1, S. 1–33; am Beispiel der österreichischen SPÖ: Wolfgang C. Müller, *Inside the black box: A confrontation of party executive behaviour and organizational change*, in: *Party Politics*, 3 (1997) 3, S. 293–313.

58 Vgl. Jürgen Rüttgers, *Dinosaurier der Demokratie. Wege aus Parteienkrise und Politikverdrossenheit*, Hamburg 1993.

59 Am meisten scheint sich in Sachen Parteireform noch in der FDP zu tun, so zumindest mein Eindruck nach entsprechenden Erkundigungen in den verschiedenen Parteizentralen; vgl. auch Ingrid Reichart-Dreyer, *Parteireform*, in: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 7), S. 352.

60 Gerd Mielke, *Mehr Demokratie wagen! SPD-Führung im partizipatorischen Zeitalter*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 44 (1997) 1, S. 43.

61 Vgl. Stefan Immerfall/Peter Franz, *Deutschland in der Bewährungsprobe. Stärken und Schwächen des deutschen Standortprofils im weltweiten Strukturwandel*, Opladen 1998.

Wie geht es weiter mit den Großparteien in Deutschland?

I. Einleitung

Den Großparteien in Deutschland wird noch gut in Erinnerung geblieben sein, welche außerordentlich kritische Phase sie Anfang der neunziger Jahre in ihrer Entwicklung durchmachten. Damals brach eine Welle von Unzufriedenheit, Parteienverdrossenheit und intellektueller Parteienkritik über sie herein¹. Gleichzeitig nahm unter der west- und ostdeutschen Bevölkerung das Gefühl überhand, nur mangelhaft von den Parteien und ihren Spitzenpolitikern vertreten zu werden². Das Vertrauen in die Parteien erreichte einen desaströsen Tiefpunkt von sieben Prozent, und eine Häufung von Skandalen und Affären brachte die herrschenden Politiker in die Nähe des Zerrbilds von Lügner, Korrupten und Inkompetenten. Wachsende Wahlverweigerung³ schreckte die Altparteien auf, und rechtsradikalen Protestparteien in Gestalt der Republikaner und der DVU gelang es erneut, wie zuletzt der NPD zu Zeiten der Großen Koalition in den späten sechziger Jahren, in einige Landtage einzuziehen. Diese in ihrer Schärfe und Reichweite bislang einzigartige Vertrauenskrise und Welle der Unzufriedenheit mit den Parteien im Nachkriegsdeutschland erreichte 1993/94 ihren Höhepunkt und beherrschte die öffentliche Themenkonjunktur und innenpolitische Debatte bis in das Superwahljahr 1994 hinein. Während es zu jenem Zeitpunkt noch zugespitzt hieß: „Die alten Parteien sind out“⁴, senkte sich indessen nach den Niedersachsenwahlen im Frühjahr 1994 merklich der öffentliche Erregungspegel, und auch in der kritischen Grundstimmung gegen die Altparteien

bahnte sich eine Besserung an⁵. Nachdem sich schließlich bei der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 die Wahlbeteiligung sogar leicht erholte und sich beide Großparteien zusammen – bei Verlusten der CDU/CSU und Gewinnen der SPD – auf einem nur undramatisch verschlechterten Stimmenniveau von 78 Prozent halten konnten, standen diese auf jeden Fall besser da, als es aufgeregte Untergangsszenarien in den Medien und Kassandrarufer mancher professioneller Beobachter vermuten ließen.

Es ist dieser Hintergrund, der verschiedentlich Anlaß bot, um von einer „Stabilisierung“ der Verhältnisse zu sprechen⁶. Alf Mintzel wies in diesem Kontext darauf hin, daß der „prognostizierte Abstieg der Großparteien ... zumindestens gestoppt“⁷ worden sei. Andere Beobachter, wie Hans-Joachim Veen, vermochten gar „Tendenzen zur Rekonstruktion des Parteiensystems“⁸ zu erkennen, und noch weiter gehend sah die von Dieter Oberndörfer geleitete „Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg“ im Ausgang der Wahlen 1994 eine „Stärkung der großen Volksparteien“⁹ gegeben. Angesichts dieses verbreiteten Stimmungs- und Meinungswechsels wurde es nach dem „Ende der Krise“ um den Zustand der Großparteien, so als seien diese mit heiler Haut noch einmal davongekommen, bemerkenswert still. Sowohl das eine

5 Vgl. Renate Köcher, Auf einer Woge der Euphorie. Veränderungen der Stimmungslage und des Meinungsklimas im Wahljahr 1994, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51–52/94, S. 18.

6 Vgl. Ulrich von Alemann, Parteien, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 102.; Oskar Niedermayer, Das gesamtdeutsche Parteiensystem, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 1997, S. 114.

7 Alf Mintzel, Deutschland: Die Zukunft der Volksparteien nach der Krise, in: Dietrich Thränhardt (Hrsg.), *Japan und Deutschland in der Welt nach dem Kalten Krieg*, Münster 1996, S. 199.

8 Hans-Joachim Veen, Stabilisierung auf dünnem Eis. Entwicklungstendenzen des Parteiensystems nach der zweiten gesamtdeutschen Wahl, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), *Parteiensystem am Wendepunkt?*, München – Landsberg am Lech 1996, S. 184.

9 Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, In den Siegesbechern der Parteien finden sich Wermutstopfen, in: *Frankfurter Rundschau* vom 21. 10. 1994, S. 16.

1 Vgl. Gunter Rieger, „Parteienverdrossenheit“ und „Parteienkritik“ in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, (1994) 3, S. 459 ff.

2 Vgl. Gert Pickel/Dieter Walz, Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland: Dimensionen und Ausprägungen, in: *Politische Vierteljahresschrift*, (1997) 1, S. 38.

3 Vgl. Thomas Kleinhenz, Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Wiesbaden 1995.

4 Wilhelm Bürklin/Dieter Roth, Das Superwahljahr 1994. Deutschland am Ende einer Ära stabilen Wahlverhaltens?, in: dies. (Hrsg.), *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?*, Köln 1994, S. 9.

zeitlang übersteigerte Medieninteresse wandte sich übersättigt von dem Krisenthema ab, als auch überdrüssige Parteienforscher forderten ein Ende der ausgeferten Krisen- und Verdrossenheitsdebatte¹⁰. Entsprechend ließ selbst von akademischer Seite her der Infragestellungsdruck auf die Altparteien nach.

Jetzt, mit dem Beginn des Bundestagswahljahres 1998 und im kritischen Abstand zu den überhitzten Ausnahmejahren der frühen Neunziger, soll erneut gefragt werden, wie es um den gegenwärtigen Zustand und die Zukunftsaussichten der Großparteien in Deutschland bestellt ist. Geprüft wird, ob sich – wie nach 1994 womöglich voreilig vermutet wurde – die Großparteien tatsächlich stabilisiert bzw. gar erholt haben oder aber ob sich die Erosion ihrer elektoralen Basis und ihre organisatorische Formschwäche weiter fortsetzen. Die nachfolgende Analyse konzentriert sich auf die beiden Hauptparteien CDU und SPD, wobei die CSU, soweit dies aus Vergleichsgründen nötig ist, der CDU rechnerisch zugeschlagen wird. Zunächst werden Oberflächenphänomene beschrieben, die auf eine anhaltende Erosion der elektoralen Basis und auf organisatorische Struktur- und Funktionschwächen beider Parteien hinweisen. Danach wird den Hintergründen der Schwäche- und Abstiegsphänomene nachgegangen. Gleichzeitig werden die Probleme in einen größeren gesellschaftlichen und politischen Interpretationszusammenhang gestellt. Abschließend richtet sich der Blick auf zukünftig zu erwartende Herausforderungen, um abschätzen zu können, wie sich die Umbrüche und Übergangsprobleme der deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf den absehbaren Stellenwert und Fortbestand der Großparteien auswirken.

II. Der gegenwärtige Zustand der Volksparteien

Es werden einerseits Daten zur Entwicklung der Wahlbeteiligung und der Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD bei den Bundestags- und Landtagswahlen herangezogen, weil diese Aufschluß über die Mobilisierungsstärke und Verankerung beider Parteien in der Bevölkerung geben. Eine vergleichende und auch zusammenfassende

10 Vgl. Peter Lösche, Parteienverdrossenheit ohne Ende? Polemik gegen das Lamentieren deutscher Politiker, Journalisten, Politikwissenschaftler und Staatsrechtler, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1995) 1, S. 149 ff.

Betrachtung der Wahlergebnisse sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene erscheint deshalb angezeigt, weil sich nur hierdurch die Veränderungen im Parteiensystem in ihrer Breite und Tiefe erfassen lassen¹¹. Andererseits lassen sich aus den Daten zur Mitgliederentwicklung und dem Blick auf die Binnenverhältnisse der Großparteien Rückschlüsse auf deren Rekrutierungsstärke und organisatorische Vitalität ziehen.

1. Die Erosion der Wählerbasis

Die Ergebnisse der Bundestags- und Landtagswahlen der neunziger Jahre unter Einschluß des jüngsten Wahlzyklus der Jahre 1995 bis 1997 (Tabelle 1) zeigen, daß sich nur schwerlich von einer Trendwende zugunsten der Großparteien sprechen läßt. Zum mindesten stellt sich die nach dem Superwahljahr 1994 aufgekommene Stabilisierung- und noch weiter gehende Regenerations- these aus heutiger Sicht als voreilig heraus¹².

So hat sich die Wahlbeteiligung, die sich bei der Bundestagswahl 1994 von 78,5 auf 79,1 Prozent noch leicht verbesserte, bei den nachfolgenden acht Landtagswahlen erneut um durchschnittlich 4,8 Prozent abgesenkt und ist auf einem Niveau von 68,6 Prozent angelangt. Die „Partei der Nichtwähler“ steigt weiterhin, wobei sie bereits bei der Landtagswahlperiode 1991 bis 1994 einen durchschnittlichen Zugewinn von 5,2 Prozent verzeichnete. Ein Auslaufen oder gar eine Trendwende der rückläufigen Wahlbeteiligung ist gegenwärtig noch nicht erkennbar. Ansteigende Nichtwähleranteile lassen sich bis in die frühen achtziger Jahre zurückverfolgen. So hat sich die Teilnahme an den Bundestagswahlen zwischen 1980 und 1990 von 88,6 auf 78,5 Prozent abgesenkt. 1994 gab es einen Zugewinn von 0,6 Prozent, der sich als Trend jedoch erst noch bei den nächsten Wahlen 1998 bestätigen muß. Bei den Landtagswahlen, die traditionell niedrigere Beteiligungsraten aufweisen, ist der Negativtrend noch eindeutiger zu erkennen und setzt sich abgeschwächt bis zur jüngsten Hamburger Bürgerschaftswahl vom 21. September 1997 fort (Tabelle 1). Im Wahlzyklus zwischen 1981 und 1982 lag die durchschnittliche Beteiligung noch bei 82,8 Prozent. Im Wahlzyklus 1983 bis 1987 fiel sie auf 78,8 Prozent. Von 1987 bis 1990 senkte sie sich

11 Vgl. Geoffrey K. Roberts, Party System Change in West Germany: Land-Federal Linkages, in: Peter Mair/Gordon Smith (Hrsg.), Understanding Party System Change in Western Europe, London 1990, S. 90 ff.

12 Vgl. hierzu bereits Rainer-Olaf Schultze, Widersprüchliches, Ungleichzeitiges und kein Ende in Sicht: Die Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 26 (1995) 2, S. 336 f.

unter Einschluß der neuen Bundesländer abermals ab, und zwar auf 74,2 Prozent. Zwischen 1991 und 1994 landete sie schließlich bei 69,1 Prozent. Bei dem noch nicht abgeschlossenen Wahlzyklus nach 1994 stieg die „Partei der Nichtwähler“ nach sieben abgehaltenen Landtagswahlen weiter auf 31,4 Prozent an. Neben anderen zu berücksichtigenden Faktoren kommt hierin unbestreitbar eine wachsende und keineswegs bewältigte elektorale Mobilisierungsschwäche der Großparteien zum Ausdruck.

Tabelle 1: Entwicklung des Volksparteiensystems in Deutschland 1949–1997¹⁾

Wahljahr	Wahlbeteiligung in Prozent		Stimmenkonzentration von CDU/CSU und SPD in Prozent	
	Bundestagswahlen	Landtagswahlen ²⁾	Bundestagswahlen	Landtagswahlen ²⁾
1949	78,5		60,2	
		77,0		64,7
1953	86,0		74,0	
		80,6		71,8
1957	87,8		82,0	
		77,9		78,8
1961	87,7		81,5	
		76,2		84,7
1965	86,8		86,9	
		77,0		83,5
1969	86,7		88,8	
		79,7		89,6
1972	91,1		90,7	
		82,8		89,6
1976	90,7		91,2	
		80,5		89,0
1980	88,6		87,4	
		82,8		88,5
1983	89,1		87,0	
		78,8		85,4
1987	84,3		81,3	
		74,2		78,3
1990 ³⁾	78,5		80,1	
		69,1		75,9
1994	79,1		78,0	
1997 ⁴⁾		68,3		72,1

1) Angaben bis einschließlich 1989 nur für die alten Bundesländer. 2) Jeweils Mittelwert aus der Summe aller Landtagswahlen zwischen den Bundestagswahlen. 3) Ab 1990 sind die neuen Bundesländer mit inbegriffen. 4) 1994–1997 einschließlich Hamburger Bürgerschaftswahl vom 21. 9. 1997.

Quellen: Amtliche Wahlstatistiken sowie eigene Berechnungen.

Daß es mit den Großparteien weiter abwärts geht, zeigt sich vor allem am anhaltenden Wählerschwund. Seit Beginn der achtziger Jahre ist der Stimmenkonzentrationsgrad für die beiden Groß-

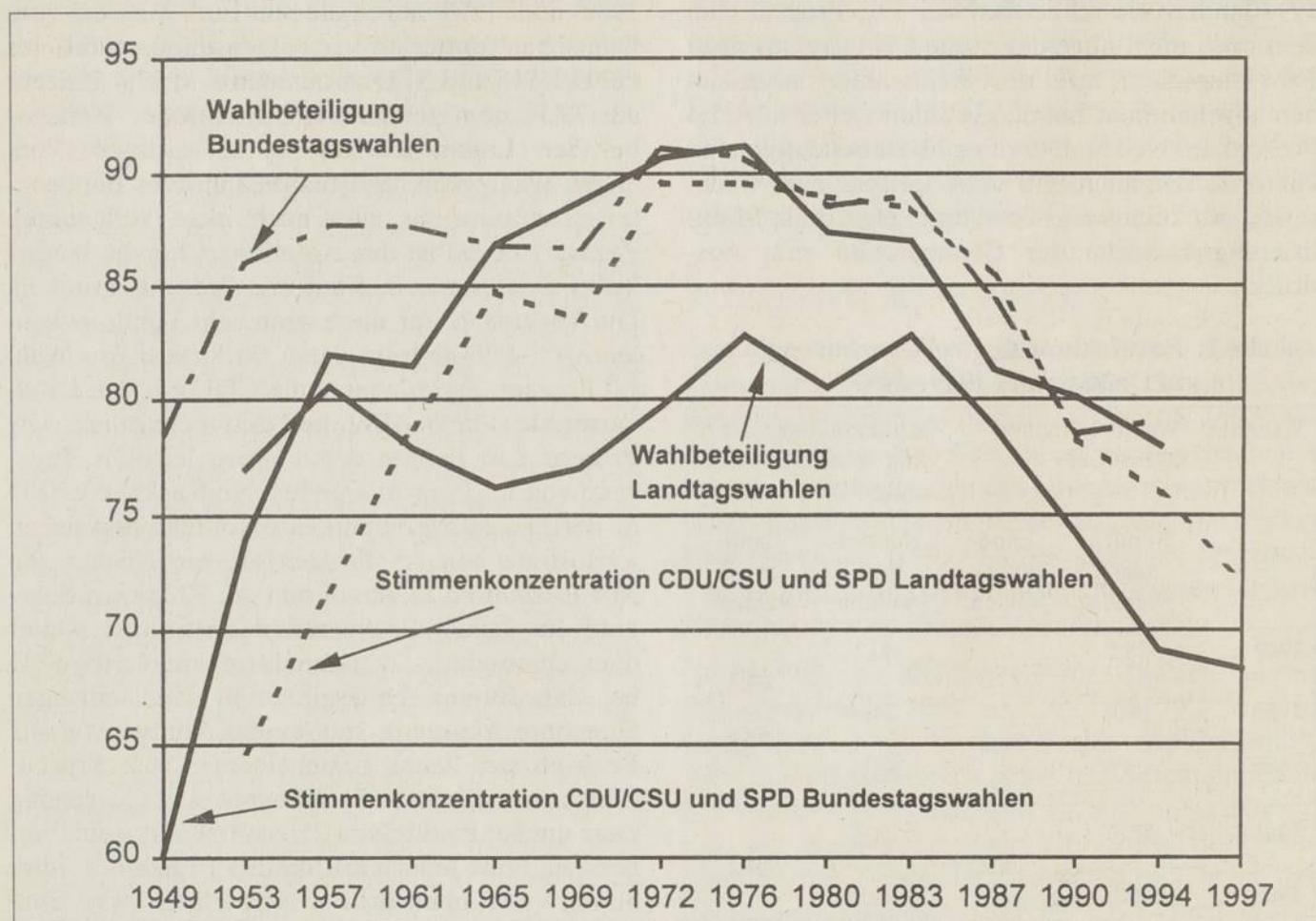
parteien sowohl bei den Bundestags- als auch bei den Landtagswahlen rückläufig. Bei den zwischen 1980 und 1994 abgehaltenen fünf Wahlen zum Deutschen Bundestag ist der Stimmenanteil für CDU/CSU und SPD zusammen von 87,4 Prozent auf 78 Prozent gefallen. Ein synchroner Trend ist bei den Landtagswahlen zu verzeichnen. Vom ersten Wahlzyklus 1981 bis 1984 unseres Beobachtungszeitraums bis zum noch nicht vollendeten Zyklus 1995/97 ist der Anteilswert für die beiden Volksparteien von 88,5 auf 72,1 Prozent gesunken. Die Verlustrate für die letzten acht Landtagswahlen nach 1994 beträgt dabei im Schnitt pro Wahl 1,7 Prozent. Zwar landete die CDU bei den Landtagswahlen 1995–1997 bei durchschnittlich 37,9 Prozent und konnte damit einen leichten Zugewinn von 1,1 Prozent erzielen. Nur sackte die SPD in der gleichen Zeit mit einer durchschnittlichen Verlustrate von 4,5 Prozent auf ein Niveau von 35,5 Prozent ab, wodurch sich der Konzentrationsgrad für beide Großparteien zusammen weiter deutlich absenkte. Trendkonform landete die SPD bei den Bürgerschaftswahlen in ihrer einstigen Hochburg Hamburg mit einem Verlust von 4,2 Punkten bei höchst bescheidenen 36,2 Prozent Stimmenanteil. Die CDU konnte sich gleichzeitig zwar um 5,6 Punkte von 25,1 auf 30,7 Prozent verbessern, ohne jedoch mit diesem Ergebnis an ihre ältere durchschnittliche Normalstärke von rund vierzig Prozent in der Hansestadt aufschließen zu können.

Das schon seit über 15 Jahren anhaltende und sich verschlechternde Abschneiden der beiden Großparteien belegt die ungebrochene Erosion ihrer einstmals imposanten Wählerbasis¹³. Wie Philipps für das Wahljahr 1994 feststellt, zeigt auch die jüngste Entwicklung keine Rückkehr der Verhältnisse zur gewohnten Ausgangslage der achtziger Jahre auf¹⁴. Im Gegenteil befinden sich die Großparteien weiter auf der Verliererstraße. Sie bleiben von der Abkehr der Wähler auf keiner Ebene verschont und schrumpfen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene. Das wahre Ausmaß dieser Erosions- und Abstiegsphänomene der Volksparteien wird erst sichtbar, wenn man die Entwicklung seit den achtziger Jahren in den Gesamtzusammenhang der Nachkriegszeit stellt. Grundlegend für diese ganze Epoche ist, daß das blockartige (westdeutsche) Nachkriegsparteiensystem traditionell

13 Vgl. Stephen Padgett, *The New German Electorate*, in: ders. (Hrsg.), *Parties and Party Systems in the New Germany*, Dartmouth u. a. 1993, S. 29.

14 Vgl. Ann L. Philipps, *An Island of Stability? The German Political Party System and the Elections of 1994*, in: *West European Politics*, (1995) 3, S. 220.

Schaubild 1: Wahlbeteiligung und Stimmenkonzentration von CDU/CSU und SPD bei Bundes- und Landtagswahlen 1949–1997 in Prozent



Quelle: Amtliche Wahlstatistiken. Zur Berechnungsbasis siehe Tab. 1.

von zwei Großparteien beherrscht wird, die sich bei relativ seltenen Regierungswechseln auf Bundes- und Landesebene in der Ausübung der Regierungs- und Oppositionsrolle abwechseln. Eine einflußreiche Schlüsselrolle bei diesem Wechselspiel fällt der wesentlich kleineren FDP zu, weil sie zur parlamentarischen Mehrheitsbeschaffung und Regierungsbildung benötigt wird. Ihre koalitionspolitischen Wendemanöver entscheiden, wie etwa 1969 oder 1982/83, in diesem Parteienoligopol über Fortsetzung oder Wechsel der Regierung. Die CDU/CSU führt das katholische und liberal-konservative Lager an, wobei sich ihr Rückhalt traditionell auf große Teile der ländlich-bäuerlichen Bevölkerung, der Selbständigen und Unternehmer sowie der Katholiken bis hin in Teile der kirchlich gebundenen Arbeiterschaft erstreckt. Gleichzeitig vermag sie auch national-konservative Kreise einzubinden, um nicht zuletzt Wählererfolge bei den neuen Mittelschichten zu erzielen. Die SPD stützt sich in ihrem Stammwählerkern auf die gewerkschaftsnahe Industriearbeiterschaft. Nach der Godesberger Reform von 1959 kann sie in (protestantische) bürgerliche Kreise vordringen und bedeutende Teile der urbanen und reformoffenen

neuen Mittelschichten für sich einnehmen („Genosse Trend“). Bei genauerer Rekonstruktion der Nachkriegsentwicklung zeigt sich aber nun (Schaubild 1), daß die beiden Großparteien zwischen 1949 und 1997 keine stetige, sondern eine unverkennbar zyklische Entwicklung durchgemacht haben, die sich in eine Aufschwung-, Hoch- und Abschwungphase einteilen läßt.

Aufschwungphase: Die erste Phase umfaßt den Zeitraum von 1949 bis 1961. Die Aufschwungphase wird durch einen stetigen Konzentrationsprozeß zugunsten der Unionsparteien und mit einigem Abstand der SPD geprägt, der schließlich im Parteienoligopol der beiden Volksparteien mit der allein noch verbleibenden FDP endet¹⁵. In dieser Zeit werden alle weiteren anfangs noch auf der parlamentarischen Bühne vertretenen Kleinparteien aufgesogen, marginalisiert oder wie im Falle der SRP und KPD verboten. Angesichts der Parteienfragmentierung Anfang der fünfziger Jahre war in dieser Formierungsphase der Konzentri-

15 Vgl. Michael Th. Greven, Entwicklungsphasen des Parteiensystems in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gegenwartskunde, (1989), S. 170 f.

onsprozeß zugunsten der Großparteien noch keineswegs voraussehbar und sicher. Doch gelang es der Union mit dem erfolgreichen wirtschaftlichen Wiederaufstieg unter der populären Kanzlerschaft Adenauers, sich rasch über ihren katholischen Stammwählerkern hinaus als Sammlungspartei des bürgerlich-konservativen Lagers zu etablieren und alle weiteren noch in diesem Wählerbereich auf Resonanz stoßenden Kleinparteien zu verdrängen. Aus diesem Sammlungserfolg resultiert ihre langjährige Hegemonialstellung im bürgerlichen und katholischen Lager, die mit der von 1949 bis 1966 reichenden Regierungsära dieser Partei im Bündnis mit der FDP belohnt wird. Die SPD hatte dieser Entwicklung bis zu ihrer Partei- und Programmreform 1959 als Anführerin des linken Lagers nichts entgegenzusetzen. Ab den sechziger Jahren konnte sie jedoch kontinuierlich ihre Position verbessern, indem sie sich den Wählern aus den neuen Mittelschichten öffnete. Die sich kartellhaft ausbreitende Großparteienherrschaft mit FDP-Beteiligung wird durch Verschärfungen der Fünf-Prozent-Klausel bei Wahlen und durch die Ende der fünfziger Jahre beginnende Praxis privilegierter Parteienfinanzierung abgesichert. Ab 1967 erschließt sich das Drei-Parteien-Kartell den exklusiven Zugang zur dann rasch expandierenden staatlichen Parteienfinanzierung.

Hochphase: Die durch die Jahre 1961 bis 1983 abgegrenzte zweite Phase läßt sich als die unangefochtene Hochzeit oder auch als das goldene Zeitalter etablierter Großparteienherrschaft in der alten Bundesrepublik bezeichnen. In dieser Phase erzielen CDU/CSU und SPD bei Wahlen ein exorbitant hohes Spitzenniveau, was die Stimmenkonzentration auf Werte zwischen 86,9 und 91,2 Prozent hochtreibt. Während dieser Zeit kann die SPD auf Bundesebene annäherungsweise an den Wähleranteil der Unionsparteien aufschließen und diesen sogar bei der Ausnahmewahl 1972 mit 45,8 Prozent um 1,1 Punkte übertrumpfen. Während dieser politisch bewegten Phase der sich neigenden Unionsherrschaft unter Adenauer und dann Erhard, der Großen Koalition und der sozialliberalen Regierungsära von 1969 bis 1982 nehmen die Großparteien eine unangetastete Hegemonialstellung ein. Die Wähler goutieren diese Verhältnisse durch hohe und stabile Parteibindungen. Dieses von den Großparteien dominierte Parteiensystem gibt in seiner unangefochtenen Stellung über zwanzig Jahre die Schranken von Parteienvielfalt und -wählbarkeit in Westdeutschland vor. Dabei üben CDU/CSU und SPD zusammen mit der FDP ein Repräsentationsmonopol über das gesamte heterogene Wählerspektrum aus. Sie sind mit dem

bundesrepublikanischen Parteienstaat identisch. Gleichzeitig diktieren sie die politische Tagesordnung. Sie kontrollieren die politische Elitenauslese und üben Kontrolle über das parteienorganisierte politische Engagement aus. Ihre Macht geht so weit, daß sie mit Hilfe der Formel vom „Konsens der Demokraten“ ihre politischen Gegner mit dem Stigma der Verfassungsfeindschaft versehen können. Zu Recht läßt sich diese Hochphase mit einer „period of a stable three-party system“¹⁶ gleichsetzen. Es ist jene Zeit, die für das international verbreitete und heute noch nachwirkende Bild vom dualen, hochkonzentrierten, moderaten, zentripetalen, regierungsfähigen und im Kern ultrastabilen Parteiensystem der Bonner Nachkriegsdemokratie Pate steht.

Abschwungphase: Mit Beginn der achtziger Jahre, also etwa zeitgleich mit dem Regierungsantritt der christlich-liberalen Koalition 1982/83, haben sich – eher verdeckt – die Vorzeichen für die Großparteien gewendet und einen bis heute noch nicht abgeschlossenen Abstiegsprozeß eingeleitet. Am augenfälligsten wird der Wandel durch den Ende der siebziger Jahre beginnenden Aufstieg grünalternativer Parteigruppierungen auf Länder- und Gemeindeebene sichtbar, der 1983 mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag gekrönt wird. Seitdem schrumpft die elektorale Basis der Großparteien, so daß sich zu Recht von einem „decline in Volkspartei support“¹⁷ sprechen läßt. Zugleich geht in dieser Abschwungphase auch die zuvor extrem hohe Wahlbeteiligung zurück. Der seitdem wachsende Anteil an Nichtwählern und der Wählerschwund der Volksparteien müssen also in einem synchronen Beziehungsverhältnis gesehen werden¹⁸.

Mit dem Abstieg der Großparteien erweitert sich das über zwanzig Jahre unveränderte Drei- zu einem Vierparteiensystem, ohne dabei seine duale Blockstruktur zu verlieren. Die Wahlerfolge der Grünen schmälern vor allen Dingen die Wählerbasis der SPD. Im Bund fällt sie zwischen 1980 und 1990 von 42,9 auf 33,5 Anteilswerte ab. Zwar kann sie bei den letzten Bundestagswahlen 1994 erstmalig nach 14 Jahren wieder einen Zugewinn von 2,9 Punkten auf 36,4 Prozent verbuchen. Doch liegt sie mit diesem Resultat noch weit hinter ihrem Bestergebnis von 45,8 Prozent, das sie 1972 erzielte, zurück. Aus der Bundesregierung heraus-

16 Franz Urban Pappi, The West German Party System, in: Stefano Bartolini/Peter Mair (Hrsg.), Party Politics in Contemporary Western Europe, London 1984, S. 11.

17 St. Padgett (Anm. 13), S. 34.

18 Vgl. ebd.

gedrängt, kann sie sich auf westdeutscher Länderebene in den Wahlzyklen von 1981 bis 1990 im Durchschnittsniveau von 40,6 auf 42,1 Prozentpunkte verbessern, um dann jedoch am Ende des gesamtdeutschen Wahlzyklus 1994 auf ein Niveau von 38,4 Prozent zurückzufallen. Nach 1994 gerät sie in eine durch Führungsquerelen ausgelöste schwere Schwächeperiode, so daß sie nach den acht Landtagswahlen auf ein vorläufiges Tiefstniveau von 36,2 Prozent abstürzt.

Auch die Unionsparteien müssen in dieser Zeit Federn lassen. Zwar stellen CDU und CSU zusammen mit der FDP unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl seit 1982 die Regierung. Doch geht seitdem der Stimmenanteil der Union bei den Bundestagswahlen von 1983 bis 1994 stetig von 48,8 auf 41,4 Prozent zurück. Gleichzeitig verliert sie bei den westdeutschen Länderwahlzyklen 1980 bis 1990 und sackt im Niveau von 47,4 auf 40,1 Prozent ab. Nach der deutschen Einheit erreicht sie im gesamtdeutschen Wahlzyklus 1991 bis 1994 einen Anteilswert von 37,5 Prozent. Im noch nicht vollendeten Wahlzyklus nach 1994 vermag sie schließlich ihr Stimmenniveau auf durchschnittlich 37,9 Prozent zu verbessern. Diese bescheidenen Zugewinne müssen im Zusammenhang mit der elektoralen Schwächephase der SPD gesehen werden. Selbst mit der CSU als mächtiger bayerischer Staats- und Hegemonialpartei geht es seit den Landtagswahlen von 1972 abwärts. Sie ist seither im stetigen Schwund von 62,1 auf 52,8 Prozent Wähleranteil bei den Landtagswahlen 1994 abgerutscht.

2. Die Erosion der Mitgliederbasis

Der aufgezeigte Wählerschwund findet eine nicht zu übersehende Parallele im anhaltenden Mitgliederschwund von CDU und SPD, was an deren Selbstverständnis als Volksparteien auf breiter Mitgliederbasis rüttelt. Das Volksparteiensystem wandelt sich insofern nicht nur von der Wählerseite her, sondern hat gleichzeitig unter wachsenden organisatorischen Insuffizienzproblemen zu leiden.

Von einer Abschwung- bzw. Abstiegsphase im Lebenszyklus der Großparteien zu sprechen wird zudem dadurch untermauert, daß sich über die beiden Großparteien in den siebziger Jahren eine riesige Mitgliederwelle ergoß, die jedoch nicht nur am Ende der Dekade abebbte, sondern seitdem in eine anhaltende Verlustphase übergang¹⁹, die sich

19 Vgl. Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer, Entwicklung und Struktur der Parteimitgliedschaften, in: dies./R. Stöss (Anm. 6), S. 278 ff.

trotz jüngst eingeleiteter Mitgliedermobilisierungskampagnen beider Parteien nicht beenden lassen will. In der damaligen innenpolitischen Aufbruch- und Polarisierungszeit der Regierungsära Brandt drängten viele junge Menschen in die Parteien, so daß Mitte der siebziger Jahre rund zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger über ein Parteibuch verfügten. Seit dem höchsten Organisationsgrad von 4,1 Prozent, den die Bundestagsparteien 1977/78 erzielten, ist der Anteil der Parteimitglieder unter den Wählern jedoch bis Ende 1995 auf 2,8 Prozent geschrumpft²⁰.

Als Hauptleidtragende der wachsenden Organisationsdistanz unter den Bundesbürgern müssen die beiden Großparteien bezeichnet werden. Die SPD ist von ihrem 1976 erreichten Höchststand in Westdeutschland mit 1 022 191 Mitgliedern bis Ende 1996 gesamtdeutsch auf 793 797 Organisierte abgerutscht. Dies entspricht einem Substanzverlust von 228 394 (22,3 Prozent) Mitgliedern. Die CDU erreicht ihr Bestjahr 1983 mit 734 555 Mitgliedern. Ende 1996 ist sie auf eine Zahl von 645 786 zurückgefallen, womit sie einen Verlust von 88 769 (12,1 Prozent) Organisierten zu verzeichnen hat. Ihr Mitgliederschwund fällt deshalb geringer als der der SPD aus, weil sie sich 1990 durch Zusammenschluß mit der Ost-CDU deren Mitgliederbestand aus alten DDR-Zeiten in Höhe von damals rund 130 000 einverleibte, ohne von ihnen allerdings lange zehren zu können. Dagegen ist die SPD, auch noch im Jahre 1997, im Osten Deutschlands bei der dürftigen Mitgliederbasis von rund 27 000 Organisierten über die Rolle einer Kleinpartei nicht hinausgewachsen (Tabelle 2).

Hinter dem ungebrochenen Wähler- und Mitgliederschwund der Großparteien verbergen sich schon seit langem währende Überalterungsprobleme. So repräsentieren SPD und vor allen Dingen CDU/CSU seit den achtziger Jahren die älteren und ganz alten Wählergruppen, während sie unter Jungwählern Repräsentationsdefizite aufweisen. Auch ist ihre schrumpfende Mitgliedschaft stark überaltert. Dies erklärt sich in erster Linie aus ausbleibenden Neueintritten speziell von Jugendlichen. Entsprechend hat sich der Anteil der unter 30jährigen CDU-Mitglieder zwischen 1980 und 1995 von 10,5 auf 5,2 Prozent reduziert. Gleichzeitig stieg der Anteil der über 60jährigen

20 Vgl. Elmar Wiesendahl, Noch Zukunft für die Mitgliederparteien? Erstarrung und Revitalisierung innerparteilicher Partizipation, in: Ansgar Klein/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997, S. 354.

Tabelle 2: Entwicklung der Mitglieder von CDU und SPD 1990–1997

Westdeutschland

Jahre	CDU	Veränderung abs.	Veränderung in %	SPD	Veränderung abs.	Veränderung in %	Summe	Veränderung abs.	Veränderung in %
1990	655 200			890 618			1 545 818		
1991	641 454	-13 746	-2,1	892 657	2 039	0,2	1 534 111	-11 707	-0,8
1992	619 579	-21 875	-3,4	860 214	-32 443	-3,6	1 479 793	-54 318	-3,5
1993	600 549	-19 030	-3,1	835 480	-24 734	-2,9	1 436 029	-43 764	-3,0
1994	593 697	-6 852	-1,1	821 649	-13 831	-1,7	1 415 346	-20 683	-1,4
1995	585 839	-7 858	-1,3	790 473	-31 176	-3,8	1 376 312	-39 034	-2,8
1996	579 863	-5 976	-1,0	766 934	-23 539	-3,0	1 346 797	-29 515	-2,1
1997*	572 529	-7 334	-1,3	753 926	-13 008	-1,7	1 326 455	-20 342	-1,5

Ostdeutschland

Jahre	CDU	Veränderung abs.	Veränderung in %	SPD	Veränderung abs.	Veränderung in %	Summe	Veränderung abs.	Veränderung in %
1990*	233 000			30 000			263 000		
1990**	129 556	-103 444	-44,4	30 000	0	0,0	159 556	-103 444	-39,3
1991	109 709	-19 847	-15,3	27 214	-2 786	-9,3	136 923	-22 633	-14,2
1992	94 267	-15 442	-14,1	25 744	-1 470	-5,4	120 011	-16 912	-12,4
1993	83 794	-10 473	-11,1	26 000	256	1,0	109 794	-10 217	-8,5
1994	77 800	-5 994	-7,2	27 725	1 725	6,6	105 525	-4 269	-3,9
1995	71 804	-5 996	-7,7	27 177	-548	-2,0	98 981	-6 544	-6,2
1996	65 923	-5 881	-8,2	26 863	-314	-1,2	92 786	-6 195	-6,3
1997***	63 691	-2 232	-3,4	27 174	311	1,2	90 865	-1 921	-2,1

* Anfang 1990; ** Ende 1990; *** Stand CDU: 31. 8. 1997; Stand SPD: 30. 9. 1997.

Quellen: Die Angaben für Anfang 1990 wurden entnommen bei S. Suckut, Vom Blocksystem zur Konkurrenz in: Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit, Köln 1990, S. 138; die Daten ab Ende 1990 beziehen sich auf Auskünfte der Parteigeschäftsstellen.

von 40,9 auf 62,8 Prozent. Bei der SPD schrumpfte im gleichen Zeitraum der Anteil der Jungmitglieder bis 30 Jahre von 15,9 auf 7,4 Prozent. Umgekehrt stieg der Altenanteil über 60jähriger von 38,7 auf 52,2 Prozent. Den Großparteien ist es augenscheinlich nicht geglückt, die vielen in den siebziger Jahren zu ihnen gestoßenen Neumitglieder aktiv in das Organisationsleben einzubinden. Sie modernisierten sich zwar, konzentrierten sich jedoch in ihren Anstrengungen weniger auf die Mitgliederorganisation, sondern auf den Ausbau der Parteistäbe und auf den Einsatz kostspieliger elektronischer Kommunikations- und Wahlkampfmittel. Heute ist das Binnenleben beider Großparteien weitestgehend erstarrt und nach außen hin abgeschottet. Nur eine kleine Gruppe zwischen zehn bis 25 Prozent der Mitglieder läßt sich zu den Aktiven zählen. Neben der Überalterung rächt sich nun das Versäumnis, die innerparteilichen Organisationsroutinen und überholten Versammlungsrituale nicht zeitgerecht an die gewandelten Bedürfnisse partizipationswilliger Neumitglieder angepaßt zu haben. Um der Verödung des Binnenlebens und der Isolation nach außen Einhalt zu gebieten, haben CDU und SPD zwar Organisati-

onsreformen, die auf die Öffnung und Revitalisierung ihrer Mitgliederorganisationen zielen, eingeleitet²¹, deren erhoffte positive Effekte sich jedoch nicht einstellen wollen. Absehbar ist dagegen, daß sich beide Parteien auf eine einschneidende Regenerationskrise ihrer Mitgliederbestände zubewegen. Ältere Mitglieder sterben zukünftig verstärkt weg, während Nachwuchs generell oder gar Jungmitglieder zur Auffrischung des Altbestandes ausbleiben.

3. Zusammenschau der Einzelbefunde

Betrachtet man die Entwicklung der Wahlbeteiligung, des Stimmenkonzentrationsgrades der Großparteien und deren Mitgliederentwicklung in der Gesamtansicht (Schaubild 2), so ist eine synchrone und seit rund 15 Jahren anhaltende Erosion der Wähler- und Mitgliederbasis der Volksparteien in Deutschland unübersehbar. Begleitet werden

21 Vgl. Uwe Jun, Inner-Party Reforms: The SPD and Labour Party in Comparative Perspective, in: German Politics, (1996) 1, S. 58–80; Ingrid Reichart-Dreyer, Parteireform, in: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 6), S. 338–355; E. Wiesendahl (Anm. 20), S. 369 ff.

diese gleichgerichteten Abstiegs- bzw. Schrumpfungphänomene von einem ebenfalls absteigenden Wahlbeteiligungstrend, der zu einem nicht zu unterschätzenden Teil die nachlassende Wählermobilisierungskapazität der Volksparteien zum Ausdruck bringt.

So ist die durchschnittliche Wahlbeteiligung eines Wahlzyklus, in den sowohl die Bundestags- als auch die Landtagswahlen zwischen zwei Bundestagswahlen einberechnet sind, zwischen 1980 und 1997 stetig von 88,6 auf 68,6 Prozent zurückgegangen, ein für die traditionell hohe Wahlbeteiligung in Deutschland bemerkenswert hoher Verlust von 20 Prozent. In der gleichen Übersichtsperiode ist die Fähigkeit der Großparteien, Wähler an sich zu binden, ebenfalls stark rückläufig. Waren es im Wahlzyklus 1980/1982 noch 87,4 Prozent der Stimmen, die auf CDU/CSU und SPD entfielen, ist dieser Anteilswert im jüngsten, noch nicht abgeschlossenen Zyklus 1995/97 auf 73,3 Prozent geschrumpft. Noch wesentlich schlechter sähe die Entwicklung aus, wenn die Stimmenanteile nicht auf der Basis der rückläufigen Zahl der tatsächlichen Wähler, sondern auf der aller Wahlberechtigten erhoben würden.

Auch bei der Mitgliederentwicklung sehen die Verhältnisse nicht besser aus. So haben beide Großparteien zwischen 1980 und Herbst 1997 einen Bestandsverlust von 15,6 Prozent hinnehmen müssen, wobei sich der Negativtrend nach 1994 nach einer vorübergehenden Stagnationsphase deutlich verstärkt. Dagegen schwächen sich die Abschwungkurven der Wahlbeteiligung und der Stimmenanteile für die Volksparteien im letzten Wahlzyklus nach 1994 etwas ab. Gleichwohl kann bei beiden Indikatoren von einem Erreichen der Talsohle oder gar von einem Trendwechsel nicht gesprochen werden.

Bemerkenswert ist, daß sich die Schwächung der Großparteien auch nach dem Superwahljahr 1994 fortsetzt, obgleich einige widrige Umstände, die sie noch zu Beginn der neunziger Jahre unter Druck gesetzt haben, in dieser Weise heute nicht mehr gegeben sind. Hervorzuheben ist vor allem, daß sich die öffentliche Erregung über die Großparteien und die Parteienverdrossenheit sichtbar wieder beruhigt haben. Zwischenzeitlich sind auch die Vertrauenswerte für die Parteien von ihrem Jahrestiefstwert 1993 mit 23 Prozent Ende 1995 wieder auf 41 Prozent angestiegen²², um jedoch jüngst wieder auf 24 Prozent zurückzufallen²³.

22 Vgl. Emnid-Umfrage und Analyse, 7/8 1995, S. 23.

23 Vgl. Emnid-Daten, in: Der Spiegel, Nr. 27/1997, S. 41.

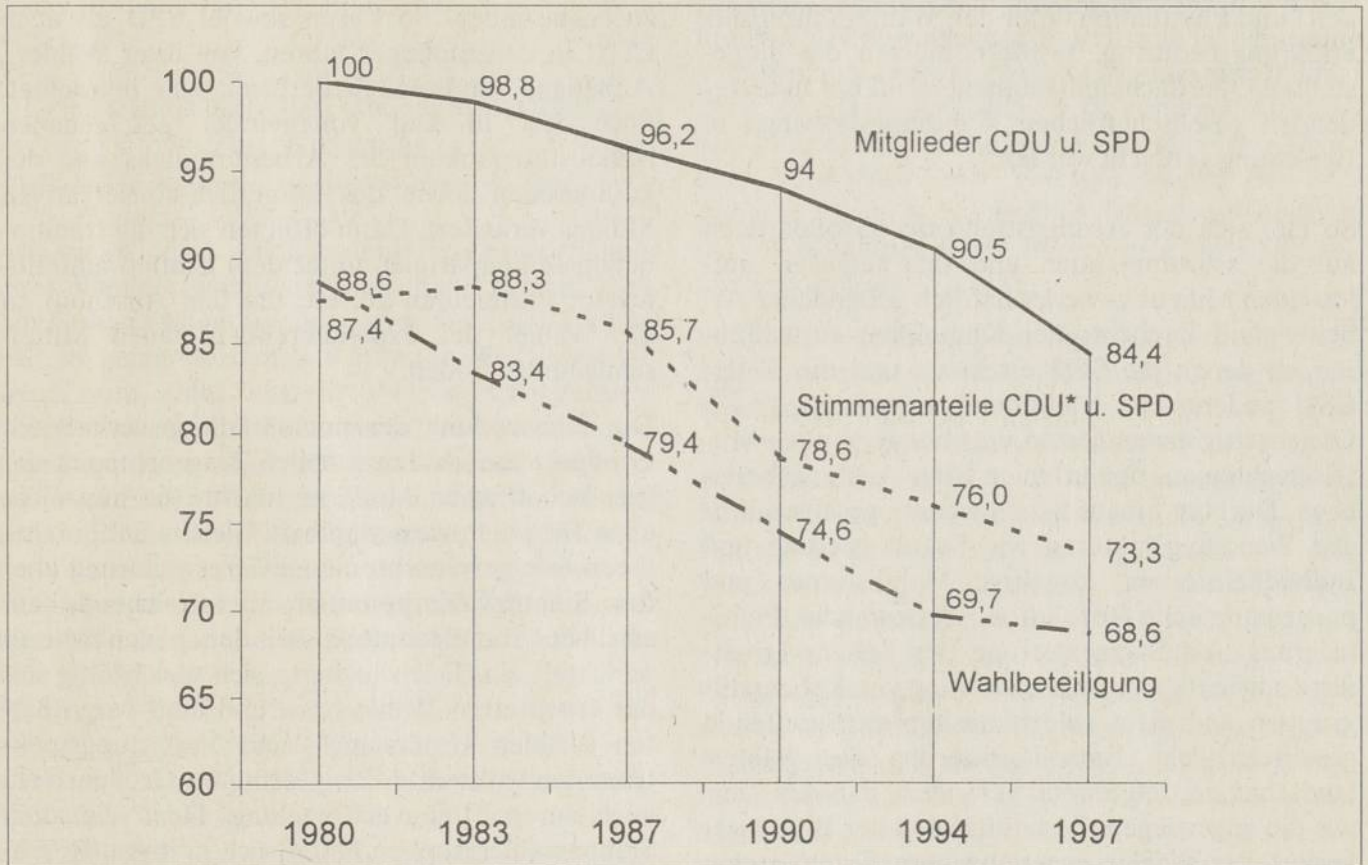
Neuere, die Republik erschütternde Polit-Skandale sind in letzter Zeit ausgeblieben. Wieder vorherrschend ist die schon chronisch zu nennende „normale“ Unzufriedenheit mit den Parteien. Befragungen des Emnid-Instituts belegen die seit 1994 anhaltende Tendenz, daß rund 40 Prozent der Wähler beiden Volksparteien gleichermaßen die Sachkompetenz absprechen, „die anstehenden Probleme zu lösen“²⁴. Der um die Wende zu den neunziger Jahren anschwellende Zulauf von Protestwählern zu den rechtsradikalen Parteien auf Länder- und Kommunalebene hat dagegen deutlich nachgelassen. Das gleichzeitige Auftreten von Republikanern, DVU und NPD führt, wie jüngst erst wieder bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen, zur Zersplitterung des Wählerpotentials am rechten Rand des Parteiensystems. Gleichwohl ist angesichts der Massenarbeitslosigkeit und ungeklärter Integrationsprobleme von Aussiedlern, Flüchtlingen und Asylanten ein Wiederaufleben einer rechtsradikalen Revolte keineswegs gebannt.

Aus dieser tendenziell verbesserten Lage können die Großparteien aber offenkundig keine Wende zum Besseren herbeiführen. Im Gegenteil stehen sie heute verwundbarer als früher da, weil für sie die altgewohnten Stimmenzuwächse nicht nur ausbleiben, sondern sie speziell bei Landtags- und Kommunalwahlen unverhältnismäßig hohe Stimmenverluste erleiden können. Gleichzeitig bestätigt sich, daß aus Stimmenverlusten einer der beiden Großparteien, ob in der Regierung oder in der Opposition, die jeweils andere keinen nennenswerten Nutzen ziehen kann. Während die SPD zuletzt bei den acht abgehaltenen Landtagswahlen im Schnitt 4,5 Prozent Stimmenanteile verliert, stehen diesen hohen Verlusten CDU-Gewinne nur in Höhe von durchschnittlich 1,1 Prozent gegenüber. Verschiedentlich haben beide Parteien zusammen Stimmenverluste hinzunehmen. Hieraus erklärt sich auch, daß unter dem Strich der auf beide Parteien entfallende Stimmenkonzentrationsgrad weiter schrumpft.

Als Verlust von Bindungskraft und Disziplinierungsstärke muß gleichzeitig die Tatsache gedeutet werden, daß die Splitterparteienstimmenquote von Wahlzyklus zu Wahlzyklus nicht gerade spektakulär, aber auch nicht unübersehbar ansteigt. Derweil ist der Stimmenanteil der nicht in den Parlamenten vertretenen und namenlos unter „Sonstige“ rubrizierten Kleinparteien auf erkleckliche 8,5 Prozent angewachsen. Bei den Hamburger Wahlen ist dieser Wert gar auf die Höhe von 18 Prozent hochgeschneit. Insbesondere bei den

24 Emnid-Daten, in: Der Spiegel, Nr. 7/1996, S. 21.

Schaubild 2: Erosion der Wähler- und Mitgliederbasis von CDU und SPD sowie Rückgang der Wahlbeteiligung 1980–1997 (in Prozenten)



* Die Berechnungsbasis bilden sowohl CDU- als auch CSU-Stimmanteile bei den Bundes- und Landtagswahlen. Die Wahlbeteiligung und Stimmenanteile wurden als Durchschnittswerte der Ergebnisse sowohl der Bundestags- als auch der Landtagswahlen eines Wahlzyklus bis zur Hamburger Bürgerschaftswahl vom 21. 9. 1997 errechnet.

Quellen: Amtliche Wahlstatistiken zu den Bundes- und Landtagswahlen 1980–1997. Auskünfte der Parteigeschäftsstellen zur Mitgliederentwicklung.

Landtags-, aber noch stärker bei den Kommunalwahlen bekundet damit ein wachsender Anteil der Wähler, sich trotz der absehbaren „Verschleuderung“ der eigenen Stimme nicht mehr von den etablierten Großparteien vertreten lassen zu wollen.

III. Hintergründe des Abstiegs der Volksparteien

Der Abschwung der Volksparteien in Deutschland muß mit einem ganzen Komplex von miteinander verbundenen Ursachen in Zusammenhang gebracht werden. Beispielsweise führt Scarrow die Erosionsphänomene auf überzogene intellektuelle Parteienkritik und die dadurch angeheizte Unzufriedenheit in Gestalt von „mass anti-party sentiments“²⁵ zurück. Für die Turbulenzen, in die die

Großparteien verwickelt wurden, müssen sicherlich auch Folgeprobleme der Deutschen Einheit angeführt werden. Nur reichen die aufgezeigten Abschwungphänomene so weit in die achtziger Jahre zurück, daß schon deshalb ein zeitlich viel umfassenderer Erklärungshintergrund für die Negativentwicklung herangezogen werden muß. Symptomatisch hierfür ist, daß sich die Parteibindungen des westdeutschen Elektorats von Beginn der siebziger Jahre an bis heute von 80 auf rund 50 Prozent zurückentwickelt haben²⁶. Genauer noch ist im gleichen Beobachtungszeitraum der Anteil der stark oder sehr stark gebundenen Parteianhänger von rund der Hälfte auf ein Viertel der Wähler gesunken²⁷. Insgesamt sind die Wähler unabhängiger, beweglicher, wählerischer und damit weniger berechenbar geworden. Wie jedoch leicht ersicht-

25 Susan E. Scarrow, Politicians against parties: Anti-party arguments as weapons for change in Germany, in: European Journal of Political Research, (1996), S. 298, 309.

26 Vgl. Wilhelm Bürklin, Perspektiven des Parteiensystems: Stabilität und Regierbarkeit nach der Bundestagswahl 1994, in: H. Oberreuter (Anm. 8), S. 215.

27 Vgl. Oskar W. Gabriel/Angelika Vetter, Die Chancen der CDU/CSU in den neunziger Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/96, S. 12.

lich wird, sind langfristig schwindende Parteiloyalitäten und die wachsende Volatilität (Beweglichkeit) und Fluktuation unter den Wählern ihrerseits erklärungsbedürftig. Insofern müssen die dargestellten Oberflächenphänomene wohl mit tiefergehenden gesellschaftlichen Wandlungsursachen in Beziehung gebracht werden²⁸.

So läßt sich der Abstiegstrend der Großparteien auf die schrumpfenden und sich teilweise auflösenden Milieus gewerkschaftlich gebundener Arbeiter und kirchentreuer Katholiken zurückführen, in denen die SPD einerseits und die CDU/CSU andererseits traditionell verwurzelt sind²⁹. Gleichzeitig expandierten ungebundene neue Mittelschichten aus den urbanen Dienstleistungsbereichen. Darüber hinaus haben weitere gesellschaftliche Wandlungsfaktoren wie Säkularisierung und Individualisierung, kognitive Mobilisierung und partizipatorische Revolution, Wertewandel, Pluralisierung und Segmentierung der Lebensverhältnisse sowie die Ausdifferenzierung von Lebensstilgruppen und nicht zuletzt die um sich greifende gesellschaftliche Entsolidarisierung die Wählerlandschaft so tiefgreifend verändert, daß sich hieraus die angestiegene Volatilität und der Bindungsverlust der Wähler gegenüber den Großparteien erklären ließe.

Solche insbesondere unter Wahlforschern verbreiteten soziologisch-wandlungstheoretischen Erklärungsansätze haben durchaus ihren Reiz. Nur dürfen weiter existierende gesellschaftliche Beharrungskräfte nicht übersehen werden, woraus spannungsreiche Ungleichzeitigkeiten zwischen gesellschaftlicher Modernisierung einerseits und sozialer und mentaler Rückständigkeit sowie unberührtem Traditionalismus andererseits resultieren. Dies ist für Volksparteien deshalb so folgenreich, weil sie im Rahmen ihres weitläufigen Umfassungsanspruchs nicht daran vorbeikommen, wachsende unvereinbare Spannungen und gegenläufige Tendenzen zu vereinen und zum Ausdruck zu bringen. Sie tun dies auf eine recht eigensinnige Weise, indem sie Wahlfreiheiten des Handelns und alternative Optionen der Strategiebildung nutzen, um die ihnen vorteilhaft erscheinenden Schlüsse aus veränderten Umweltverhältnissen zu ziehen. Aus einem akteurs- und organisationszentrierten Erklärungsansatz heraus läßt sich insofern der lang anhaltende Abschwung der Volksparteien auch

auf die langfristigen Folgen von strategischen Neuausrichtungsentscheidungen beider Großparteien zurückbeziehen. So waren sowohl SPD als auch CDU in den fünfziger Jahren, von ihrer Wähler-, Anhänger- und Mitgliederbasis aus betrachtet, noch fest in klar voneinander geschiedenen Milieustützpunkten des Arbeitermilieus und des katholischen sowie des bürgerlich-konservativen Milieus verankert. Dann öffneten sich die traditionellen Milieuparteien unter dem Einfluß ambitionierter Parteiliten gezielt, um den Anschluß an die Wähler der expandierenden neuen Mittelschichten zu finden.

Die Hinwendung der noch traditionsverhafteten Großparteien zu den mobilen Trägergruppen der gesellschaftlichen Moderne machte sie nun nicht etwa für jedermann wählbar. Gleichwohl brachte ihnen, wie gewünscht, die Revierverweiterung über das Stammwählerpotential hinausreichende zusätzliche Stimmenanteile bei den neuen Mittelschichten ein. Doch lockerte sich gleichzeitig mit der erweiterten Wählerbasis und dem vergrößerten sozialen Umfassungs- und Vertretungsspektrum der volksparteilich geöffneten Großparteien auch deren Milieuverwurzelung. Denn die alten Stammwählergruppen hatten sich in ihrem Repräsentationsanspruch nun mit der Rolle einer Gruppe neben weiteren anderen zu begnügen. Dies ging solange gut, wie Stammwähler, Gefolgsleute und Mitglieder aus den alten Kernmilieus ihrerseits noch an den gewachsenen Loyalitätsbänden zu den geöffneten Integrationsparteien festhielten. Heute stecken allerdings die in ihrem umfassenden Vertretungsanspruch konturlosen und diffusen Volksparteien längst in einer Repräsentationszwickmühle oder auch Modernisierungsfalle³⁰. Denn einerseits können sie sich ihrer wählerischer und unberechenbarer gewordenen Stammwähler, deren Loyalität sie überstrapaziert haben, nicht mehr sicher sein. Andererseits bringt aber auch der Anschluß an die ungebundenen neuen Mittelschichten nicht den erhofften dauerhaften Ertrag, um die Mobilisierungs- und Einbindungsverluste im schrumpfenden Kernanhängerbereich kompensieren zu können. Infolgedessen haben die Volksparteien ihre Integrationsgrenzen überschritten, ohne die Verhältnisse noch einmal zu ihren Gunsten umkehren zu können. Offenkundig übernehmen sie sich, um gleichzeitig sowohl das längst nicht mehr so bindungsfeste Traditionssegment als auch das von vornherein bindungsschwache Mittelschichtsegment in ihrer

28 Vgl. O. Niedermayer (Anm. 6), S. 116 ff.

29 Vgl. Peter Gluchowski/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf, Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland, in: O. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 6), S. 187 ff.

30 Vgl. Elmar Wiesendahl, Volksparteien im Abstieg. Nachruf auf eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 34–35/92, S. 13 f.

Wählerschaft glaubwürdig repräsentieren und zusammenhalten zu können.

IV. Interpretation und Einordnung der Befunde

Angesichts der anhaltenden Niveauabsenkung ihrer Wähler-, Mitglieder- und nicht zuletzt Vertrauensbasis kann auf der einen Seite auf keinen Fall so getan werden, als könnten die Volksparteien nach einer kurzen, aber zwischenzeitlich überwundenen Irritationsphase zu Beginn der neunziger Jahre ungerührt dort weitermachen, wo sie zuvor in den achtziger Jahren standen. Auf der anderen Seite fallen die dargestellten Abschwung- und Erosionsphänomene zweifelsohne viel zu maßvoll und undramatisch aus, als daß sich von ihrem Niedergang, endgültigen Absturz oder gar vom Ende der Volksparteien sprechen ließe. In Wahrheit wird die Überlebensfrage gar nicht aufgeworfen. Denn daß sie ihren Erfolgszenit überschritten haben und sich im Abschwung befinden, darf nicht lebensgeschichtlich mit ihrer Spätzeit oder gar einer Art Götterdämmerung verwechselt werden. In Deutschland gibt es – genauso wenig wie anderswo, bis auf Italien – „no evidence of a world of party systems turned upside down“³¹. Umgekehrt werden sich aber die Altparteien nicht wieder zur alten Macht und Herrlichkeit aufschwingen können. Um dieses näher zu erläutern, muß zwischen den parteiendemokratischen, organisatorischen und parteienstaatlichen Zusammenhängen und Konsequenzen der Schwächung der Volksparteien unterschieden werden. Den Betrachtungswinkel in dieser Weise zu variieren ist erforderlich, weil sich mit dem Blick auf die gesellschaftliche Verankerung und den Organisationszustand der Großparteien einerseits und ihrer Stellung in der parlamentarischen Kräftekonstellation andererseits unstimmgige und widersprüchliche Eindrücke aufdrängen, die in ihrem Zusammenspiel erschlossen sein wollen.

Auf der einen Seite bilden Großparteien außerstaatliche gesellschaftliche Gebilde, die Interessen von Individuen und Gruppen aufgreifen und über den Zugang zu den Schaltstellen staatlicher Macht durchzusetzen versuchen. Dieser Interessenrepräsentationsanspruch stützt sich gerade in der Bundesrepublik traditionell auf eine parteiemo-

kratische Legitimationsbasis der Volksparteien, nämlich über eine Massenmitgliedschaft und schichtenübergreifende Wählerresonanz möglichst breit in der Bevölkerung verwurzelt zu sein, um den durch sie repräsentierten Gruppen und Individuen als Sprachrohr dienen zu können. Vor diesem Hintergrund lassen sich die rückläufigen Wähler-, Mitglieder- und Vertrauensdaten nur als Indizien für eine nachhaltige Beziehungsstörung der Volksparteien zu ihrer gesellschaftlichen Umwelt deuten:

So muß der Leumund der Großparteien und ihrer Spitzenvertreter sowie ihr öffentliches Ansehen als beschädigt angesehen werden. Auch ist das sowieso brüchige Vertrauensverhältnis der Bürger zu den Parteien nicht noch mehr belastungsfähig. Nach wie vor stark verbreitet sind Distanz- und Entfremdungserscheinungen gegenüber den Volksparteien. Sie sind mit der aus ihnen hervorgehenden politischen Klasse, auf einen Nenner gebracht, unbeliebt und Quelle vielschichtigen Unmuts. Gebrochen ist ihre einstmals ausgeprägte Stärke, den öffentlichen Meinungsbildungsprozeß zu dominieren und die politische Agenda diktieren zu können. Auch der Ausgang von Wahlen unterliegt nicht mehr im gewohnten Maße ihrer Kontrolle, wie gleichzeitig ihre Autorität schwindet, Wähler zur Teilnahme an Wahlen zu mobilisieren und dann auch noch zur „richtigen“ Abgabe ihrer Stimme zu verpflichten. Weiterhin hat ihre einstmalige Zentralität als Plattformen politischer Partizipation kräftige Einbußen erlitten. Neue Formen politischer Aktivität gehen an ihnen vorbei oder richten sich sogar gegen sie. Als Bezugspunkte von politischen Orientierungen und Identifikationswünschen der Bürger sind sie ebenfalls bedeutungsloser geworden, und sie müssen hilflos mit ansehen, wie die bei der älteren Kriegs- und ersten Nachkriegsgeneration gewachsenen Parteiloyalitäten auf die jüngeren Nachfolgenerationen nicht mehr, wie erhofft, übertragen werden. Bei dem bereits jetzt schon verzerrten Repräsentationsspektrum der Altparteien droht infolgedessen der Anschluß an die jüngeren Generationen verlorengzugehen.

So mutieren die ehemaligen Volksparteien in ihrer Wähler- und Mitgliederbasis zu Altparteien und repräsentieren in erster Linie die bis zu den sechziger Jahren der Nachkriegszeit und noch früher großgewordenen Bundesbürger. Mit dem Fortgang dieser Beziehungsprobleme zur Wählerschaft und zur partizipationswilligen Aktivbürgerschaft lokern sich die sozialen und mentalen Bindungen, denen die Volksparteien ihren Aufstieg verdanken. Gleichzeitig trocknet der gesellschaftliche

31 Alan Ware, *The Party Systems of the Established Liberal Democracies in the 1990's: Is this a Decade of Transformation?*, in: *Government and Opposition*, (1995), S. 316.

Verwurzelungsbereich aus, aus dem sie ihre Ressourcen beziehen. Alles in allem haben die Volksparteien in den letzten Jahren einen Stellenwertverlust als Bindeglieder zwischen Gesellschaft und Staat erlitten, der die parteidemokratische Legitimationsbasis ihrer Herrschaft erodieren läßt³².

Mit diesen „linkage“-Problemen korrespondieren organisatorische Struktur- und Funktionsprobleme. Denn, aus der Organisationsperspektive betrachtet, stecken die Volksparteien in einem schon chronisch zu nennenden Formtief. Ihre organisatorischen Auszehrungs- und Erschöpfungssymptome sind nicht wegzudiskutieren. Stark überalterte Mitgliedschaft, ausbleibende Neumitglieder und die Abschottung der Mitgliederorganisationen gegenüber der Umwelt haben beide Parteien mit dem Vitalitätsverlust ihres Binnenlebens und mit innerer Erstarrung zu bezahlen. Schlimmer noch wird sie, soweit sich nichts entscheidend ändert, die nicht aufhaltbare Regenerationskrise in den nächsten 15 Jahren um ein weiteres Drittel ihrer sowieso schon dezimierten Mitgliedschaft bringen. Nicht von ungefähr treten die Organisationsinsuffizienzen nach Zeiten auf, in denen sich die Volksparteien über Jahre hinweg einseitig in ihrer Eigenschaft als professionelle „vote getting“-Organisationen modernisierten, dabei jedoch ihren prämodernen Mitgliederorganisationen keine weitere Beachtung schenkten. Entsprechend hinterließ die sich in Deutschland entwickelnde politische Beteiligungskultur in den Parteien keine tieferen Spuren. Mit zu dieser schleichenden Organisationsklerose tragen die verkarsteten Führungsstrukturen bei. Die schon über Jahrzehnte die Spitzenstellungen der Parteien, Fraktionen und Regierungen blockierende politische Klasse erweist sich immer mehr als Hindernis, um jüngere herausgehobene oder gar überragende politische Begabungen, die nicht die innerparteiliche Ochsentour hinter sich gebracht haben, rekrutieren und ihnen Karriereperspektiven eröffnen zu können, so daß eine Auffrischung oder gar eine bereichernde Generationsablösung des überalterten Spitzenpersonals der Volksparteien eingeleitet werden könnte.

Auf den ersten Blick laufen diese Organisationsinsuffizienzen auf eine Krise der Ressourcenzufuhr hinaus, zumal die Großparteien von so überlebenswichtigen Ressourcen wie öffentlicher Akzeptanz und Vertrauen, Wählern und Parteianhängern,

Gefolgsleuten, junglichem Nachwuchs, freiwilligen einfachen Mitgliedern und Helfern, ehrenamtlichen Funktionären und qualifiziertem Führungspersonal zusehens abgeschnitten werden. Dies würde normalerweise den finanziellen Handlungsspielraum der Großparteien massiv einschränken, weil mit dem Rückgang der Mitglieder auch das Beitragsaufkommen schrumpft. Es gelingt ihnen jedoch, den rückläufigen Zufluß an Human- durch Finanzressourcen, die ihnen aus der immer stärker ausgebauten direkten und indirekten staatlichen Parteienfinanzierung zufließen³³, zu substituieren. Hierdurch kann die permanente Parteiorganisation und der Parteiapparat, die durch die Berufspolitiker und ihre besoldeten Stäbe gebildet werden und sich mit „vote“- und „office seeking“-Aufgaben befassen, aufrechterhalten werden. Gleichzeitig wurden im Umfeld der parlamentarischen Fraktionen große Mitarbeiterstäbe eingerichtet, die halfen, die Personalkosten der Parteien auf öffentliche Kassen hin zu externalisieren. Wenn also in Deutschland von einer Krise der Parteien zu sprechen ist, dann vor allem im Sinne von „organizational decline and loosening social ties of party“³⁴. Deren negative Folgen werden allerdings dadurch gebremst, daß sich die Großparteien an der staatlichen Parteienfinanzierung schadlos halten.

Richtet man nun den Blick auf die parlamentarische Vertretungsebene der Großparteien, müssen die bislang eher düsteren Bemerkungen zu ihrer Lage deutlich aufgehellt werden. Es zeigt sich nämlich, daß all die geschilderten Abstiegs- und Schwächephänomene ihnen auf der parlamentarischen und Regierungsebene kaum etwas anhaben können. Die Volksparteien, so sehr auch ihr Untergrund bröckelt, sind nach wie vor die beherrschenden Akteure auf der politischen Bühne. Dieser Befund mutet vielleicht merkwürdig an, wo sie sich doch infolge ihrer schrumpfenden Wählerbasis auf „medium sized parties“³⁵ zubewegen und nach ihrem Abstieg aus der 40-Prozent-Etage sich anschicken, im 30-Prozent-Bereich zu landen. Gleichwohl bleiben die gestutzten Großparteien in ihrer Wähler- und erst recht Mandatsstärke relativ groß und die Kleinparteien im Verhältnis zu ihnen klein, wengleich sich der Abstand zwischen ihnen

32 Vgl. Elmar Wiesendahl, Parteien in der Krise. Mobilisierungsdefizite, Integrations- und Organisationsschwächen der Parteien in Deutschland, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, (1993) 3, S. 83.

33 Vgl. Hans Herbert von Arnim, Die Partei, der Abgeordnete und das Geld. Parteienfinanzierung in Deutschland, München 1996, S. 76 ff.

34 Thomas Poguntke, Anti-party sentiments. Conceptual thoughts and empirical evidence: Explorations into a minefield, in: European Journal of Political Research, (1996), S. 323.

35 Gordon Smith, Core Persistence: Change and the „People's Party“, in: P. Mair/ders. (Anm. 11), S. 158.

verringert. Der entscheidende Punkt ist nur, daß die gewohnte parlamentarische und gouvernementale Vormachtstellung durch diese veränderten Kräfteverhältnisse nicht angetastet wird. Beide Volksparteien behalten ihren Charakter als „core parties“³⁶ bei. Vor allen Dingen bleibt ihre strategische Mehrheitsbildungsposition erhalten. Denn gegen sie oder unter Ausschluß von einer der beiden lassen sich keine parlamentarischen Mehrheiten zur Regierungsbildung organisieren. Dies heißt jedoch nicht, daß sich die Bedingungen, Koalitionsregierungen zu bilden, für die Großparteien nicht erschweren würden.

Zurückzuführen ist ihre ungebrochene Schlüsselstellung darauf, daß, anders als etwa in Österreich, der graduelle Abstieg der Großparteien nicht durch den Aufstieg einer ernstzunehmenden Ersatzpartei begleitet wird, die sich in die von ihnen hinterlassene Lücke raumgreifend hineinzudrängen und dort festzusetzen versteht. Hierzu kommt es nicht, weil sich die von den Großparteien abgewanderten Wähler einerseits im größer werdenden Nichtwählerlager sammeln. Andererseits verpufft der Summeneffekt des wachsenden Splitterparteienanteils bei Wahlen und läßt sich nicht in politische Münze umwandeln, weil es, abgesehen von den rechtsradikalen Republikanern und der DVU, keiner der Splitterparteien gelingt, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Insofern profitieren die Großparteien sogar noch vom Splitterparteienzuwachs, weil sich durch die Fünf-Prozent-Barriere ihre Abgeordnetenzahlen erhöhen.

In Westdeutschland hat sich die hergebrachte Lager- und Blockstruktur des Parteiensystems unter Führung der beiden Hegemonialparteien eher noch verfestigt, weil dem Bündnis 90/Die Grünen bei der gegebenen Parteienkonstellation trotz überwundener innerer Spaltungen und erfolgreicher Profilierung in Richtung auf eine linksliberal-ökologische Bürgerrechtspartei oberhalb der Kommunalebene nur die Rolle des Juniorpartners an der Seite der SPD verbleibt. In eine ähnliche koalitionspolitische Gefangenschaft hat sich die FDP mit ihrer marktradikalen Rechtswendung³⁷ gegenüber der CDU/CSU begeben, so daß sich die bipolare Frontbildung im westdeutschen Vierparteienystem eher noch im Hinblick auf die kommende Wahlrunde verschärft.

Von einer Ausdehnung dieser für die alte Bundesrepublik charakteristischen Kräftekonstellation auf das vereinigte Deutschland läßt sich allerdings schon deshalb nicht sprechen, weil in Ostdeutschland die aus der SED hervorgegangene PDS die altvertraute Wahlarithmetik durchkreuzt und den beiden Großparteien ihre gewohnte Hegemonialrolle streitig macht. Auch hat sich nach den Einheitswahlen von 1990 die in den Landesparlamenten repräsentierte Wähler- und Parteienlandschaft so stark auseinanderentwickelt, daß seitdem von einem einheitlichen, gesamtdeutschen dualen Großparteiensystem unter Einschluß von FDP und Bündnis 90/Die Grünen nicht die Rede sein kann³⁸. Zwar werden die beiden in der Zusammensetzung und Kräftekonstellation deutlich auseinanderfallenden Parteiensysteme zumindestens über die organisatorische Klammer der sowohl im Osten als auch im Westen präsenten CDU und SPD zusammengehalten. Doch machen sich auch in diesen beiden Parteien einheitsbedingte soziologische, ideologische und mentale Trennungslinien und Spannungen zwischen Ost und West bemerkbar. Mehr Überschneidungen und Gemeinsames lassen sich denn auch deshalb nicht anführen, weil sich – anders als im Westen – ein ostdeutsches Dreiparteiensystem aus CDU, SPD und PDS, die ihrerseits im Westen keinen Fuß fassen kann, etabliert hat. Die FDP ist nirgendwo und Bündnis 90/Die Grünen sind nur im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten. Beide sind in ihrer parlamentarischen Präsenz faktisch westdeutsche Regionalparteien und gegenwärtig im Osten auf ein Kümmerdasein herabgesunken. Abgesehen vom CDU-beherrschten Sachsen und SPD-beherrschten Brandenburg lassen sich bei dieser ostdeutschen Kräftekonstellation regierungsfähige Mehrheiten nur über eine Koalition zwischen CDU und SPD oder über ein Bündnis zwischen SPD und PDS hervorbringen, was der CDU in Ostdeutschland unter Einschluß des Landes und der Bundeshauptstadt Berlin strukturell die Chance auf Regierungsbeteiligung rauben würde. Ihr strategisches Interesse ist deshalb darauf gerichtet, solch einen Schulterschuß zwischen SPD und PDS, der der linken ostdeutschen Wählermehrheit parlamentarisch zum Durchbruch verhelfen würde, zu verhindern. Die SPD ist in dieser Bündnisfrage gespalten. Nicht kalkulierbar ist darüber hinaus, inwieweit die SPD-Wähler im Westen der Repu-

36 Ders., Dimensions of Change in the German Party System, in: St. Padgett (Anm. 13), S. 87.

37 Vgl. Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, Weichenstellungen einer kleinen Bundestagswahl. Analyse der Ergebnisse vom 24. März 1996, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1996), S. 558.

38 Vgl. R.-O. Schultze (Anm. 12), S. 340 ff.; Russell J. Dalton, Unity and Division: The 1994 Bundestag Election, in: ders. (Hrsg.), Germans Divided. The 1994 Bundestag Elections and the Evolution of the German Party System, Oxford – Washington, D.C. 1996, S. 15 ff.

blik solch ein Bündnis hinnehmen würden. Welche Bündnisstrukturen sich auch immer nach den Bundestags- und Landtagswahlen 1998 in den neuen Ländern ergeben werden – von einer Angleichung oder gar Austauschbarkeit der west- und ostdeutschen Parteiverhältnisse kann auf absehbare Zeit nicht gesprochen werden.

Wie wenig, trotz ihrer elektoralen und organisatorischen Schwächung, die Großparteien von ihrer Schlüsselstellung im politisch-administrativen Bereich haben abgeben müssen, wird auch durch ihre ungebrochene parteienstaatliche Privilegierung auf gouvernementaler und administrativer Ebene unterstrichen. Als übermächtige „public office holders“³⁹ stellen CDU/CSU und SPD überall auf Bundes- und Landesebene den Regierungschef, und die Türen zu den staatlichen Ressourcen und Pfründen stehen ihnen wie gewohnt offen. In Deutschland mit seiner langen etatistischen Tradition ist es schon seit den fünfziger Jahren zur frühen parteienstaatlichen Verankerung der Nachkriegsdemokratie gekommen⁴⁰, wodurch die Großparteien in die Lage versetzt wurden, ihre intensiven Patronagebestrebungen zu verwirklichen⁴¹. Heute reicht die parteienstaatliche Feudalisierungstendenz weit in den öffentlichen Dienst, die Justiz, Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen und halbstaatliche Einrichtungen wie Rundfunkanstalten hinein und zeigt besondere Auswüchse auf der großstädtischen Ebene⁴². Bezeichnenderweise erstarben reumütige Selbstbeschränkungsdiskussionen in den Volksparteien⁴³ in dem Moment, als Mitte der neunziger Jahre die Verdrossenheitswelle abebbte.

Heute noch zehren die mit dem Staat engmaschig verflochtenen Großparteien von den in eigener Machtvollkommenheit während ihrer Hochzeit geschaffenen öffentlichen Privilegien, die vor allem in der Kontrolle über politische und administrative Karrieren, Finanzressourcen und gesetzgeberische Regelungskompetenz zum Ausdruck kommen. Ihre Handschrift und, mit ihnen im Bunde, die der FDP hat sich insbesondere in den sie privilegierenden Regelungen des laufend zu ihren Gunsten ver-

änderten Parteiengesetzes von 1967 niedergeschlagen, wodurch die in Deutschland eingeführte staatliche Parteienfinanzierung⁴⁴ auch als eine Art Selbstbedienungssystem der staatsverflochtenen Altparteien angesehen werden kann.

Angesichts dieser ungebrochenen Vormachtstellung und komfortablen Ausstattung mit öffentlichen Privilegien verwundert es nicht, daß von einem krisenhaften, auf den Großparteien lastenden Erneuerungs- und Umorientierungsdruck wenig zu spüren ist. Heute ist es sogar so, daß die auf der parlamentarischen und gouvernementalen Bühne unversehrt aus den Turbulenzen der frühen neunziger Jahre hervorgegangenen Spitzenvertreter der Volksparteien einer unveränderten Handlungslogik folgen, so als hätte es eine Krisendebatte und Verdrossenheitswelle nie gegeben. Erklären läßt sich diese Weiter-so-Haltung auch mit der Tatsache, daß sich die Kräfteverteilung und Konkurrenzsituation zwischen den beiden Großparteien nicht wesentlich verschoben hat. CDU/CSU und SPD vollziehen gewissermaßen einen abstandswahrenden Niveaubstieg, bei dem, zumindestens in Westdeutschland, die politische Kräfteasymmetrie als Konstante für ein die Unionsparteien begünstigendes, „ungleichgewichtiges Parteiensystem“⁴⁵ erhalten bleibt. Selbst im Abstieg sichern sich beide Großparteien ihre alten Domänen und Hochburgen, so daß auch das Nord-Süd-Gefälle zwischen SPD und CDU/CSU fortbesteht. Aus alledem resultiert ein Status-quo-fixiertes Durchwursteln und eine Rivalität, die die Konkurrenzmuster aus den goldenen Jahren der Großparteienherrschaft bis heute fortschreibt. Insbesondere die nach wie vor übermäßig auf die Großparteien und ihre Wortführer konzentrierte Medienberichterstattung verstärkt den Eindruck, als sei das heutige Parteiensystem immer noch mit dem der achtziger Jahre und früher identisch.

Führt man die nicht übereinstimmenden Einzelbefunde zu jeweils unterschiedlichen Ausschnitten der komplexen Großparteienwirklichkeit in Deutschland zusammen, ergibt sich ein zwiespältiges Bild. Sicher ist nur soviel, daß sich die im Wähler-, Mitglieder- und Organisationsbereich zeigenden Abstiegs- und Schwächesymptome nicht mit

39 Peter Mair, *Political Parties, Popular Legitimacy and Public Privilege*, in: *West European Politics*, (1995) 3, S. 51.

40 Vgl. Richard Stöss, *Parteienstaat oder Parteidemokratie?*, in: O. Gabriel/O. Niedermayer/ders. (Anm. 6), S. 17 ff.

41 Vgl. Kenneth Dyson, *Party, State and Bureaucracy in Western Germany*, London 1973.

42 Vgl. Erwin und Ute Scheuch, *Cliquen, Klüngel und Karrieren*, Reinbek bei Hamburg 1992.

43 Vgl. Jürgen Rüttgers, *Dinosaurier der Demokratie: Wege aus Parteienkrise und Politikverdrossenheit*, Hamburg 1993.

44 Vgl. H. H. von Arnim (Anm. 33), S. 119 ff.; Rolf Ebbighausen u. a., *Die Kosten der Parteidemokratie*, Opladen 1996, S. 141 ff. u. S. 439 ff.; Christine Landfried, *Parteienfinanzierung und politische Macht*, Baden-Baden 1994², S. 91 ff. u. S. 315 ff.

45 Eva Kolinsky, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik: Forschungsthemen und Entwicklungslinien*, in: Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen 1993, S. 47.

einer massiven Systemerschütterung oder gar einem Systemwechsel des von den Großparteien beherrschten Parteiensystems gleichsetzen lassen. Zugleich darf aber auch deren Abstieg auf ein Mittelmaß nicht als ein geglückter Prozeß des Gesundenschumpfens mißinterpretiert werden, weil die gesellschaftlichen und organisationsspezifischen Ursachen weiter fortwirken, aus denen der Abschwung der Großparteien resultiert. Unter diesen Umständen stößt selbst ein bescheidenerer Volksparteienanspruch heutzutage auf Grenzen, der sich in einer entsprechend breiten Wähler- und Mitgliederbasis nicht mehr verwirklichen läßt.

Wenn überhaupt, dann läßt sich von einer kritischen Destabilisierung der Großparteienherrschaft in Deutschland nur mit Blick auf deren erodierende gesellschaftliche Verwurzelungsbasis sprechen. Dagegen läßt sich von dem auf der parlamentarischen Ebene repräsentierten Parteiensystem – und zwar nur dort und unter Ausschluß der ostdeutschen Verhältnisse – wohl zu Recht sagen, daß es „sich bisher gegenüber grundlegendem Wandel als immun erwiesen hat“⁴⁶. Nur greift dieses Urteil deshalb zu kurz, weil es sich lediglich auf einen verengten Ausschnitt und eben nicht vollständigen Überblick über die insgesamt gewandelte Parteienwirklichkeit in Deutschland stützt. Mit Blick auf die gesellschaftliche Lage der Volksparteien ist zumindestens soviel zu ergänzen, daß die nicht zu unterschlagenden gesellschaftlichen Beziehungsstörungen und Entwurzelungsprobleme bislang nicht zu den weiterhin stabilen parlamentarischen Kräfteverhältnissen vorgedrungen sind. Insofern tut sich zwischen dem gesellschaftlichen Stellenwertverlust und der ungebrochenen parlamentarisch-gouvernementalen Dominanz und Zentralität der geschrumpften Großparteien eine Scherenbildung auf. Hierin findet auch für die Bundesrepublik die von Mair vertretene Auffassung von „the essential contradiction between an apparent weakening of the role of parties as representative agencies, on the one hand, and an apparent strengthening of their role as public-office holders, on the other“⁴⁷ eine Bestätigung. Die Großparteienherrschaft in Deutschland erodiert von ihrer gesellschaftlichen Basis her ohne wesentlichen Stabilitäts- und Machtverlust auf der parteienstaatlichen Ebene. Meines Erachtens sind Parteiendemokratie und Parteienstaat in Deutschland dabei, sich voneinander loszulösen und ungleichzeitige und gegenläufige Wege zu gehen. Besonders kritisch an dieser Entwicklung ist, daß sich

damit das soziale Breitenfundament und die partiendemokratische Legitimationsbasis der den Parteienstaat beherrschenden Großparteien aushöhlen.

V. Zukunftsperspektiven

Die Zukunft wird eher eine Verschlechterung denn eine Verbesserung der Lage der Großparteien mit sich bringen. Sie stehen gegenwärtig inmitten einer schwierigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchperiode, in der weite Teile der Bevölkerung verunsichert sind, inwieweit es der Bundesrepublik gelingen wird, die Herausforderungen des Informationszeitalters zu bewältigen, und ob sie sich unter den verschärften globalen Wettbewerbsbedingungen ihren Platz sichern kann. Hiervon wird das Verhältnis zu den Parteien deshalb berührt, weil die Politik immer stärker vom Primat der Ökonomie beherrscht wird und es niemandem verborgen bleibt, daß die Großparteien den weiteren Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung immer weniger zu kontrollieren vermögen. Vor diesem Hintergrund erscheint Deutschland zu Beginn des Wahljahres 1998 wie gelähmt, weil sich CDU/CSU und SPD gegenseitig blockieren. Um so deutlicher tritt dabei die Rat- und Orientierungslosigkeit ihrer Spitzenvertreter zu Tage, wie man der ökonomischen Standortprobleme, der Massenarbeitslosigkeit, der Staatsverschuldung, der Haushaltskrise und der Kostenexplosion der sozialen Sicherungssysteme Herr werden könnte. Trotz ihrer parlamentarisch abgesicherten Macht vermitteln die Großparteien in dieser Lage nicht den Eindruck von Treibenden, sondern umgekehrt von Getriebenen. Beide Großparteien wissen nicht, den angestauten Reformdruck mit einer zündenen Zielperspektive oder gar mit imaginärer Visionskraft zu kanalisieren. Als politische Ideenlieferanten und Wegweiser in eine bessere Zukunft versinken sie statt dessen in immer größere Bedeutungslosigkeit. Infolgedessen entgleitet ihnen auch die Definitions- und Deutungsmacht über die weitere Entwicklung. In diesem Klima will auch keine mobilisierende, durch neue und unverbrauchte politische Leitfiguren entfachte Aufbruchs- oder Wechselstimmung wie Ende der sechziger Jahre aufkommen.

Mit der krassen Ungleichverteilung des wirtschaftlichen Wohlstands ergeben sich überdies neue soziale Ungleichheiten. Sie verstärken den Prozeß gesellschaftlicher Entsolidarisierung, zumal sich die Gewinner-, Belastungs- und Verlierergruppen des

46 Gordon Smith, Das deutsche Parteiensystem am Wendepunkt?, in: H. Oberreuter (Anm. 8), S. 221.

47 P. Mair (Anm. 39), S. 42.

gesellschaftlichen Umbruchs immer stärker auseinanderentwickeln. Mit den Umverteilungskonflikten kehrt in Deutschland die überwunden geglaubte alte soziale Frage zurück, die solange gebändigt werden konnte, wie in der Schönwetter- und Wohlstandsphase der westdeutschen Nachkriegsdemokratie die Altparteien alle Gruppen – im gehörigen Abstand – an den Früchten der prosperierenden Wirtschaft teilhaben ließen. Jetzt muß das traditionelle volksparteiliche Politikmodell der Konsensfindung und des sozialen Interessenausgleichs im Kampf für notwendige Veränderungen und gleichzeitig gegen versteinerte Besitzstände und Privilegien sowie wachsende Gruppenegoismen erst noch seine eigentliche Bewährungsprobe bestehen. Denn bei den sich an der sozialen Frage entzündenden Umverteilungskonflikten wird der verdeckte Patronage- und klientele Interessenvertretungscharakter der Volksparteien wieder sichtbarer. Der auf ihnen lastende unverfälschte Repräsentationsdruck steigt an, und sie werden auf ihre Klientel aus den schrumpfenden Kernmilieus stärker Rücksicht nehmen müssen. Dies bedeutet, daß die Erwartungswidersprüche zwischen ihren Stammanhängern einerseits und einer sich sozial und kulturell weiter segmentierenden Wechselwählerschaft sowie den nicht zu vernachlässigenden Verbandsinteressen andererseits mit erhöhten Konsensbeschaffungskosten zu bezahlen sein werden. Auch wächst mit dem zu verarbeitenden Konfliktpotential die innere Fragmentierung und Zerrissenheit der Volksparteien angesichts ihrer heterogenen Flügel- und Gruppenstruktur, was die Parteispitzen vor immer größere Zusammenhaltsprobleme stellt. Nicht zuletzt werden die gewachsenen Verbindungen zu den verbündeten Verbänden stärker strapaziert, so daß diese sich weiter lockern werden.

Erschwerend schlägt weiterhin zu Buche, daß der über Jahrzehnte angesammelte Vorrat an ideologischen Klammern, Feindbildern und sinnstiftender politischer Symbolik sich insbesondere mit dem Verschwinden des Kommunismus und mit der deutschen Einheit verbraucht hat⁴⁸. So fehlt es nun an ideologischem Kitt, um die auseinanderdriftenden Gruppen auf der Sinn- und Symbolebene zusammenbinden zu können. Offenkundig fordert so die fortschreitende gesellschaftliche Segmentierung ihren Preis und führt die Großparteien an immer

enger gezogene Integrationsgrenzen. Unter diesen Umständen werden sie sich immer weniger auf möglichst breite und dauerhafte Bündnisse mit verlässlichen gesellschaftlichen Großgruppen stützen können. Statt dessen werden sie sich zukünftig stärker mit flexiblen Ad-hoc-Integrationsstrategien begnügen müssen. Sie organisieren instabile Mehrheiten auf Zeit, die anders als früher rascher wieder auseinanderlaufen werden. Viel stärker noch werden überdies an Streitfragen orientierte Mobilisierungskampagnen und die Attraktivität der Spitzenkandidaten über Wahlerfolge den Ausschlag geben.

Das mittelfristig wohl größte Problem droht den Parteien allerdings von schleichenden parteienstaatlichen Strukturveränderungen. Zwar bleibt der Staat einerseits weiterhin von den Großparteien personell durchdrungen. Doch wandert andererseits der politische Prozeß zusehends aus diesem klassischen nationalen Entscheidungszentrum aus und zerstreut sich unübersichtlich auf diverse supranationale und auch halb- und außerstaatliche Entscheidungsgremien. Meines Erachtens befindet sich das Sinnbild des Parteienstaats als mächtiges und einheitlich handelndes Exekutivorgan des von den Parteien artikulierten Volkswillens in der Auflösung. Zugleich wird der Ort, an dem Politik gemacht wird, immer weniger auffindbar. Diese Entwicklung ist für die Parteien deshalb so brisant, weil sie ohne den Staat als greifbaren Anlaufpunkt ihres politischen Gestaltungswillens nicht auskommen, um glaubhaft machen zu können, daß ihre Inbesitznahme der Schaltstellen staatlicher Macht und die Verfügung über staatliche Ressourcen nicht dem purem Eigeninteresse, sondern höheren Zwecken dient. Mit dem Verschwinden des Staates als souveräner autoritativer Entscheidungsakteur bleibt aber irgendwann nur noch eine parteiendemokratische Fassade erhalten, die mit der Illusion lebt, die Parteien könnten als Sprachrohre des Volkes in den von ihnen besetzten Parteienparlamenten und den von ihren Spitzenvertretern gebildeten Parteienregierungen das konsequent in politische Entscheidungen umsetzen, was ihnen die Wähler als Mandat mit auf den Weg geben. Insgesamt wird man sich deshalb auf längere Sicht auf eine parteiendemokratische Entzauberung der Großparteienherrschaft nicht nur in Deutschland einzurichten haben.

48 Vgl. A. Ware (Anm. 31), S. 324 f.

Parteien im Modernisierungsprozeß

Zur politischen Logik der Unbeweglichkeit

I. Parteien als politisch-moralische Großorganisationen

Die viel beschworene Krise der Volks- und Mitgliederpartei und ihre mögliche Transformation sind Teil eines sehr viel umfassenderen Themas: das der Zukunft der Parteien als ein typisches Beispiel für den Typus der politisch-moralischen Großorganisationen insgesamt. Hinter dieser Problemsicht stecken eine Reihe von Ambivalenzen und Dilemmata, die von erheblicher theoretischer und praktischer Relevanz sind. Parteien verfügen über eine komplexe Struktur und ein breites Spektrum an (manifesten und latenten) Funktionen, und sie beziehen sich (auf dem Wege des Ressourcentausches) auf mehrere Umweltsysteme, vor allem auf das politische, das soziokulturelle und das Mediensystem, in denen sich weitreichende Modernisierungsprozesse abspielen. Hieraus resultieren für Parteien oft sehr unterschiedliche Herausforderungen, die sich in ihrem Zusammenwirken verschärfen und zugleich in ihren Lösungsmöglichkeiten erheblich blockieren können, da sie teilweise recht widersprüchlicher Natur sind. Was etwa dem medialen Image in der Postmoderne förderlich ist, muß es in bezug auf die politische Problemlösungsfähigkeit und Legitimation nicht sein, und was im einen sozialen Milieu paßt, kann im anderen störend wirken.

Zu den schwierigen Beziehungen zwischen der Parteiorganisation und ihren heterogenen Umfeldern kommen die internen Probleme hinzu, die sowohl für viele Außenstehende die Attraktivität und die Transparenz der Partei als auch die Möglichkeiten einer Modernisierung an Haupt und Gliedern ganz erheblich einschränken. Parteien sind nämlich durch und durch politisch – von den offiziellen demokratischen Spielregeln über die Seilschaften und Cliques bis in die Feinheiten des kulturellen Ambientes und Sprachgebrauchs. Nicht selten gilt hier die Devise: Feind – Todfeind – Parteifreund. Zudem verfügen sie über ein weitgefächertes Netz von Suborganisationen, die sich als relativ autonom definieren und miteinander im

Wettbewerb um Einfluß und Posten stehen. Arbeitsgemeinschaften, Fachausschüsse und regionale Gliederungen – hier vor allem die Landesverbände bzw. die Bezirke – erzeugen jene „lose verkoppelte“ Anarchie¹, wie es der amerikanische Organisationsforscher Karl Weick genannt hat. Eine wichtige Rolle spielen in diesem Zusammenhang die „Unsicherheitszonen“, die von individuellen Akteuren kontrolliert werden und diesen Macht verleihen: „Eigentlich existiert die Organisation“ – so Michel Crozier und Erhard Friedberg – „nur durch die partiellen Ziele und Rationalitäten der in ihrem Rahmen interagierenden Individuen und Gruppen.“² Unabhängig von den Details ist eines sicher: Um Oligarchien (so einst Robert Michels) und zentralistisch geführte Apparate handelt es sich bei modernen Parteien nicht; hier ist man eher verblüfft, ob und wie diese überhaupt noch als Ganzes funktionieren können³.

Diese Probleme betreffen die Parteien insgesamt gleichermaßen – insbesondere die großen. Die Fixierung der Medien auf den vorgeblich übermächtigen Bundeskanzler Helmut Kohl lenkt davon ab, daß auch die CDU Probleme mit schrumpfender Mitgliedschaft, selbstbewußten Landesparteien und schwindenden Stammwählern sowie Überalterung hat. Neuere Umfragedaten signalisieren auch hier eine sinkende Partizipationsbereitschaft und ein Bedarf nach neuen Angeboten der Parteiorganisationen an Mitglieder und Interessenten⁴. Noch defizitärer sind die Strukturen in Ostdeutschland, wo die Belastungen der „Wende“ aufgefangen werden müssen⁵.

1 K. E. Weick, *Der Prozeß des Organisierens*, Frankfurt a. M. 1985.

2 M. Crozier/E. Friedberg, *Macht und Organisation. Die Zwänge kollektiven Handelns*, Königstein/Ts. 1979, S. 57.

3 Für die beiden großen Volksparteien haben dies etwa P. Lösche/F. Walter, *Die SPD, Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei*, Darmstadt 1992 sowie J. Schmid, *Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus*, Opladen 1990, beschrieben.

4 Vgl. H.-J. Veen/V. Neu, *Politische Beteiligung in der Volkspartei. Erste Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung unter CDU-Mitgliedern*, Interne Studien, Nr. 113, St. Augustin 1995.

5 Vgl. J. Schmid/F. Löbner/H. Tiemann (Hrsg.), *Organisationsstrukturen und Probleme von Parteien und Verbänden*.

Die SPD hat neben diesen „normalen“ Problemen aller Großparteien allerdings noch einige spezielle. Sie befindet sich in strategischen Zwickmühlen:

- Da ist erstens das Dilemma zwischen Regierung und Opposition. Die SPD ist immer irgendwo und irgendwie dafür und immer dagegen, weil sie in Bonn im Bundestag opponiert, im Bundesrat aber mitregiert dank ihrer vielen Landesregierungen.
- Zweitens gerät die SPD in die Schere der Koalitionsoptionen: Alles ist möglich, jede denkbare Koalition ist im Angebot. Die große mit der CDU und die kleine mit der F.D.P. oder den Grünen, auch exotische Ampeln und dubiose Minderheitsregierungen mit PDS-Unterstützung wurden ausprobiert; nur für die Alleinregierung reicht es einfach nicht.
- Weiter kann sich die SPD nicht zwischen Ökologie und Ökonomie klar entscheiden. Als Opposition im Bundestag tut sie sich leicht, Ökosteuern zu fordern, die Landesregierungen sind da skeptischer. Hier gilt das Primat der Ökonomie, wie die NRW-SPD im Streit mit den Grünen demonstriert.
- Viertens steht die SPD im Zwiespalt zwischen konservativer sozialer Sicherung und innovativer Wachstumsstrategie. Ob es reicht, daß die Arbeitslosen ihre Stellen im Internet suchen dürfen, ist mehr als fraglich. Eine Lösung des Dilemmas zwischen Sozialstaat und Innovationsgesellschaft ist verzweifelt gefragt.
- Mitglieder und Wähler der SPD gehören zu besonders heterogenen Milieus sie sind zwischen allen diesen Polen zerrissen: nicht nur zwischen Akademikern und Arbeitern, auch zwischen Machos und Feministinnen, zwischen lustorientierten Hedonisten und pflichtorientiertem Gelsenkirchener Barock, zwischen Toskana und Mallorca.
- Die sechste Zwickmühle schließlich betrifft die Führungsstruktur. Die Landesherren der SPD sind keine Zaunkönige im Garten der Bundespolitik, sondern sie sind die einzigen, die etwas zu regieren haben. Das macht stark⁶.

Schauen wir uns die Probleme der deutschen Parteien nun näher im Detail an.

Berichte aus den neuen Ländern, Marburg 1994; s. a. O. Niedermayer (Hrsg.), *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*, Opladen 1996.

⁶ Vgl. U. v. Alemann, *SPD: Zwischen Mallorca und Toskana*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (1996) 5, S. 520–523.

II. Die Organisationskrise der politischen Institutionen: Zum Stand der Debatte

Während in den achtziger Jahren die Rede von einer Krise des Parteiensystems angesagt war, spricht man heute von einer generellen Organisations- und Sinnkrise der traditionellen politischen Institutionen. Diese Folgen der fortschreitenden Modernisierung der Gesellschaft betreffen die klassischen Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, aber auch politische Parteien, Kirchen oder Wohlfahrtsverbände⁷. Ein oberflächlicher Indikator hierfür ist der Mitgliederrückgang bei den meisten Verbänden als auch den Parteien. „Die Organisationstreue der Mitglieder ist brüchiger geworden. Austrittsbewegungen steigern sich zum temporären verlustreichen Protest, wenn Spitzenvertreter in Affären verwickelt werden oder die Parteien in Personalquerelen und Ideologiestreits versinken ... Neben den freiwilligen Austritten werden die Abgangsverluste von SPD und CDU auch von umfänglichen Karteibereinigungen („Rausschmissen“) beitragsverweigernder Mitglieder verursacht. Anders als bei den Gewerkschaften sind die Mitgliederverluste nicht in erster Linie darauf zurückzuführen, daß Mitglieder ihrer Partei verstärkt den Rücken kehren oder massenhaft davonlaufen würden. Die großen Parteien haben im Schnitt rund fünf Prozent Abgänge mit steigender Tendenz zu verzeichnen, die, um nur den Bestand zu halten, durch Neueintritte mindestens ausgeglichen werden müßten. Hieran hapert es. Die Eintritte reichen längst nicht mehr aus, um die Abgänge zu kompensieren.“⁸

Die Mitgliedschaft schmilzt allerdings in den Parteien schon seit einigen Jahren. Die SPD als größte deutsche Partei hatte in ihrem Spitzenjahr über 1 Mio. Mitglieder; 1980 lag sie knapp darunter. Bis Mitte der neunziger Jahre ist die Zahl auf rund 800 000 gesunken. In den fünf neuen Bundeslän-

⁷ Vgl. R. G. Heinze/Ch. Strünc/J. Schmid, *Zur politischen Ökonomie der sozialen Dienstleistungsproduktion. Der Wandel der Wohlfahrtsverbände und die Konjunkturen der Theoriebildung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49 (1997), S. 242–271; U. v. Alemann/J. Schmid (Hrsg.), *Die Gewerkschaft ÖTV. Die Reform der Organisation und die Organisation der Reform*, Baden-Baden 1998.

⁸ E. Wiesendahl, *Noch Zukunft für die Mitgliederpartei? Erstarrung und Revitalisierung innerparteilicher Partizipation*, in: A. Klein/R. Schmalz-Bruns (Hrsg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*, Bonn 1997, S. 356.

dern konnte der Verlust nicht wettgemacht werden. Im Gegenteil: Dort zählt man höchstens 30 000 Mitglieder: ein Zehntel dessen, was allein Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen hat. Die CDU erreichte ihren Höchststand 1983 mit über 700 000 Mitgliedern und verlor bis Mitte der neunziger Jahre rund 15 Prozent. Den kleineren Parteien erging es nicht besser, nur sind deren Mitgliederzahlen schlechter dokumentiert. Aber auch andere Indikatoren weisen auf eine wachsende Parteienverdrossenheit hin. So sinkt etwa die Wahlbeteiligung seit einigen Jahren deutlich. Obwohl sie im internationalen Vergleich noch durchaus relativ hoch liegt, ist der stetige Verlust in den letzten Jahren durchaus ein Krisensymptom. Besonders stark zeigt sich der Trend zur Wahlenthaltung bei jungen Leuten: Die allgemeine Wahlenthaltung stieg hier von knapp neun Prozent im Jahre 1972 auf über 22 Prozent im Jahre 1990. Noch deutlicher zeigt sich die Entfremdung der Jugendlichen von der Politik in den neuen Bundesländern: überall sinkendes Interesse⁹.

Auch das Vertrauen in die Parteien und die Politiker schwindet. Es ist von 50 Prozent Anfang der achtziger Jahre auf 21 Prozent Anfang der neunziger Jahre laut Emnid-Daten gesunken. Es sinkt generell das Vertrauen in die Fähigkeiten der Politik und der Politiker zur Lösung der wichtigsten Probleme. Symptome der Entfremdung tauchen auf, die sich in Antworten bei Umfragen wie „Die Politiker sind doch alle korrupt“ oder „Der kleine Mann ist doch immer der Betrogene“ niederschlagen. Das allgemeine Vertrauen nicht nur in die politischen Parteien, sondern auch in die Politiker, die „politische Klasse“ sowie in andere öffentliche Institutionen und gesellschaftliche Großorganisationen schwindet. Die Parteien leiden also an einer Mobilisierungslücke, die sich vor allem in der jüngeren Generation massiv zeigt. Dieser Rückzug aus den politischen Parteien wie auch aus vielen Verbänden bedingt sich gegenseitig; wenn etwa die gewerkschaftliche Jugendarbeit als Reservoir für die SPD weitgehend ausfällt, verschärft sich der Überalterungseffekt bei der Partei. Der anhaltende Säkularisierungsprozeß führt bei den Kirchen und der Union zu ähnlichen Problemen.

Will man die organisationspolitischen Rückzugstendenzen erklären, trifft man in den Zeitdiagno-

9 Vgl. insgesamt zur Entwicklung der Parteien und der wissenschaftlichen Reflexion: U. v. Alemann, *Parteien*, Reinbek 1995; O. Niedermayer/R. Stöss (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen 1993; O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 1997.

sen auf ein scheinbar stimmiges Erklärungsmuster. Es wird auf spektakuläre sozialstrukturelle und kulturelle Trends (wie etwa eine wachsende Individualisierung und Pluralisierung von Lebenswelten sowie einen Werte- und Medienwandel) verwiesen¹⁰. Sie legen nahe, daß sich kollektive soziale Milieus auflösen und eine Gesellschaft der „Egoisten“ entsteht, in der politisches Engagement immer mehr zum Fremdwort wird. Die Menschen scheinen zunehmend „Bastelbiographien“ zu entwickeln, die immer weniger Halt für politisches Engagement bieten. Manche Autoren warnen vor einem generellen Niedergang der politischen Parteien, die zwar im Medienalltag noch als wichtige Organisationen erscheinen, die aber oft nur noch Fassaden darstellen, hinter denen ihre Substanz zerbröckelt: Diese Entwicklung zeigt sich in allen vergleichbaren westlichen Ländern: „Die Mitarbeit der Bürger in politischen Parteien ist im Verlauf der letzten Jahrzehnte praktisch zusammengebrochen. Millionen unserer Mitbürger, die sich vor noch gar nicht so langer Zeit aktiv an der Parteiarbeit beteiligten, begnügen sich heute mit der Zuschauerrolle. Nur wenige Jahrzehnte sind vergangen, seit die politische Partei endlich in der Demokratietheorie einen sicheren Platz gefunden hat. Und schon gibt es Anzeichen dafür, daß sie aus der demokratischen Praxis verschwinden oder zumindest bis zur Unkenntlichkeit verändert werden könnte, wobei ihre besondere Mission unerfüllt bliebe: unterschiedliche Interessen zu integrieren, Verantwortlichkeit zu gewährleisten und Bürger und Staat aneinanderzubinden.“¹¹

Selbst Umweltverbände und soziale Hilfsorganisationen wie beispielsweise das Deutsche Rote Kreuz klagen inzwischen über einen sinkenden Zulauf (vor allem bei jungen Menschen). Stehen wir vor einem Zersetzungsprozeß der kollektiven Organisationen durch stärker individualistische Orientierungen? Das ist sicher nicht der Fall. Denn von einem Zerfall der Organisationen kann keine Rede sein. Einige haben sogar Zugewinne, wie manche Sozialvereinigungen und Sportvereine. Auch würde man generell die Potentiale an politischem Engagement und praktischer Solidari-

10 Vgl. R. G. Heinze/J. Hilbert/H. Voelzkow, *Sozialstruktureller Umbruch und politische Folgen*, in: J. Schmid/H. Tiemann (Hrsg.), *Aufbrüche: Die Zukunftsdiskussion in Parteien, Verbänden und Kirchen*, Marburg 1990, S. 26–35; vgl. mit international vergleichenden Daten: R. Inglehart, *Modernization and Postmodernization. Cultural, economic, and political change in 43 societies*, Princeton, N. J. 1997.

11 R. D. Putnam, *Symptome der Krise. Die USA, Europa und Japan im Vergleich*, in: W. Weidenfeld (Hrsg.), *Demokratie am Wendepunkt*, Berlin 1996, S. 65.

tät im Alltag verkennen, die sich auch heute noch auffinden lassen.

Traditionelle Werte verlieren jedoch an Bedeutung; an die Stelle der bedingungslosen Hingabe an die Organisation tritt heute der Wunsch nach einem freiwillig gewählten Engagement, das sich zeitlich den eigenen Bedürfnissen und den immer individueller werdenden Lebensplänen anpassen läßt. Da das Selbstverständnis vieler gesellschaftlicher Großorganisationen (und eben auch der politischen Parteien) in der Bundesrepublik noch immer auf Vereinheitlichung programmiert ist, tun sie sich besonders mit dem Zerfall traditioneller Milieus und der nachlassenden Bindungsfähigkeit schwer.

Ob diese „Austrocknung“ der kollektiven Identitäten zu einer strukturellen und dauerhaften Parteienverdrossenheit führt, hängt aber auch von der organisatorischen Kreativität der Parteien in Bund, Ländern und Kommunen ab. Zur Zeit hat man nicht den Eindruck, daß es den Parteimanagern gelingt, der Politikmüdigkeit effektiv zu begegnen. Wenn sich Jugendliche politisch engagieren, dann tun sie es heute oft projektbezogen (z. B. bei Amnesty International oder im Tierschutz sowie bei einzelnen Sozialprojekten), also außerhalb der Parteien. Der „Marsch aus den Institutionen“ bedeutet in erster Linie, daß das regelmäßige und eindeutige Engagement in traditionellen Organisationsformen zurückgeht. Er bedeutet nicht, daß Politik zu einer Restgröße geschrumpft ist, aber die Partizipationsmuster potentieller Mitglieder und engagierter Bürger haben sich deutlich verändert¹².

Schaut man sich die aktuellen deutschen Jugendstudien (z. B. die Shellstudie von 1997) an, dann wird dieser Eindruck verstärkt. Junge Menschen – so läßt sich exemplarisch feststellen – engagieren sich eher bei lebensweltlichen und weniger bei wirtschafts- und sozialpolitischen Themen und sind auch eher themen- oder projektorientiert. Die Motivation zum Engagement ist eher situationsbezogen und zielt auf eine rasche Veränderung der Lage. Das Engagement muß „sich lohnen“¹³. Vor diesem Hintergrund sind der Umwelt- und Tier-

schutz, aber auch soziale Fragen Anlaß für eine aktive Mitwirkung – auch im Rahmen einer Organisation. Viele Jugendliche präferieren ein kurzfristiges und oft spontanes Mitmachen, was sich im Wachstum nichtinstitutionalisierter politischer Partizipationsmuster verdeutlicht.

Man kann also nicht sagen, daß Jugendliche, aber auch viele Erwachsene generell kein Interesse an einer politischen Organisation haben, punktuelle Aktionen können sie durchaus ansprechen, allerdings lehnen sie die Sozialisation durch organisatorische Verhaltensregeln weitgehend ab. Dies hat eine langfristig fatale Konsequenz. Wenn sich die sozial Engagierten kaum noch in politischen Parteien engagieren, besteht die Gefahr, daß „vor allem traditionell orientierte Personen unter Karrieregesichtspunkten zentrale politische Organisationen und Institutionen dominieren. In diesem Sinne gehen der Demokratie die Demokraten aus“¹⁴.

Langfristig geplante Partei- oder Gewerkschaftskarrieren, wie sie früher nicht untypisch waren, sind heute kaum noch zu beobachten; es dominieren situative und eher kurzfristige Zeitperspektiven. Langfristige Verpflichtungen sind nicht sehr gefragt, vielmehr muß das Engagement auch kurzfristig „Spaß machen“ und soziale Nähe vermitteln. „Das immer noch vorhandene Interesse an Politik ist ästhetischer, emotionaler, erlebnisorientierter Natur, ähnlich dem Interesse an Sport, an Konsumtrends und an den Privatproblemen von Prominenten. Politik wird zu einem Farbtupfer der Alltagskultur.“¹⁵

Daß die politischen Parteien in der Öffentlichkeit ihre Sozialisations-, aber auch Orientierungs- und Steuerungsfunktion eingebüßt und ein „politisch-moralisches Führungsvakuum“¹⁶ hinterlassen haben, hängt neben der fortschreitenden Individualisierung und sozialen Fragmentierung auch mit dem Wandel der Medienwelt zusammen. Was sich besonders geändert hat, ist unsere Kommunikations- und Informationsstruktur. Der politische Meinungsjournalismus hat sich radikal gewandelt; es ist ein Journalismus der Postmoderne entstanden, der sich progressiv gibt. Fortwährende Ironie ist

12 Vgl. die Beiträge in A. Klein/R. Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen, Bonn 1997; U. Beck (Hrsg.), Kinder der Freiheit, Frankfurt a. M. 1997; R. G. Heinze/H. Keupp (Hrsg.), Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, MS., Bochum – München 1997.

13 H.-J. Veen/V. Neu (Anm. 4) stellen dieses Motiv für die gesamte Mitgliedschaft der CDU fest.

14 R. Zoll, Politikverständnis im Wandel. Die Abkehr der Studierenden von der Parteiendemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/97, S. 27–35, hier S. 34.

15 G. Schulze, Die Wahrnehmungsblockade – Vom Verlust der Spürbarkeit der Demokratie, in: W. Weidenfeld (Anm. 11), S. 38; vgl. A. Giddens, Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt a. M. 1997.

16 C. Offe, Wider scheinradikale Gesten, in: G. Hofmann/W. A. Perger (Hrsg.), Die Kontroverse. Weizsäcker's Parteikritik in der Diskussion, Frankfurt a. M. 1992, S. 126–142.

angesagt. Die Bereitschaft der Journalisten, eine längerfristige politische Linie zu entwickeln und durchzuhalten, sinkt ebenfalls. Der neue Individualismus triumphiert auch in den Medien, die deshalb gerne auch soziologische Zeitdiagnosen mit dieser Botschaft kommentieren. Zu den ‚vornehmsten‘ Aufgaben des politischen Journalismus gehört heute die Enthüllung von Skandalen, aber jeden Tag ein Skandalchen macht müde und abgestumpft. Der Medienwandel verändert auch das Umfeld der Parteien und verändert die Parteien selbst¹⁷.

Die Medien dringen als Konkurrenz in den Lebensalltag ein, verändern das Zeitbudget der Bürger und der Parteimitglieder. Die „Erlebnisgesellschaft“ mit Fernsehshows und Fußballübertragungen, Fitness-Clubs und Abenteuerurlaub läßt weniger Zeit für politische Arbeit. Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen absorbieren ebenfalls knappe Zeit, die von der Parteiarbeit abgeht. Parteien stehen also heute unter einem ungleich höheren Konkurrenzdruck als früher. Gerade die Großparteien hinken oft hinter den agilen Bewegungen hinterher, kommen ewig zu spät, weil sie die neuen Themen nach ihren alten Regeln verarbeiten: in Gremien, Arbeitsgemeinschaften, Antragskommissionen, Vorständen und auch Parteitagen. Die Parteien vermitteln in diesen rituellen Formen auch keine Gemeinschaftserlebnisse mehr. Wer Gemeinschaft will, sucht sie deshalb woanders, lokale Parteiorganisationen sind da der falsche Ort. Obwohl diese versuchen, dem Trend Tribut zu zollen: mit Stadtteilfesten, Ortszeitungen und sportlichen Veranstaltungen. Damit entpolitisieren sie aber die Politik noch mehr und verstärken unfreiwillig genau das, wogegen sie angehen.

Insgesamt kommt es im Rahmen der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse zu einer Relativierung der Politiksphäre, was die politischen Großorganisationen allerdings als deutliche Abwertung spüren. Die Aufmerksamkeit ihnen gegenüber sinkt in der Bevölkerung; für viele sind die politischen Parteien weitgehend zu Machterhaltungskartellen geworden, deren Intrigen man vielleicht in den Medien verfolgt, deren politische Ziele aber nicht weiter interessieren. Dies liegt auch daran, daß die Parteien ihre Rolle als „agenda-setter“ verloren haben. Die großen Themen werden von ihnen nicht mehr bestimmt. Zudem schnappt gerade auch in der Bundesrepublik die „Politikverflechtungsfalle“ zu: Alle Parteien sind irgendwie mitverantwortlich, regieren irgendwo in Bund,

Land und Gemeinden mit, was leicht zu politischer Unbeweglichkeit führt¹⁸. Dem Wähler fehlen so klare Alternativen zwischen den „ins“ und den „outs“, zwischen Regierung und Opposition. Auch das erzeugt Wahlenthaltungen und Parteienverdrossenheit. So gesehen ist es auch kein Wunder, wenn sich die Aufmerksamkeit immer weniger auf die Politik richtet und politische Informationen oft nur noch wahrgenommen werden, wenn sie auch emotionale Resonanzen erzeugen. Dieser tendenzielle Rückzug der Bürger aus der Politik und die wachsende Bedeutung der Privatsphäre verändern aber auch die Grundstrukturen des politischen Systems: „Das politische System kann sozusagen in einer Art Halbschatten der öffentlichen Aufmerksamkeit operieren, ohne beobachtet zu werden; in einem Halbschatten, wo die Dritten, das heißt alle, die nicht unmittelbar in die einzelne politische Transaktion involviert sind, chronisch abgelenkte Zuschauer sind, die sich immer um anderes zu kümmern haben und sich daher ‚enthalten‘. Unter diesen Bedingungen ist es natürlich, daß ein vollständiger, gleichzeitiger und verbreiteter Konsens über bestimmte politische Themen höchst unwahrscheinlich wird und sich die Tendenz des politischen Systems verstärkt, bei der Suche nach einem wirklichen Konsens verhalten vorzugehen und ihn durch institutionelle und prozedurale Surrogate zu ersetzen.“¹⁹

III. Das defizitäre politische Angebot der Parteien

Angesichts der skizzierten Herausforderungen und Probleme der politischen Organisationen und Institutionen stellt sich die Frage, ob und wie die Parteien mit adäquaten Angeboten auf diese neuen Handlungsbedingungen und Nachfragen der individualisierten und pluralisierten Gesellschaft reagieren können oder ob es strukturelle Gründe gibt, die eine unzureichende Anpassung geradezu erwarten lassen. Auf Grund der herausragenden Bedeutung von Medien steigt beispielsweise die Personalisierung von Politik enorm an. Aber üben

18 Vgl. R. G. Heinze, Die blockierte Gesellschaft. Sozioökonomischer Wandel und die Krise des „Modell Deutschland“, Opladen 1998.

19 D. Zolo, Die demokratische Fürstenherrschaft. Für eine realistische Theorie der Politik, Göttingen 1997, S. 173 f.; N. Luhmann, Disziplinierung durch Kontingenz. Zu einer Theorie des politischen Entscheidens, in: St. Hradil (Hrsg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften, Frankfurt a. M. – New York 1977, S. 1075–1087.

17 Vgl. U. v. Alemann, Parteien und Medien, in: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 9), S. 478–497.

Politiker heute überhaupt noch eine entscheidende Funktion aus, entscheiden und unterscheiden sie (sich) wirklich, oder sind sie bloße „Amtsinhaber“²⁰, kleingeistige Bedenken- und Rollenträger, die weitgehend austauschbar sind und allenfalls durch private Skandale von sich reden machen? Gleichwohl können jedoch gerade in Zeiten der Verunsicherung Persönlichkeiten mit Ausstrahlung und Charisma durch ihre mediale Fähigkeit und Erscheinung zum Sympathieträger werden und Vertrauen schaffen. Tony Blair scheint dieses durch seine große soziale Kompetenz in Großbritannien für sich und New Labour geschafft zu haben. Johannes Rau verkörpert ebenfalls als integrative Vaterfigur die NRW-SPD, ähnliches gilt im anderen politischen Lager etwa für Kurt Biedenkopf in Sachsen. Der italienische Politologe Danilo Zolo sieht darin nicht nur ein Marketing-Phänomen, sondern eine Form der Bewältigung der archetypischen „Angst“. Die Angstbewältigung stellt für ihn die grundlegende Funktion von Politik dar.

Doch auch hinter den großen Männern – und ganz selten: Frauen – spielt der personale Faktor eine Rolle. Der Funktionärskörper der Partei ist ein wesentliches Element einer effizienten Organisationsstruktur. Hinzu kommen die unteren und mittleren Parteieliten, die sich vor allem durch ihren politischen Aktivismus von den ‚Karteileichen‘ und Nur-Wählern abheben. Sie sind entsprechend vielen Erkenntnissen der Forschung über Parteien und Länder hinweg deutlich „linker“ als die Führung und das Elektorat. Dieser Umstand bildet eine permanente Quelle für innerparteiliche Konflikte und vermindert die Schlagkraft der Organisation erheblich, zumal diese mittleren Aktivisten ehrenamtlich tätig sind und so nur schwer zentralen Anordnungen und Regieanweisungen zu unterwerfen sind. Daran läßt sich wenig ändern, da dieses Phänomen zu den konstitutiven Merkmalen einer politisch-moralischen Großorganisation gehört.

Dabei ist der Übergang zwischen freiwilliger und hauptamtlicher Parteiarbeit fließend, und namentlich die „Sozialdemokraten geben zuerst demjenigen den Job, der gerade einen braucht, oder dem, der ‚berücksichtigt‘ werden muß. Man folgt noch immer dem alten Brauch, in solidarischer Konsequenz das aufrechte und richtige ideologische Bekenntnis als Bewerbungskriterium höher zu achten als die Befähigung für den jeweiligen Job“²¹. Solche Personalentscheidungen verlaufen

20 G. Kirsch/K. Mackscheidt, Staatsmann, Demagoge, Amtsinhaber, Göttingen 1985.

21 P. Grafe, Tradition & Konfusion – SPD. Alle Macht den Profis, Frankfurt a. M. 1991, S. 97.

dann nicht selten nach den Mustern von mikropolitischen Grabenkämpfen; sie machen den Apparat der Partei zur Spielwiese von Interessengruppen und Flügeln, was durch die starken Einflüsse der Betriebsräte noch verstärkt wird. Gerade bei der SPD besteht die große Gefahr der Entwicklung eines politisierten Dilettantismus, während die CDU von den Medien als professioneller eingeschätzt wird. Freilich hat auch dort seit einiger Zeit eine Debatte um Verbonzung und Verkrustung eingesetzt, und die Unbeweglichkeit des „System Kohl“ stößt gegenwärtig auf immer mehr Kritik²².

Allerdings darf man dabei nicht vergessen, daß die Berufsrolle des Parteimitarbeiters – ähnlich wie die des Gewerkschaftssekretärs²³ – äußerst widersprüchlichen Anforderungen und ständigen Zerreißproben ausgesetzt ist. Das politische Geschäft ist hektisch, hart und wegen seiner Unwägbarkeiten nicht nur riskant, sondern auch für manipulative Schuldzuschreibungen ebenso wie für wohlfeile Entschuldigungen anfällig. Eine gute Basis für eine rationale Personalentwicklung und Karriereplanung gibt das Innenleben der Parteien daher meist nicht ab.

Andererseits wäre es verfehlt, den Parteikämpfen, Cliques und Seilschaften eine völlige Irrationalität zuzuschreiben. Denn Konflikte schaffen Neuerung – personell ebenso wie programmatisch – und beleben die politische Debatte. Das ist für die Mitgliedererwerbungs ebenso relevant wie für die politische Willensbildung und die Führung der lokalen Organisation. Seilschaften verbinden individuelle, kollektive und organisatorische Interessen – zumindest phasenweise. Sie organisieren ihren persönlichen Aufstieg durch wechselseitige Absicherung wie Bergsteiger. Dabei gehen sie meist pragmatisch und unideologisch vor; die Motivation und das Engagement der Seilschaft führt gleichzeitig der Organisation neue Ressourcen zu²⁴. Wenn allerdings die Gipfel der Macht erreicht sind, beginnt der Prozeß der Schließung und Verfestigung, und folglich der sinkenden Leistung, von neuem – bis sich die nächste Seilschaft aufmacht. Beispiele hierfür liefern beide Großparteien en masse.

Die Abschließung in Netzwerken und Seilschaften verhindert Offenheit für neue Problemlagen.

22 Vgl. W. Dettling, Das Erbe Kohls. Bilanz einer Ära, Frankfurt a. M. 1994.

23 Vgl. den Beitrag von J. Prott, in: U. v. Alemann/J. Schmid (Anm. 7).

24 R. Paris, Solidarische Beutezüge. Zur Theorie der Seilschaft, in: Merkur, 45 (1991) 12, S. 1167–1171.

Gerade für die Modernisierung des Staates – um ein wichtiges Beispiel aufzugreifen – läßt sich in den Parteien meist nur Stagnation konstatieren. Weder programmatisch noch praktisch, noch organisationsstrukturell und politisch-strategisch sind die Parteien auf der Höhe der Zeit. Dieses für die Erhaltung eines aktiven Wirtschafts- und Sozialstaates wichtige Thema wird in Deutschland – verglichen mit anderen Ländern – nur mit erheblicher Verzögerung und verminderter Innovationsbereitschaft aufgenommen²⁵. Eine effiziente öffentliche Verwaltung bedarf jedoch der Flankierung durch kompetente Gewerkschaften und Parteien. Anders lassen sich präzisere Zielsysteme, partizipative Mitarbeiterführung, Kundenorientierung und kontinuierliche Verbesserung nicht erreichen. Hier ist gerade die Kommunalpartei gefordert – und überfordert, wenn sie nicht entsprechende Unterstützung erhält.

IV. Was tun? Womit beginnen?

Bevor wir dazu einige Handlungsmöglichkeiten diskutieren, ist es wichtig, sich noch einmal über den Gegenstand – das Objekt der Reformleidenschaft – klar zu werden. Parteien sind zum einen multifunktionale Gebilde, die nicht nur Mitglieder organisieren und zur aktiven Teilnahme motivieren müssen, wie es in der öffentlichen Debatte meist im Vordergrund steht. Sie sind zugleich Institutionen in der politischen Öffentlichkeit und auf den Medienmärkten, Akteure und Betroffene, die die Kunst der Kommunikation und Legitimation beherrschen (lernen) müssen. Darüber hinaus sollten sie Konzepte zur Lösung drängender Probleme entwickeln und die Steuerung des Regierungssystems übernehmen können. Schließlich sind und bleiben sie politisch-moralische Großorganisationen, was die zügige Implementation von Maßnahmen massiv beeinträchtigt und was nur durch „Zuckerbrot und Peitsche“, also offene und offensive Diskussion bei gleichzeitiger Führungsbereitschaft, verbessert werden kann. Tendenzbetrieb zu sein heißt nämlich nicht, wie es praktisch leider oft aussieht, in unterschiedliche Tendenzen (im Sinne von Flügeln) zu zerfallen, sondern besondere arbeitsrechtliche Privilegien zu besitzen.

Dennoch wollen wir vor einigen allzu schnellen Griffen ins Arsenal der Management- und

Betriebswirtschaftslehre warnen. Die meisten Rezepte aus diesem Lager werden der Komplexität der Parteien nicht gerecht und sind daher als Lösungsinstrumente ungeeignet. Dies gilt besonders für die beiden Standardtherapien Dezentralisierung und Spezialisierung der Organisation. Die Dezentralisierungsforderung ist insofern ambivalent, als in modernen politischen Systemen nun einmal viele Probleme wie Sozialversicherungen oder Umwelt nationaler und globaler Natur sind. Wer nur nach unten schaut und Partizipation auf lokaler Ebene – so wichtig dies auch sein mag – fordert, unterschätzt die zentralen Aggregations- und Problemlösungsfunktionen, die Parteien ebenfalls erbringen müssen. Hier sind etwa in bezug auf die Europäische Union manchmal eher noch zu wenig als zu viel Parteistrukturen entwickelt worden. Zudem verbietet sich für moderne Volksparteien eine zu starke Spezialisierung. Sie brauchen ein umfassendes Angebot an Personal und Programmen, auch wenn dies als Rationalisierungs- und Effizienzbremse wirkt. Das Ziel der Parteien ist die Mehrheitsfähigkeit, nicht die Maximierung von Gewinn je umgeschlagener Einheit.

Angesichts der organisatorischen Komplexität und Politisierung sind die Grenzen der Reformierbarkeit von Parteien, aber auch anderen politischen Großorganisationen wie den Gewerkschaften oder den Wohlfahrtsverbänden notorisch – und strukturell bedingt. Nötig ist also eine Einsicht in die Bescheidenheit der Möglichkeiten. Nicht daß es nun keinen Unterschied zwischen guten und schlechten Maßnahmen, klugen und dummen Aktionen geben würde, aber die Hoffnung auf den großen Wurf und die schnelle Lösung ist eine gefährliche Illusion. Das kann auch kaum anders sein bei einem Phänomen, das mit dem Glotzschen Bild von einem unbeweglichen Tanker nur unzureichend erfaßt wird. In Wirklichkeit haben wir es nämlich mit einer Flottille, einer kleinen Armada von Schiffen zu tun, deren Besatzungen meist nur unzureichend ausgebildet sind, ja nicht selten im Streit und schon fast am Rande der Meuterei stehen, und denen aus unterschiedlichen Richtungen eine steife Brise ins Gesicht weht. Und jeder glaubt, er sei der beste Skipper.

Auch ein Bonaparte – stimmiger wäre bei dieser Metapher wohl Lord Nelson – kann da nicht viel erreichen²⁶. Dementsprechend sind solche eindimensionalen, auf die Kommunikationsfähigkeit des Parteiführers in der Medienumwelt angelegten

25 Vgl. F. Naschold/J. Bogumil, Modernisierung des Staates. New Public Management und Verwaltungsreform, Hagen 1997.

26 Die These der Bonapartisierung der Parteien ist von P. Lösche in einem Gespräch im „Spiegel“, Nr. 30/1996 (S. 25 ff.), postuliert worden.

Analysen wenig adäquat, um das Problem der Mitgliederpartei zu lösen. Ähnliches gilt für die Vorschläge einer Konzentration der Macht an der Spitze der Partei wie unter Adenauer oder einer Rückkehr in die heile Welt der Ära der funktionierenden Troika aus Brandt, Schmidt und Wehner. Auch die Flucht in die Fraktionspartei, die effizient gemanagt und von professionellen Kommunikationsagenturen in der Öffentlichkeit präsent und kampagnenfähig gestaltet wird, macht nur aus der Not eine Tugend.

Statt dessen müssen die Debatten und Empfehlungen zur Modernisierung (oder Rettung) der Volks- und Mitgliederpartei stärker in dem breiteren Rahmen der politisch-moralischen Großorganisationen und ihrer unterschiedlichen Funktionen gesehen werden. Dabei müssen folgende Fragen beantwortet werden:

- Welches sind die „verschiedenen Gesichter“ der Partei, und welche Folgen ergeben sich daraus für die Reformfähigkeit der Mitgliederpartei bzw. für weitere Überlegungen zur Steigerung der Attraktivität und Effizienz der Parteien?
- Welche konkreten Strategien der Demokratisierung und Aktivierung der Mitgliedschaft bestehen angesichts der Restriktionen und Interdependenzen einer politischen Großorga-

nisation, bzw. wie lassen sich die unterschiedlichen Anforderungen optimieren?

- Welche Potentiale ergeben sich aus den globalen Trends der sozialstrukturellen Entwicklung? Welche „assoziativen Klumpen“ (Claus Offe) existieren noch angesichts der vielbeschworenen Individualisierung und Pluralisierung?

Wenn sich die Umstände ändern, so läßt sich schließen, dann muß man auch die Taktik und die Organisation ändern. Was das freilich konkret bedeutet, ist eine ganz andere Sache²⁷. Zuviel Papier ist über Parteireformen beschrieben, einiges an Geld ist für – häufig doch recht fragwürdige – Beratungsprojekte ausgegeben worden. Zum Besseren gewendet hat sich meist wenig.

Dies ist im Grunde bei einer realistischen Betrachtung wenig überraschend; auch die anderen politisch-moralischen Großorganisationen stehen nicht viel besser da; das Scheitern von Organisationsreformen ist dort genauso prekäre Normalität wie bei den Parteien. Doch es könnte freilich ein bißchen mehr an Bewegung geben. Und wenigstens der eine oder andere Gang in Sackgassen ließe sich wohl vermeiden, wenn schon der große Wurf und der leuchtende Pfad aus den geschilderten theoretischen Gründen nicht gelingen kann.

²⁷ Zu einigen diesbezüglichen Vorschlägen vgl. U. v. Alemann (Anm. 9).

Ute Schmidt

Sieben Jahre nach der Einheit Die ostdeutsche Parteienlandschaft im Vorfeld der Bundestagswahl 1998

Nach der raschen Neuvereinigung der beiden deutschen Teilstaaten gemäß Artikel 23 GG hatten große Teile der DDR-Bevölkerung gehofft, mit der Übernahme des demokratischen Rechtsstaats und der Wirtschaftsverfassung der „Sozialen Marktwirtschaft“ am Wohlstand der Westdeutschen partizipieren zu können. Die Erwartungen auf eine baldige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West haben sich – angesichts des Ausbleibens eines selbsttragenden Wirtschaftsaufschwungs, der gegenwärtig allenfalls punktuell sichtbaren „blühenden Landschaften“ und der düsteren Perspektiven für den ostdeutschen Arbeitsmarkt für viele Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands – bisher allerdings nicht erfüllt. Für den ökonomischen Aufhol- und Modernisierungsprozeß der ostdeutschen Wirtschaft wird inzwischen eine Zeitspanne von ca. 15 bis 20 Jahren als realistisch angesehen. Konzepte dafür, wie die reale Arbeitslosigkeit von fast 30 Prozent¹ in der Phase eines tiefgreifenden Wandels der Arbeitsgesellschaft abgebaut werden könnte, sind gegenwärtig noch nicht in Sicht. Was bedeutet diese Desillusionierung in großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung für die Zukunft der Demokratie, die in Deutschlands neuem Osten noch keineswegs gefestigt ist? Wie schlagen sich die durchaus unterschiedlichen Erfahrungen der

Ostdeutschen mit dem bundesrepublikanischen Modell der Marktwirtschaft in ihren Einstellungen zu den ostdeutschen Parteien und in ihrem Wahlverhalten nieder? Wie agieren die Parteien in der Umbruchkrise, und welche Tendenzen zeichnen sich in der gegenwärtigen Konstellation für das Parteiensystem ab?

Zur Entwicklung der ostdeutschen Parteien bzw. des Parteiensystems wurden in den letzten Jahren zahlreiche Arbeiten veröffentlicht. Im Zentrum des Interesses standen zunächst Fragen nach den Entstehungsbedingungen eigenständiger Politikformen bzw. dem Sog, der Adaption und dem Transfer westdeutscher Organisationsmuster. Nach der Transformation des Parteiensystems der DDR von einem „nichtkompetitiven Hegemonialsystem“ zu einem „demokratisch-pluralistischen System“², nach den Parteienfusionen im Sommer 1990, der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten und den ersten gesamtdeutschen Wahlen im Dezember 1990 gerieten dann zunehmend die Unterschiede zwischen den ost- und westdeutschen Parteien bzw. Parteienkonstellationen in den Blick, die unterhalb der Oberfläche formaler Identitäten zum Vorschein kamen und auf differente Konfliktstrukturen zurückverwiesen. Neben Einzelstudien mit unterschiedlicher Thematik³

1 Im Januar 1997 waren in den neuen Bundesländern 19 Prozent der Erwerbepersonen als arbeitslos registriert. Hinzu kommt die verdeckte Arbeitslosigkeit („Zweiter Arbeitsmarkt“ u. a. Fördermaßnahmen). In manchen Regionen Ostdeutschlands, wie z. B. im Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns, wird die Situation von Politikern aller Parteien als „hochgradig kritisch“ bezeichnet. Hier beträgt die offizielle Arbeitslosenquote ca. 28, in manchen Landstrichen 40 Prozent. Nach Angaben der Bürgermeister wäre hier ohne den „zweiten Arbeitsmarkt“ mit einer flächendeckenden Rate von 50 bis 70 Prozent zu rechnen. Ein überparteilicher Arbeitskreis um den SPD-Bundestagsabgeordneten Braune und den CDU-Europapolitiker und früheren Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Alfred Gomolka, berichtet von Dörfern, in denen hundertprozentige Arbeitslosigkeit herrsche. Vgl. Dieter Wenz, Ihr sitzt da und sauft euch die Hucke voll. Vorpommern kommt die Zukunft abhanden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 5. 4. 1997.

2 Vgl. Oskar Niedermayer/Richard Stöss, DDR-Regimewandel, Bürgerorientierungen und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems, in: dies. (Hrsg.), Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern Opladen 1994, S. 11–33, hier S. 11.

3 Aus der Fülle der Literatur zu dieser Thematik hier nur eine Auswahl: Klaus von Beyme, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland nach der Vereinigung, München 1991; Christian von Ditfurth, Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991; Helmut Müller-Enbergs/Marianne Schulz/Jan Wielgohs (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991; Franz Urban Pappi, Wahrgenommenes Parteiensystem und Wahlentscheidung in West- und Ostdeutschland. Zur Interpretation der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/91, S. 15–26; Carsten Bluck/Henry Kreikenbom, Die Wähler in der DDR: Nur issue-

sind die von der „Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e. V.“ (KSPW) geförderten Forschungs- und Buchprojekte zu nennen, in denen der Umbruch der politischen Landschaft in der Ex-DDR detailliert dargestellt wird⁴. Der Themenkreis dieser Untersuchungen umfaßt die Entwicklung einzelner Parteien und Organisationen der Bürgerbewegungen wie des Parteiensystems, Studien über Parteimitglieder, Partizipation, Wahlprogramme, Parteiidentifikation, Wahlverhalten, Interessenverbände, sozialstrukturelle Veränderungen u. a. m.

Demgegenüber sind Analysen der inneren Strukturen und Konfliktlinien in den Parteien selbst, ihrer regionalen Ausprägungen, ihrer Akteursgruppen, Elitenpotentiale und Strategiebildung bisher noch kaum vorhanden⁵. Nach wie vor zäh-

orientiert oder auch parteigebunden?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1991) 3, S. 495–502; Ute Schmidt, Die Parteienlandschaft in Deutschland nach der Vereinigung, in: Gegenwartskunde, (1991) 4, S. 515–544; Frank Löbler/Josef Schmid/Heinrich Tiemann (Hrsg.), Wiedervereinigung als Organisationsproblem. Gesamtdeutsche Zusammenschlüsse von Parteien und Verbänden, Bochum 1992; Rainer Linne- mann, Die Parteien in den neuen Bundesländern. Konstituierung, Mitgliederentwicklung, Organisationsstrukturen, Münster – New York 1994; Josef Schmid/Frank Löbler/Heinrich Tiemann (Hrsg.), Probleme der Einheit – Organisationsstrukturen und Probleme von Parteien und Verbänden. Berichte aus den neuen Ländern, Marburg 1994; Stefan Grönebaum, Wird der Osten rot? Das ostdeutsche Parteiensystem in der Vereinigungskrise und vor den Wahlen 1998, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1997) 3, S. 407–425; Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–89, Bonn 1997.

4 Die KSPW wurde Ende 1991 auf Anregung des Wissenschaftsrates gegründet und aus Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung finanziert. In den drei Forschungs- und Förderphasen wurden ca. 250 Kurzstudien und größere Projekte zum ostdeutschen Transformationsprozeß vergeben; ausgewählte Forschungsergebnisse werden in der vom KSPW-Vorstand herausgegebenen Reihe „KSPW: Transformationsprozesse“ präsentiert. Vgl. z. B. Hiltrud Naßmacher/Oskar Niedermayer/Hellmut Wollmann (Hrsg.), Politische Strukturen im Umbruch, Berlin 1994; Oskar Niedermayer/Klaus von Beyme (Hrsg.), Politische Kultur in West- und Ostdeutschland, Berlin 1994; Oskar Niedermayer (Hrsg.), Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1996; Max Kaase/Andreas Eisen/Oscar W. Gabriel/Hellmut Wollmann, Politisches System, Opladen 1996; Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997.

5 Zur Elitenforschung vgl. Bettina Scholz, Bundestag und Volkskammer – Meinungsprofile von Abgeordneten im Vergleich, in: Dietrich Herzog/Hilke Rebenstorf/Bernhard Weßels (Hrsg.), Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen Demokratie, Opladen 1993, S. 272–299; Hans-Ulrich Derlien/Stefan Lock, Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen, in: Zeitschrift für

len vergleichende Analysen der Gruppen- und Machtbildungsprozesse in den Parteien, der Handlungschancen und Entscheidungsprozesse von Parteiakteuren bzw. Führungsgruppen in unterschiedlichen Problemkonstellationen zu den Desideraten der bundesrepublikanischen Parteienforschung⁶. Um die Entwicklungsperspektiven der Parteien in den neuen Bundesländern besser einschätzen zu können, wären sie um so wichtiger, als es hier nach den Neugründungen im Herbst 1989, den Umbrüchen in den Blockparteien und der Ausweitung des formalen Parteienschemas der alten Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer kaum vergleichbare Parteitraditionen und -strukturen gibt. Die in der Umbruchphase eher zufällig zusammengesetzten Führungsgruppen⁷, ihre zum Teil unkoordinierten oder sogar gegenläufigen Handlungsstrategien, die sich erst ansatzweise ausprägenden Interessenstrukturen, Strömungen oder Parteiflügel, die starke Fragmentierung der Parteien und die Fluktuation bei den Parteiaktivisten während der ersten beiden Legislaturperioden geben den ostdeutschen Parteigliederungen ein anderes Gepräge als ihren in der alten Bundesrepublik „gewachsenen“ Pendanten. Das gilt nicht nur für die kleineren Parteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen, sondern auch für die beiden großen Volksparteien. Ihre Organisationswirklichkeit in Ostdeutschland läßt sich mit dem Begriff der „lose verkoppelten Fragmente“ oder der „lose verkoppelten Anarchie“ zutreffender beschreiben als mit

Parlamentsfragen, (1994) 1, S. 61–94; Werner J. Patzelt, Regierung und Parlament. Implementationsprobleme des parlamentarischen Regierungssystems in den neuen Bundesländern, Manuskript 1994; zur regionalen und lokalen Ausprägung von Parteien und Parteiensystemen vgl. u. a. Bärbel Möller, Parteien im lokalen Raum. Empirische Befunde aus Jena und Frankfurt (Oder), in: O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 2), S. 195–213; Heike Gothe/Ulla Kux u. a., Organisation, Politik und Vernetzung der Parteien auf Kreisebene in den fünf neuen Bundesländern, Endbericht KSPW-Projekt „Kreisparteien“, Freie Universität Berlin, 1996; Werner J. Patzelt/Karin Algasinger, Das Parteiensystem Sachsens, in: O. Niedermayer (Anm. 4), S. 237–262; Bernhard Boll, Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts, in: ebd., S. 263–287.

6 Vgl. Stefan Immerfall, Die letzte Dekade westdeutscher Parteienforschung – zur Analogie der Defizite von Parteien und Parteienforschung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1992) 1, S. 172–189; Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 18; Dietrich Herzog, Die Führungsgrößen der Parteien: Funktionswandlungen und Strukturentwicklungen, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 301.

7 Vgl. dazu auch Georg Paul Hefty, Berufsparlamentarier wider Willen. Was die Abgeordneten in den neuen Bundesländern von denen in den alten unterscheidet, in: FAZ vom 6. 11. 1997.

dem herkömmlichen Verständnis von der bürokratisch-zentralistischen Massenpartei als einheitlichem kollektiven Akteur. In dieser Zuspitzung spiegelt sich die unübersichtliche und widersprüchliche Realität von Parteien, deren Binnendifferenzierung durch die Neuvereinigung noch verstärkt wurde⁸.

Erfolge oder Mißerfolge von Parteien sind nicht allein durch äußere Faktoren und Konstellationen bedingt, in denen sie agieren. Sie hängen auch davon ab, wie die Führungsgruppen auf die externen Bedingungen reagieren und welche Strategien und Präferenzen für den politischen Wettbewerb in den Parteien selbst gewählt werden⁹. Die Parteien haben im übrigen auch die Chance, durch ihre Politik ihre Umweltbedingungen zumindest teilweise mitzugestalten. Von solchen Fragen ausgehend, betrachte ich hier Ausprägungen und Organisationsrealität der Parteien, die sich in den sieben Jahren nach der Wende in Ostdeutschland durchgesetzt haben bzw. parlamentarisch vertreten waren (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS). Nach einer Skizze der aktuellen Parteienkonstellation in den ostdeutschen Landesparlamenten werfe ich einen Blick zurück auf die Wendezeit, in der sich die ostdeutsche Parteienlandschaft neustrukturierte. Bereits in dieser Umbruchphase waren die Probleme von Union und SPD beim Aufbau demokratischer Volksparteien in Ostdeutschland in geradezu spiegelbildlicher Weise angelegt. Die aus den Dilemmata und Handlungsstrategien beider Parteiführungen resultierenden Konfliktlinien sollten auch in den folgenden Jahren den Problemhaushalt beider Parteien bestimmen und sind auch heute noch virulent. Im dritten Abschnitt behandle ich Probleme der Parteistruktur und -integration in den vereinigten Parteien. Sie machen deutlich, daß die formale Fusion der östlichen und westlichen Parteigliederungen im Vereinigungsjahr nicht den Endpunkt, sondern erst den Anfang eines Integrationsprozesses darstellt, der wohl noch längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

8 Den Begriff der „lose verkoppelten Anarchie“ hat Peter Lösche eigentlich für die West-SPD geprägt. Vgl. Peter Lösche, „Lose verkoppelte Anarchie“. Zur aktuellen Situation von Volksparteien am Beispiel der SPD, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 43/93, S. 34–45; vgl. auch Elmar Wiesendahl, *Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien*, Manuskript, München 1996, S. 260–300.

9 Vgl. dazu auch Herbert Kitschelt, *The Transformation of European Social Democracy*, Cambridge 1994; Joachim Raschke, *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993.

I. Auf dem Weg zum Drei-Parteien-System?

Die Vereinigungskrise schlägt sich vor allem in der Persistenz der 1989/90 zur „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) umfirmierten SED-Nachfolgepartei nieder. In dieser Partei und ihrem Umfeld sammeln sich nicht nur ehemalige Kader der DDR, sondern auch zahlreiche Verlierer der Neuvereinigung sowie jugendliche Protestwähler; ihre Akzeptanz in Ostdeutschland nahm seit 1992 deutlich zu¹⁰. Die PDS, ihre Anhänger- und Mitgliederschaft, ihr Führungspersonal und ihre Milieus, werden daher in der Berichterstattung der Medien wie von Parteienforschern¹¹ mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Tatsächlich ist die PDS nicht nur das „Konzentrat der gestürzten SED“¹², also bloßes Schwundphänomen eines glücklich überwundenen Herrschaftssystems, das den ostdeutschen Teilstaat zugrunde richtete. Als eine Art „Lega Ost“ sind die Postkommunisten unterdessen vielmehr neben CDU und SPD zur dritten politischen Kraft in den neuen Bundesländern avanciert – ein erstaunliches Faktum, das mit seinen Ursachen und Konsequenzen im Westen oft nicht ernst genug genommen wird. Wie die Aufstellung der Landtagswahlergebnisse in den neuen Ländern zeigt (vgl. Tabelle 1), konnte die PDS ihren relativen Stimmenanteil seit 1990 deutlich vergrößern; sie gewann auch absolut Wählerstimmen hinzu.

Damit zeichnet sich in der 1994 neu konturierten politischen Landschaft Ostdeutschlands faktisch eine Drei-Parteien-Konstellation ab. Denn die Liberalen, die – beflügelt vom „Genscher-Effekt“ – im Vereinigungsjahr 1990 bei der Bundestagswahl mit einem Stimmenanteil von 11 Prozent (in Sach-

10 Vgl. Hasko Hüning/Gero Neugebauer, *Die PDS*, in: O. Niedermayer (Anm. 4), S. 67–86, hier: S. 78 f.

11 Vgl. Patrick Moreau, *PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei*, Bonn – Berlin 1992; Siegfried Suckut/Dietrich Staritz, *Alte Heimat oder neue Linke? Das SED-Erbe und die PDS-Erben*, in: O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 2), S. 169–194; Dietmar Wittich, *Sozialstruktur von PDS-Mitgliedern*, in: ebd., S. 227–238; Gero Neugebauer/Richard Stöss, *Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten*, Opladen 1996.

12 Eine Formulierung des ehemaligen Generalsekretärs der CDU-Brandenburg, Thomas Klein; ähnlich auch CDU-Generalsekretär Peter Hintze, vgl. Eggert kehrt in die Landespolitik zurück, in: *FAZ* vom 27. 10. 1997, sowie die von der CDU-Bundesgeschäftsstelle herausgegebene Broschüre: *Nie wieder Sozialismus. Die Ziele der SED-Fortsetzungspartei. Eine Handreichung zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der PDS*, Bonn o. J.

Tabelle 1: Landtagswahlen in den ostdeutschen Ländern 1990 und 1994

	CDU		SPD		PDS		B90/Gr		FDP	
	1994	1990	1994	1990	1994	1990	1994	1990	1994	1990
Brandenburg	18,7	29,5	54,1	38,2	18,7	13,4	2,9	9,2	2,2	6,6
Meckl.-Vorpommern	37,7	38,3	29,5	27,0	22,7	15,7	3,7	4,2	3,8	5,5
Sachsen-Anhalt	34,4	39,0	34,0	26,0	19,9	12,0	5,1	5,3	3,6	13,5
Sachsen	58,1	54,4	16,6	19,1	16,5	10,2	4,1	5,6	1,7	5,3
Thüringen	42,6	45,4	29,6	22,8	16,6	9,7	4,5	6,5	3,2	9,3

Quelle: K. Schmitt (Anm. 15), S. 276-279; J. W. Falter (Anm. 13), S. 176.

sen-Anhalt sogar knapp 20 Prozent) das drittbeste Ergebnis in ihrer Geschichte erzielten, verspielten das in sie gesetzte Vertrauen mit der Selbstdarstellung als „Partei der (westdeutschen) Besserverdienenden“ und sind in Ostdeutschland gegenwärtig ein kaum noch wahrnehmbarer politischer Faktor. Besonders kraß zeigt sich ihr Absturz in der liberalen Hochburg Sachsen-Anhalt: Hier sackte ihr Stimmenanteil bei den Landtagswahlen von 13,5 Prozent (1990) auf 3,6 Prozent (1994) ab¹³. Der von der FDP-Spitze zur Schau gestellte Optimismus hinsichtlich der Chancen der Partei in Ostdeutschland bei den kommenden Landtagswahlen im April 1998¹⁴ wirkt daher kaum überzeugend. Auch die Bündnisgrünen, die die Fünf-Prozent-Hürde 1994 nur in Sachsen-Anhalt übersprangen und dort als Koalitionspartner der SPD an der einzigen rotgrünen (PDS-tolerierten) Landesregierung in den neuen Bundesländern beteiligt sind, müssen derzeit darum bangen, ob sie nach den Landtagswahlen 1998 noch in den Landesparlamenten vertreten sein werden. So stellt sich die in Magdeburg bereits diskutierte Frage, ob die ostdeutschen Grünen mittelfristig nicht besser als ökologische Arbeitsgemeinschaft in der SPD überleben könnten.

Anders als 1990 erwartet, sehen sich die Führungsspitzen von Union und SPD in den ostdeutschen Landesparlamenten nun in jeweils unterschiedlichen Konstellationen mit der PDS konfrontiert – eine Lage, die zwangsläufig und zunehmend die Strategiediskussionen in den östlichen Gliederungen beider Parteien beeinflusst. Nur in Sachsen und Brandenburg gibt es klare Mehrheiten für die CDU bzw. die SPD (vgl. Tabelle 2). In drei der fünf neuen Bundesländer (Mecklenburg-Vor-

pommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt) befinden sich *beide* Volksparteien indes in einer Art „strategischer Falle“: Mit einem relativ konstanten Stimmenanteil von annähernd 20 Prozent blockieren die Postkommunisten die Chancen von SPD und CDU, sich als mehrheitsfähige Kraft zu etablieren, und zwingen beide Parteien entweder in ungeliebte große Koalitionen oder aber die SPD zur Aufgabe der Abgrenzungsstrategie gegen die PDS bzw. zur Bildung von rot-grünen Minderheitsregierungen um den Preis der Tolerierung durch die PDS analog zum „Magdeburger Modell“. Da die Position der PDS durch die Probleme des Wirtschaftsaufbaus im Osten mittelfristig begünstigt wird, während FDP und Bündnis 90/Die Grünen nur geringe Aussichten haben, wieder in die Landesparlamente einzuziehen, ist mit dieser Drei-Parteien-Konstellation wohl noch länger zu rechnen¹⁵.

Tabelle 2: Regierungsparteien und Koalitionen in den neuen Bundesländern nach den Landtagswahlen 1994

Bundesland	CDU	SPD	Große Koalition (CDU-geführt)	SPD/B 90
Berlin			x	
Brandenburg		x		
Mecklenburg-Vorpommern			x	
Sachsen-Anhalt				x
Sachsen	x			
Thüringen			x	

1. Regionale Differenzierungen in den Ländern nach den Landtagswahlen 1994

Als „Partei der deutschen Einheit“ ist die CDU, trotz deutlicher Verluste bei der Bundestagswahl

13 Wahlergebnisse für 1990 bei Jürgen W. Falter, Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn 1992, S. 163–188.

14 Auf der Konferenz unter dem Motto „Neuer Aufschwung Ost“ in Halle im Oktober 1997 beschloß die FDP-Spitze, in Ostdeutschland eine neue Mannschaft zu bilden. Vgl. FAZ vom 21. 10. 1997.

15 Vgl. Karl Schmitt, Die Landtagswahlen 1994 im Osten Deutschlands. Früchte des Föderalismus: Personalisierung und Regionalisierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1995) 2, S. 261–295, hier: S. 295.

1994 und eines dramatischen Rückgangs der Mitgliederzahlen (vgl. Tabelle 3, S. 48), nach wie vor Mehrheitspartei in Ostdeutschland¹⁶. Allerdings zeichnen sich nach den Landtagswahlen 1994 für beide Volksparteien starke regionale Differenzen ab: So streuten die Ergebnisse in den einzelnen Ländern für die CDU auf einer Breite von 18 bis 58 Prozent, für die SPD von 16 bis 54 Prozent¹⁷, wobei Brandenburg und Sachsen – jeweils umgekehrt – die Extrempole bilden. Im Ostteil Berlins und in Brandenburg könnte die Lage der CDU kaum desolater sein: In der ehemaligen „Hauptstadt der DDR“ und ihrem Einzugsfeld liegt sie weit hinter der PDS, die hier ihre besten Ergebnisse erzielte; in Brandenburg behauptet sie mit einem knappen Vorsprung von 72 Stimmen gegenüber der PDS eben noch den zweiten Platz nach der Regierungspartei SPD. In Sachsen regiert hingegen die CDU – republikweit derzeit als einzigem Bundesland¹⁸ – unter Ministerpräsident Kurt H. Biedenkopf mit absoluter Mehrheit. Nicht nur die unangefochtene Hegemonie der Partei und die Popularität des Regierungschefs charakterisieren die sächsische CDU; sie verfügt zugleich über ein (für Parteiführung und Ministerpräsident nicht immer bequemes) Potential an innovativen Kräften, die aus verschiedenen Kreisen der Bürgerbewegung (Teile des „Neuen Forums“, des „Demokratischen Aufbruchs“ und der „Gruppe der 20“) nach der Wende zur CDU gestoßen waren. In einem äußerst konfliktreichen und für die CDU in den neuen Ländern einzigartigen Prozeß war es dieser Gruppierung bereits in der Übergangsphase, von der Wende bis zur Konstituierung der Länder im Verein mit anderen Reformkräften gelungen, sowohl die Erneuerung der Block-CDU voranzutreiben, als auch in den Arbeitsgruppen des „Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen“ die Struktur, die Verfassung und die personelle Repräsentation des Freistaats vorzubereiten. Die in diesem erfolgreichen, doppelgleisigen Vorgehen geschaffenen Strukturen und Personaltableaus¹⁹ bewahrten die CDU als Regierungspartei in Sachsen (im Unterschied zu Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, wo die CDU-Regierungschefs Duchac, Gies und Gomolka schon bald ihre Ämter niederlegen

mußten²⁰) vor spektakulären Regierungskrisen, nachträglichen Personaltransfers in Spitzenämter und Stasi-Skandalen. Ein Ergebnis dieser Strukturbildung ist auch, daß die sächsische CDU heute ein interessanteres Elitenprofil aufweist als andere ostdeutsche CDU-Landesverbände.

Die im Herbst 1989 neu gegründete und daher noch organisations- und mitgliederschwache Ost-SPD hat sich seit der ersten Bundestagswahl gefestigt und ihren Stimmenanteil mittlerweile von 24,3 Prozent (1990) auf 31,5 Prozent (1994) vergrößern können. Die Konsolidierung zeigt sich vor allem in der Kontinuität der Stolpe-Regierung in Brandenburg, die sich – nach sensationellen Zugewinnen von fast 16 Prozent bei der Landtagswahl 1994 – in der zweiten Legislaturperiode auf eine absolute Mehrheit stützt und von den Attacken einer personell wie konzeptionell schwachen CDU-Opposition kaum in Bedrängnis gebracht wird. Bereits in der ersten Legislaturperiode hatte es sich gezeigt, daß die Vorwürfe gegen Ministerpräsident Manfred Stolpe wegen seiner Vergangenheit als Kirchenjurist in der DDR²¹ dessen Popularität nicht gemindert hatten. Auch die Aussichten der SPD in Sachsen-Anhalt, die darauf hofft, daß ihre Arbeit in der Regierung Höppner von den Wählern honoriert werden wird, sind – trotz des Dauerfeuers der CDU-Opposition gegen die Tolerierung des rot-grünen Regierungsbündnisses durch die PDS – offenbar nicht aussichtslos. Ob diese fragile Koalition nach der Landtagswahl im April 1998 eine Neuauflage erleben wird, ist wegen des Profilverlusts der Bündnisgrünen in dieser Landesregierung dennoch ungewiß. In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, wo die SPD in CDU-geführte große Koalitionen eingebunden ist, wurde sie inzwischen zur 30-Prozent-Partei (vgl. Tabelle 1). In Sachsen stellt die SPD, deren Stimmenanteil auf einen bisherigen Tiefpunkt von 16,6 Prozent gesunken ist, derzeit hingegen keinen relevanten politischen Faktor mehr dar. Während in Thüringen die Koalitionspartner SPD und CDU in einem vergleichsweise sachlichen Klima agieren und in sozialpolitischen Fragen wie in der Arbeitsförderungs politik gemeinsame Ziele verfolgen²², war die Zusammenarbeit von CDU und SPD in Mecklenburg-Vorpommern bereits in der ersten Legislaturperiode, in der die CDU ihre hauch-

16 Sie büßte im Osten ca. 4 Prozent ein, erreichte aber noch immer einen Stimmenanteil von 38,5 Prozent.

17 Vgl. K. Schmitt (Anm. 15), S. 282.

18 Die bayerische Schwesterpartei CSU regiert in Bayern ebenfalls mit absoluter Mehrheit.

19 Vgl. Ute Schmidt, Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994, Opladen 1997, S. 159–194.

20 „Die kippen wie Dominosteine“, in: Der Spiegel, Nr. 29/1991, S. 78–80.

21 Vgl. Ralf Georg Reuth, IM Sekretär. Die „Gauck-Recherche“ und die Dokumente zum „Fall Stolpe“, Berlin 1992.

22 Vgl. Vogel verteidigt die große Koalition, in: FAZ vom 10. 11. 1997. Die Thüringer Grünen kritisieren die Arbeit der Landesregierung als „Fortschrittsrhetorik“, vgl. Thüringer Grüne gegen große Koalition, in: FAZ vom 24. 11. 1997.

dünne Mehrheit nur durch „Überläufer“ halten konnte, durch persönliche Zerwürfnisse und Rivalitäten zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Harald Ringstorff, und CDU-Chef Berndt Seite stark belastet. Es überraschte daher kaum, daß Ringstorff aus seinen Sympathien für das „Magdeburger Modell“ keinen Hehl machte, zumal es bereits seit den Kommunalwahlen in einigen Landkreisen zur Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS gekommen war²³. Der neue Landesvorsitzende der SPD Thüringens und Innenminister Richard Dewes²⁴ ist allerdings bisher der einzige höherrangige SPD-Funktionsträger, der die „Erfurter Erklärung“, in der ein Linksbündnis von SPD, Grünen und PDS gefordert wird, unterzeichnet hat.

2. CDU und PDS

Die relative Stärke der PDS brachte der CDU zunächst einen wahlpolitischen Vorteil. Denn die PDS absorbierte im Osten die Stimmen von links- bzw. sozialorientierten Wählern, die sich andernfalls aufgrund ihrer sozialen Interessenlage womöglich der SPD zugewandt hätten, und schwächte auf diese Weise die sozialdemokratische Konkurrenz im Parteienwettbewerb. Im Westen gab die SED-Nachfolgerin zudem einen Ersatz für das nach dem Ende des Kalten Krieges verlorengegangene Feindbild des Kommunismus und zugkräftige Wahlkampflogans her. Daß unterdessen in der Frage des Verhältnisses der CDU zur PDS in den Fraktionsführungen einiger ostdeutscher CDU-Landesparteien ein Differenzierungsprozeß zu beobachten ist, hat vor allem zwei Gründe:

Zum einen wird befürchtet, daß der von der Bonner Parteizentrale gesteuerte offensive Abgrenzungskurs den Postkommunisten nur noch weitere Anhänger zutreiben könnte. Eine Neuauflage der „Rote-Socken-Kampagne“ gilt daher als kontraproduktiv. Wichtiger sei – so heißt es aus einigen CDU-Landesverbänden – eine differenziertere Auseinandersetzung mit der PDS-Führung und den politischen Inhalten dieser Partei²⁵. Nicht zuletzt sollen damit auch den eigenen Anhängern Argumentationshilfen an die Hand gegeben wer-

den. Einstellungsuntersuchungen bei Anhängern und Wählern der Ost-CDU haben in Teilen dieser Gruppe tatsächlich ambivalente Einstellungen zutage gefördert. Zwar wird die PDS hier einerseits strikt abgelehnt; andererseits wird aber auch ihre politische Isolierung, das Stigma der Verfassungsfeindlichkeit oder gar ein Verbot zurückgewiesen und statt dessen auf dem Boden einer kritischen Auseinandersetzung eine allmähliche politische Integration der PDS-Anhängerschaft gewünscht. Etwa ein Fünftel der ostdeutschen CDU-Anhänger sieht die PDS durchaus als „normale“ demokratische Partei an²⁶; Kooperationen von CDU und PDS in Kommunen und Landkreisen sind längst keine Seltenheit mehr²⁷. Denkmuster, Verhaltensstile und Verwandtschaften, die sich in der gemeinsamen DDR-Geschichte und ihren Lebensformen im PDS-Umfeld wie in der CDU-Anhängerschaft ausgeprägt haben, erzeugen zudem eine kulturelle Nähe, die auch über Parteigrenzen hinweg wirkt²⁸.

Hinzu kommen wahlarithmetische und machtsstrategische Überlegungen, die vor allem von ostdeutschen CDU-Strategen in den Landesverbänden von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin diskutiert werden. Sie sehen sich mit der Tatsache konfrontiert, daß es in allen ostdeutschen Ländern (außer Sachsen) rein quantitativ eine Mehrheit links von der Union gibt, die aber wegen ihrer inneren Spaltung derzeit politisch nicht realisiert werden kann. Sollte sich die Ost-SPD jedoch eines Tages nach dem Szenario von „Magdeburg“ auch in Mecklenburg-Vor-

23 Vgl. K. Schmitt (Anm. 15), S. 274.

24 Dewes ist Nachfolger von Gerd Schuchardt und stammt aus dem Saarland.

25 Vgl. dazu: Identitätsgewinn im Aufbau Ost. Diskussionspapier zur Werte- und Strategiedebatte „CDU 2000“ in Mecklenburg-Vorpommern, hrsg. von der CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, Januar 1996. Vgl. auch die Position des CDU-Fraktionsvorsitzenden Christoph Bergner (Sachsen-Anhalt): Bergner warnt CDU vor neuer „Rote-Socken“-Kampagne, in: Berliner Zeitung vom 9. 8. 1996.

26 Diese Daten sind qualitativen Interviews im Rahmen eines von der KSPW geförderten Forschungsprojekts entnommen, vgl. Henry Kreikenbom, Die SPD zwischen den Stühlen? Über Konfliktstrukturen und zum Wahlverhalten der Ostdeutschen, Manuskript, Jena (12. Juni 1997), S. 34 f.

27 Trotz der CDU-Kampagne gegen das „Magdeburger Modell“ wird die PDS in Kommunen und Landkreisen durchaus als Mehrheitsbeschafferin akzeptiert. So konnten sich etwa bei den Landratswahlen in zwei brandenburgischen Kreisen (Priegnitz, Uckermark) die CDU-Kandidaten nur mit Hilfe der PDS durchsetzen. Formen einer solchen Zusammenarbeit zwischen CDU und PDS gibt es in Schwerin, Güstrow, im Landkreis Bernburg sowie in Halle. Auch die CDU-Fraktion des Kreistages Leipzig-Land praktizierte 1994 einen Schulteranschluß. Vgl. z. B. FAZ vom 22. 2. 1994; Tagesspiegel vom 15. 7. 1994; Leipziger Volkszeitung vom 22. 9. 1994; weitere Beispiele in: Der Spiegel, Nr. 15/1997, S. 46–50; vgl. Wahlkampföffnung in Brandenburg, in: FAZ vom 24. 11. 1997.

28 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Die Einsamkeit der CDU-Wähler im Osten, in: FAZ vom 17. 4. 1996: „Man kann sich vorstellen, warum von CDU-Funktionären mit Eifer nach Gemeinsamkeiten mit PDS-Anhängern gesucht wird. Teilt man nicht mit ihnen die Liebe zum herzlichen Familienleben, zu Ordnung und Sauberkeit, zur Solidität und Solidarität und Stabilität?“

pommern oder Thüringen auf eine Tolerierungspolitik einlassen oder sogar mit der PDS kooperieren, so liefe die CDU Gefahr, in der ostdeutschen Parteienlandschaft (mit Ausnahme ihrer sächsischen Bastion) auf längere Sicht in eine strukturelle Minderheitsposition zu geraten. Um ihre Regierungsfähigkeit auch künftig zu sichern, mußte die CDU daher um absolute Mehrheiten kämpfen. Eine Verbreiterung ihrer Wählerschichten um die mehrheitssichernden Prozentpunkte schien – so der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Eckhardt Rehberg – bei einer stärkeren Wählermobilisierung, der zielgerichteten Ansprache bisheriger PDS-Wähler und -Sympathisanten sowie einer besseren Ausschöpfung von Nichtwählerschichten durchaus realistisch. Im Umfeld der PDS als der Erbin der SED-Staatspartei und bei resignierten Nichtwählern liege ein Wählerpotential brach, das nach Grundeinstellung und Mentalität nicht dem linken, sondern dem konservativen Lager zuzurechnen sei und zumindest teilweise für die CDU erschlossen werden könnte²⁹. Um diese strategische Mehrheit zu gewinnen, müsse die CDU jedoch von der „Politik der verhärteten Fronten“ abgehen; denn eine „unnötige Polarisierung“ verstärke nur den Solidarisierungseffekt und spalte die Gesellschaft. „Dogmatisches Lager- und Schubladendenken“ müsse der Vergangenheit angehören; die Gründe für die „Verweigerungshaltung“ von Nichtwählern seien sorgfältig zu analysieren und „diese offensichtlich enttäuschten Menschen wieder aktiv an die parlamentarische Demokratie heranzuführen“³⁰. Auch in Berlin distanzieren sich CDU-Politiker von einer Ausgrenzung der PDS durch die Gleichsetzung (als „rotlackierte Faschisten“) mit den (rechtsextremen) Republikanern und warben für gedämpftere Töne im politischen Streit³¹. Angesichts der Hete-

rogenität der PDS-Anhängerschaft stellte man hier als Aufgabe der CDU die Integration genuin konservativer Wählerschichten, die Differenzierung zwischen PDS-Führung und Wählern sowie die Notwendigkeit pragmatischen Handelns in den Vordergrund.

Jüngste Äußerungen aus dem Bonner Adenauerhaus über das Wahlkampfkonzept für den Bundestagswahlkampf 1998, denen zufolge die westdeutschen CDU-Landesverbände und ihnen voran CDU-Generalsekretär Peter Hintze in der Auseinandersetzung mit der PDS nach wie vor auf Konfrontation und Polarisierung setzen³², lassen freilich nicht darauf schließen, daß die in den genannten Ostverbänden anvisierten Langzeitstrategien in Bonn aufgegriffen worden wären. Die CDU-Zentrale setzt offenbar eher auf ein arbeitsteiliges Vorgehen in West und Ost: Demnach ist 1998 ein vor allem auf die CDU-Anhängerschaft im Westen zugeschnittener, Stamm- und Grenzähler mobilisierender Richtungswahlkampf gegen eine – möglicherweise von der PDS tolerierte – rot-grüne Alternative zur gegenwärtigen konservativ-liberalen Bundesregierung zu erwarten³³. Eine solche Polarisierungsstrategie zielt im übrigen auf Rand- und Grenzähler der Sozialdemokratie, die in der Frage des Verhältnisses zur PDS gespalten ist, sowie auf das wertkonservative Wählerpotential der Bündnisgrünen in den neuen Bundesländern. In dieses Wahlkampfkonzept fügen sich die im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1998 durchgesetzten Nominierungen der früheren DDR-Bürgerrechtler Vera Lengsfeld und Günter Nooke ein; beide waren (zusammen mit anderen ehemaligen Bürgerrechtlern) aus Protest gegen eine befürchtete Zusammenarbeit von Grünen und PDS Ende 1996 in einem spektakulären Wechsel von den Grünen bzw. dem Brandenburger Bürgerbündnis zur CDU übergetreten. Auch Angelika Barbe, die 1996 von der SPD zur CDU übertrat, wurde in einem Ost-Berliner Wahlkreis als Direktkandidatin der CDU aufgestellt.

Während sich die Bonner Parteizentrale und die aus dem wertkonservativen Spektrum der DDR-Bürgerrechtsbewegung stammenden neuen Kräfte in der CDU von den Kandidaturen eine Signalwirkung für die Partei oder doch eine Stärkung ihrer politischen Identität erhoffen, weil sie sich demon-

29 Diese Auffassung wurde interessanterweise bereits 1991 vom damaligen brandenburgischen CDU-Fraktionsvorsitzenden Peter-Michael Diestel vertreten; sie stieß damals in der CDU allerdings auf breite Ablehnung. Eine offene Diskussion über die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder hätte die Partei vermutlich gespalten. Vgl. Ute Schmidt, Transformation einer Volkspartei – Die CDU im Prozeß der deutschen Vereinigung, in: O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 2), S. 37–74, hier: S. 66. Die Einschätzung von Teilen der PDS-Anhängerschaft als genuin konservativ bis autoritär wird übrigens auch von PDS-Politikern geteilt: „Unsere Wählerschaft ist aber konservativ bis auf die Knochen“, so der Schweriner PDS-Landtagsabgeordnete Gerd Böttger. Die Spaltung stehe der PDS erst noch bevor. Vgl. Der König vom Schweriner Dreesch, in: FAZ vom 14. 11. 1997.

30 Vgl. Identitätsgewinn im Aufbau Ost (Anm. 25), S. 29.

31 Vgl. Konrad Schuller, Das Reservoir der roten Kleinbürger, in: FAZ vom 11. 11. 1995. Mit dem Begriff der „rotlackierten Faschisten“ hatte der ehemalige SPD-Vorsitzende

Kurt Schumacher die Stalinisten belegt; er wurde von den Hauptquartieren der CDU und CSU für die PDS übernommen.

32 Vgl. Die CDU plant ihre Wahlkämpfe, in: FAZ vom 5. 11. 1997.

33 Vgl. Kohl spricht von der „strategischen Bedeutung“ der Wahl in Sachsen-Anhalt, in: FAZ vom 19. 9. 1997.

strativ für das Erbe der DDR-Bürgerrechtsbewegung öffne³⁴, bezweifeln freilich Wortführer der weitaus größeren Gruppe in der ostdeutschen CDU-Basis, nämlich der Altmitglieder, daß sich mit Hilfe früherer Dissidenten in Ostdeutschland relevante Stimmengewinne erzielen ließen³⁵. Wenngleich die Wahlkampfstrategie der Partei zentrale nicht *nur* symbolisch und parteitaktisch gemeint ist, sondern auch das längerfristige Ziel verfolgt, neue Eliten aufzubauen, die der früheren Block-CDU in einigen Landesverbänden dringend fehlen, so trägt sie doch faktisch mit dazu bei, den längst überlebt geglaubten Konflikt zwischen Alt- und Neumitgliedern zu revitalisieren. Begünstigt wird zugleich ein Verdrängungswettbewerb, in dem es „aus Gründen politischer Opportunität Bürgerrechtler erster und zweiter Klasse in der CDU“ gebe, während machtbewußte und in ihren Wahlkreisen gut abgesicherte Block-Leute verschont würden³⁶. So wandte denn auch die CDU-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Bundesumweltministerin Angela Merkel, vermittelnd ein, prominente Ex-Bürgerrechtler dürften nicht generell gegenüber anderen Wahlkreisbewerbern privilegiert werden.

II. CDU und SPD in der Wendezeit – Dilemmata mit Folgen

Die Konfliktlinien und Bruchstellen, die sich heute in den beiden großen Volksparteien zeigen, sind im Dilemma der für beide Volksparteien ganz unterschiedlichen, ja konträren Ausgangssituation

34 So der CDU-Fraktionsvorsitzende von Sachsen-Anhalt, Christoph Bergner. In der Haltung zur PDS bleiben insbesondere die sächsischen CDU-Erneuerer bei ihrer grundsätzlich-kritischen Position. Sie wollen verhindern, daß unter dem Deckmantel des demokratischen Staates Strukturen, Denkweisen und Verhaltensmuster der alten DDR-Gesellschaft fortleben. In ihrem strikten Abgrenzungskurs gegenüber der PDS sind sich die sächsischen Erneuerer mit einem Teil der SPD-Gründungsmitglieder einig und heben sich von den in anderen CDU-Landesverbänden diskutierten Positionen deutlich ab.

35 Vgl. Keine Stimmen mit Bürgerrechtlern, in: FAZ vom 24. 10. 1997; Bergner: Bürgerrechtler sind ein Gewinn für die CDU, in: FAZ vom 25. 10. 1997; CDU-Landesverband unterstützt Nooke, in: Tagesspiegel vom 26. 10. 1997.

36 So der aus dem „Demokratischen Aufbruch“ (DA) kommende Bundestagsabgeordnete Heinz-Jürgen Kronberg, der unter innerparteilichen Druck gesetzt wurde, um auf seine Direktkandidatur im Wahlkreis 301 (Weimar-Apolda-Erfurt/Land) zugunsten von Vera Lengsfeld zu verzichten.

1989/90 angelegt. So gewichtig die Vorteile der Übernahme der Blockpartei und ihrer Klientel für die CDU unter dem Aspekt der Machtsicherung gewesen sind, so handelte sie sich damit doch zugleich massive Integrationsprobleme ein. Denn West- und Ost-CDU unterscheiden sich nicht nur in der sozialen Zusammensetzung, sondern auch im Wertgefüge ihrer Anhängerschaft ganz erheblich³⁷. Auch das Politikverständnis der Führungsgruppen der CDU, ihr Verhältnis zur Macht, ist aufgrund historisch begründeter Unterschiede im Rollenverständnis ihrer Parteien anders ausgeprägt oder sogar konträr. Während in der West-CDU der geradezu selbstverständliche Machtanspruch einer Mehrheits- und Regierungspartei dominiert, standen Block-CDU und „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“ (DBD) als SED-Vasallenparteien stets in der zweiten Reihe. Die in der Blockperiode herausgebildeten Parteikulturen und Mentalitäten prägen weite Teile der CDU-Mitgliederschaft, die zu drei Vierteln aus Altmitgliedern besteht. Auch wenn der politische Alt/Neu-Konflikt inzwischen entschärft ist und Fachkompetenz und Politikfähigkeit zunehmend wichtigere Kriterien für die innerparteilichen Kooperationsbeziehungen darstellen als das Datum des Parteibeitritts, so zieht sich doch die Konfliktlinie, die sich aus den parteikulturellen und generationsbedingten Differenzen zwischen CDU-Altmitgliedern, Neuzugängen und Erneuerern ergibt, auch heute noch durch die aktuelle politische Agenda der Partei.

Anders als CDU und FDP beerbte die SDP/SPD keine DDR-Altpartei, was ihr die lähmenden Alt/Neu-Konflikte ersparte. Dafür hatte sie ein anderes Problem: Sie mußte nach vierzigjährigem Organisationsverbot eine völlig neue Mitgliederorganisation aufbauen. Während die CDU im Osten Volkspartei werden kann, eben „weil sie die DDR so unverfroren beerbte“³⁸, ist die Ost-SPD mit ihren rund 27 000 Mitgliedern heute eine „Volkspartei ohne Mitglieder“. Sie ist bisher eine so kleine Organisation geblieben, daß je nach Region 50 bis 60 Prozent aller Mitglieder in Parteifunktionen, in kommunale Ämter oder in den Landtag gewählt worden sind (zum Vergleich: Im Westen beträgt der Anteil der Parteiaktivisten bzw. Mandatäre nur rund 10 Prozent). Die SPD ist im Osten faktisch eine Fraktionspartei; man könnte sie auch als „Funktionsträger-“ oder „Kaderpartei“ be-

37 Vgl. Ute Schmidt, Ost-West-Konflikte in der CDU nach der Wende – Probleme der Integration und Identität, in: Berliner Debatte INITIAL, (1997) 4, S. 27–39.

38 So Christoph Dieckmann in: Die Zeit vom 26. 7. 1996, S. 5.

zeichnen. Angesichts der Mitgliederschwäche und der fehlenden Verankerung in gewachsenen sozialen Milieus verwundert es nicht, daß gerade in der Ost-SPD darüber diskutiert wird, ob nicht generell das Ende der industriegesellschaftlichen Mitgliederpartei gekommen sei. So gesehen, nähme die Entwicklung der ostdeutschen SPD einen modereren, „amerikanisierten“ Parteientypus, der stärker auf professionelles Parteimanagement und massenmedial vermittelte Formen der Parteiarbeit setzte, nur vorweg³⁹. Welche Konsequenzen dieser Formwandel für die Parteienfinanzierung, für das Postulat der demokratischen Beteiligung und die Glaubwürdigkeit der Parteien in den neuen Bundesländern bedeuten würde, ist freilich noch keineswegs ausdiskutiert.

Gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder, stellt die ostdeutsche SPD gegenüber der Westpartei mit ihren 753 000 Mitgliedern nur einen winzigen Bruchteil dar. Sie unterscheidet sich aber nicht nur quantitativ, sondern auch in der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und Funktionäre, durch deren Sozialisation und politische Einstellungen sowie durch programmatische Elemente, die sie mit anderen Bürgerrechtsgruppen verbindet (Betonung der individuellen Freiheitsrechte, Basisorientierung, Elemente direkter Demokratie). Ein zentrales Problem der Ost-SPD ist, wie sie in den neuen Ländern zu einer politischen Kraft werden kann, die nicht nur in Brandenburg regierungsfähig ist und damit die Möglichkeit zur politischen Gestaltung erhält. Der Konflikt, in der Frage einer wie auch immer gearteten Kooperation mit der PDS betrifft daher eine für die Ost-SPD existentielle Frage. Ausprägung und Bedeutung dieser Konfliktstrukturen werden im folgenden für CDU und SPD näher beleuchtet.

1. CDU

Nach der Vorverlegung des Termins für die Volkskammerwahl, die als wichtige Vorentscheidung für die künftigen Mehrheitsverhältnisse in einem neuvereinten Deutschland angesehen wurde, war die West-CDU, die bis dahin jeden offiziellen Kontakt zur Block-CDU vermieden hatte, bei ihrer Suche nach einem geeigneten Partner unter starken Druck geraten. Bereits im Dezember 1989 hatte die West-SPD (damals

unter Hans-Jochen Vogel) in der „unverblockten“ SPD einen unbelasteten Partner gebunden, mit dem sie in den Wahlkampf zog. Forciert durch die Mechanismen der Parteienkonkurrenz wandelte sich die Distanz der Bonner Parteizentrale gegenüber der Ost-CDU Anfang Februar in eine primär wahltaktisch motivierte Kooperationsbereitschaft. Nolens volens begab sich die CDU-Spitze in eine Kooperation mit der ungeliebten Schwesterpartei im Osten, die sich unter dem neuen Vorsitzenden Lothar de Maizière zu reformieren begann und deren organisatorische, personelle und finanzielle Ressourcen ihr im Volkskammerwahlkampf unverzichtbar schienen. Zwar ging der Reformprozeß manchen CDU-Kreisen im Westen noch längst nicht weit genug, um die Vorbehalte auszuräumen. Dennoch wurde der „Kampf zweier Linien“ in der West-CDU vorerst beendet und die Ost-CDU zusammen mit dem unbelasteten „Demokratischen Aufbruch“ (DA) und der unter tatkräftiger Mitwirkung der CSU neugegründeten „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) in ein Wahlbündnis – die „Allianz für Deutschland“ – eingebunden. Mit dieser Grundentscheidung für die „Allianz“, in der nun „alte“ und „neue“ Kräfte zusammengehen sollten, waren andere Optionen ad acta gelegt.

Jenseits der Alternative „DA-Lösung“ oder „Adoption der Block-CDU“ war damals auch diskutiert worden, ob nicht Mitglieder der Ost-CDU ihre Partei selbst auflösen und zusammen mit der West-CDU und anderen Reformkräften eine neue christlich-demokratische Partei im Osten aufbauen sollten. Tatsächlich hätte die Neuformierung nach einem Organisationsbruch einen neuen Anfang bedeutet. Wegen des knappen Zeithorizonts hätte sie andererseits aber auch ein erhebliches politisches Risiko beinhaltet und wurde deshalb verworfen⁴⁰. Das völlig überraschende Wahlergebnis vom 18. März 1990, das die politische Hegemonie der CDU in Ostdeutschland für die kommenden Jahre vorstrukturieren sollte und dem DA nach der Enttarnung seines Vorsitzenden Wolfgang Schnur als Inoffiziellem Mitarbeiter des MfS mit einem Ergebnis von nicht einmal einem Prozent ein totales Desaster bescherte, rechtfertigt aus der Sicht der CDU die strategische Entscheidung für die „Allianz“ noch heute. Mit dem wahlpolitischen Erfolg der „Allianz“ und ihrer parteiförmigen Verfestigung im Sommer 1990⁴¹ war allerdings

39 So hat der Landesvorsitzende der SPD-Brandenburg Steffen Reiche die Vorstellung, man könne die SPD in Ostdeutschland als traditionelle Mitgliederpartei aufbauen, als „tapfere Illusion“ bezeichnet. In: Karlheinz Blessing (Hrsg.), SPD 2000. Die Modernisierung der SPD, Marburg 1993, S. 85–91.

40 Zum Formierungsprozeß von „Allianz“ und CDU im Jahr 1990 vgl. U. Schmidt (Anm. 19), S. 62–104.

41 Die DSU war noch im April 1990 aus der „Allianz“ ausgeschieden. Sie hoffte, als eigenständige bzw. rechtspopulistische Partei Fuß zu fassen, was ihr in begrenztem

auch der Problemhaushalt der CDU in den neuen Ländern für die nächsten Jahre faktisch vorprogrammiert. Zum einen entstand eine brisante Gemengelage von politischen Kräften und Führungsgruppen in der ostdeutschen CDU, aus denen eine handlungsfähige Partei erst noch hervorgehen mußte. Zum anderen war durch die Vermeidung des Organisationsbruchs in der Wendezeit der Aufbau einer mit der West-Partei kompatiblen Partei nur aufgeschoben und mußte mit zeitlicher Verzögerung und erheblichen Reibungsverlusten nach dem Super-Wahljahr 1990 nachgeholt werden⁴².

Die Identitätslücken und Spaltungslinien, die der Verzicht auf einen demonstrativen Neubeginn 1989/90, der Abbruch der Selbstverständigungsdebatte in der sich reformierenden Ost-CDU im Sommer 1990 und der nur partiell vollzogene Elitenwechsel in den Landesverbänden auf dem Weg der Ost-CDU von der Blockpartei zu einem Teil der Gesamtunion hinterlassen haben, sind eigentlich erst heute erkennbar⁴³. Schlaglichtartig haben die Vorstöße aus der CDU-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern Anfang 1996 den Blick auf die Integrations- und Identitätsdefizite in der Partei gelenkt und deutlich gemacht, daß die Gräben zwischen Ost- und West-CDU nicht durch einen bloßen West-Ost-Transfer von Organisationsformen und Werten geschlossen werden können. Der Sprecher der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten, Paul Krüger, verlangte in seinen „14 Thesen zum Ost-Profil der CDU“⁴⁴ zudem ganz konkret eine bessere Repräsentation ostdeutscher Interessen in der Politik und im Apparat der Gesamtpartei sowie das Hinzuziehen ostdeutscher CDU-Vertreter bei der Konzipierung von Wahlkämpfen und zur Darstellung der CDU-Politik für Ostdeutschland in den Medien. Analog zur bayerischen CSU sollte die ostdeutsche CDU innerhalb der Union nicht als bloße Addition ihrer Landesgruppen auftreten, sondern als gemeinsame Ost-Gruppe eigenständig wahrnehmbar sein⁴⁵. Sie sollte initiativ und

Maße allenfalls in einigen südlichen Regionen der Ex-DDR gelang. Prominente Mitglieder wie Peter-Michael Diestel und Hans-Wilhelm Ebeling traten im Sommer 1990 zur CDU über.

42 Vgl. U. Schmidt (Anm. 19), S. 114–143, dies. (Anm. 37).

43 Vgl. dies., Risse im Gefüge der vereinigten CDU, in: Frankfurter Hefte/Neue Gesellschaft, 43 (1996) 4, S. 303–308 (Vorabdruck in: Frankfurter Rundschau vom 6. 3. 1996, S. 10). Zur ostdeutschen CDU vgl. dies., Die CDU, in: O. Niedermayer (Anm. 4), S. 13–39.

44 Das Papier datiert vom Dezember 1995 etwa zeitgleich mit dem Diskussionspapier der CDU-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern. Krüger stammt ebenfalls aus dem CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern.

45 Immerhin bilden die ostdeutschen CDU-MdBs mit 66

öffentlichkeitswirksam werden und „im Ausnahmefall“ auch „neben der Fraktionsgemeinschaft“ tätig werden. Der innerparteiliche Konflikt ist inzwischen weitgehend pazifiziert worden. Er hat allerdings den bis dahin „pflegeleichten“ ostdeutschen CDU-MdBs den Rücken in der CDU/CSU-Fraktion gestärkt und bewirkt, daß sie in den Debatten um Steuerreform und Solidaritätszuschlag seit März 1997 konfliktfreudiger auftraten, wenn es um die Wahrnehmung ostdeutscher Interessen ging.

Obwohl das Schweriner Papier das innerparteiliche West-Ost-Verhältnis zum Thema hatte, erwies es sich auch als Indikator für die Tektonik in der Ost-CDU selbst. Denn die Reaktionen in der ostdeutschen CDU zeigten, daß es hier neben der deutlich sichtbarer werdenden Kluft zwischen Ost und West noch immer andere und nicht weniger tiefe Bruchstellen gibt. Selbst wenn es gegenwärtig nicht mehr explizit um die Bewältigung des Alt/Neu-Konfliktes geht, so liegt dieser den sich in der ostdeutschen CDU herausbildenden unterschiedlichen politischen Profilen – von Strömungen kann noch nicht die Rede sein – doch latent zugrunde. Eine solche Scheidelinie zeigt sich in den Einstellungen zur Modernisierung des Sozialstaats bzw. zur Behandlung künftiger Verteilungskonflikte und in der Einschätzung der PDS. So wird den „Blockis“ überzogenes Sozialstaatsdenken und Versorgungsmentalität vorgeworfen. Es sei jedoch fragwürdig, DDR-„Errungenschaften“ zum Nulltarif erhalten zu wollen, da dies letztlich den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Substanz des Sozialstaats gefährde. In dieser Kontroverse stehen sich erneut Minderheit und Mehrheit gegenüber, denn die sozialen – eher „linken“ – Einstellungen teilen die „Blockis“ mit einem Großteil der CDU-Anhänger im Osten, die aus den Reihen der Arbeiterschaft und des sozial verunsicherten Kleinbürgertums stammen. Deren Denkmuster spiegeln im übrigen nicht *nur* „altes Denken“ wider, sondern verarbeiten – wie Meinungsumfragen und soziologische Studien zeigen⁴⁶ – auch

von 295 Mitgliedern in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen größeren Block als die CSU.

46 Vgl. E. Noelle-Neumann (Anm. 28). In seiner Ausarbeitung für die Konzeption einer „Grundwerteerklärung“ der CDU-Brandenburg konstatiert der frühere DDR-Bürgerrechtler Ehrhart Neubert (früher DA, inzwischen CDU) aufgrund von Ergebnissen sozialwissenschaftlicher Untersuchungen über die mentalen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschen, die sozialökonomischen Veränderungen in den neuen Bundesländern hätten größere Teile der ostdeutschen Bevölkerung in einen Wertekonflikt gestürzt. Zwar werde der Umbruch generell begrüßt, nun gefährdet geglaubte Perspektiven wie Sicherheit, Geborgenheit und Kontinuität aber nachträglich wieder aufgewertet. Die

aktuelle, reale Erfahrungen mit der Marktwirtschaft. Angesichts der Probleme beim sozialökonomischen Umbau und auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern gehen die Integrationsstrategien der „Landesväter“ Biedenkopf und Vogel denn auch dahin, die Strukturhilfen, Subventionen und staatlichen Arbeitsförderungsmaßnahmen für die neuen Länder mittelfristig zu erhalten. Die begrenzten Konflikte mit der Bundes-CDU und dem Koalitionspartner FDP haben die CDU-Regierungschefs in Thüringen und Sachsen bisher nur gestärkt.

2. SDP/SPD

Sieben Jahre nach der Neuvereinigung hat die am 7. Oktober 1989 in Schwante gegründete ostdeutsche SPD noch immer keine tragfähige Mitgliederbasis. Eine der Ursachen dafür ist, daß sie in der DDR nicht auf gewachsene soziale Strukturen zurückgreifen kann; potentielle sozialdemokratische Milieus (etwa in der Facharbeiterschaft) sind kurz- und mittelfristig nicht rekonstruierbar. Die Traditionen der reformistischen Arbeiterbewegung, die die NS-Zeit überlebten, wurden nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD im März 1946 entweder zerschlagen oder in die SED integriert; die ritualisierte Erinnerung an die Geschichte der Arbeiterbewegung und der verordnete Antifaschismus dienten primär der Legitimationsbeschaffung für den SED-Staat. Sozialstrukturell und sozialkulturell trug die ehemalige DDR Züge einer verkleinbürgerlichten Unterschichtsgesellschaft, die sich auch nach dem Zusammenbruch der DDR und dem Abgang der SED noch in großen Teilen erhalten hat⁴⁷. Zu den Milieus und Nischen der DDR-Gesellschaft, in denen die Basis der Blockparteien beheimatet war, fanden Neugründungen wie die SDP/SPD oder das Bündnis 90, deren aktive Gründungsmitglieder aus den Demokratie-, Friedens- und Umweltgruppen in der DDR kamen, kaum einen Zugang.

Eine zweite Erklärung für die schwache Verankerung der SPD in Ostdeutschland liegt in der ambivalenten Einstellung von Teilen der jüngeren Führungsgeneration in der West-SPD zur deutschen Neuvereinigung als dem wahlentscheidenden

Thema im Super-Wahljahr 1990. Sie bescherte der SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 eine herbe Niederlage, aus der sie auch 1994 nicht wirklich herausfand. Diese deutschlandpolitische Fehleinschätzung ist von der aus der „Enkelgeneration“ hervorgegangenen sozialdemokratischen Führungsgruppe nicht zuletzt deshalb so schwer zu korrigieren, weil ihr Denken in dieser Frage von einer in ihrer politischen Sozialisation begründeten, nachträglichen Identifikation mit dem Projekt der alten, westorientierten Bundesrepublik geprägt ist; die Sympathien für postnationale Politikkonzepte werden durch die Angst vor einem Rückfall der deutschen Politik in den Nationalismus verstärkt⁴⁸. Interessanterweise hat dieses „westliche Deutungsschema“ auch auf einen Teil der sozialdemokratischen Funktionärsschicht in Ostdeutschland abgefärbt.

Um die doppelte Selbstblockade der SPD im Osten aufzubrechen, wollen SPD-Querdenker wie Hans Misselwitz das „Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e. V.“ nutzen. Sie sehen darin eine Art „Denkfabrik“, die sich die Aufgabe stellen müsse, einen Diskurs über spezifische Problemlagen im Osten zu organisieren und zum Ausgangspunkt für ein gesamtdeutsches Projekt grundlegender Reformen zu machen. Die SPD stehe vor der Herausforderung, von den sozialökonomischen Interessenlagen her „ein inhaltlich kohärentes, regional aber durchaus mit unterschiedlichen Akzenten operierendes Konzept für die neue soziale Frage“ zu entwickeln⁴⁹. Gegenüber der PDS als ostdeutscher Protestpartei könnte die Ost-SPD – so Klaus-Jürgen Scherer – eine Zukunft als eine in eine gesamtdeutsche Partei „integrierte Regionalpartei“ haben. Die Sozialdemokraten dürften die Vertretung ostdeutscher Interessen nicht der PDS überlassen, sondern müßten ihren Vorteil nutzen, spezifisch ostdeutsche Interessen mit Hilfe der Gesamtpartei auf bundespolitischem Terrain durchsetzen zu können⁵⁰. Ob die Bundes-SPD eine solche Plattform im Umfeld der Partei auf Dauer tolerieren wird, ist noch nicht absehbar. Gegenwärtig erschöpft sich die Arbeit des „Ostforums“ noch in Kongreß-

Grundwerte der CDU-Programmatik (Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität) müßten daher – so Neubert – für die Ostdeutschen, auch für die CDU-Anhängerschaft, erst einmal in ihr Alltagsleben „übersetzt“ werden, um akzeptiert werden zu können (vgl. Entwurf: Wertepapier CDU-Brandenburg, 13. 8. 1995).

47 Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992, S. 10 ff.

48 Solche kollektiven Ängste vor einem neuen Nationalismus sind vor allem auch bei den Grünen verbreitet und reichen bis an den linken Rand der CDU.

49 So Hans Misselwitz, vgl. Sozialdemokratische Ost-West-Affären. Claudia Ritter befragte Hans Misselwitz, Rainer Land und Klaus-Jürgen Scherer zum Verhältnis von Ost- und Westdeutschen in der Sozialdemokratie, in: Berliner Debatte INITIAL, (1997) 4, S. 49–60, hier: S. 51.

50 Vgl. ebd., S. 54.

veranstaltungen und Musterausstellungen mit punktueller Öffentlichkeitswirkung.

Die Mehrheit der bürgerbewegten SDP/SPD-Aktivistinnen hatte nach der Wende jegliche Zusammenarbeit mit ehemaligen SED-Mitgliedern strikt abgelehnt⁵¹. Sie empfanden daher auch die Angriffe aus dem Unionslager, die ostdeutsche SPD sei von ehemaligen SED-Mitgliedern unterwandert, als beleidigend. Eben diese „closed-shop-Mentalität“, die Abschottung selbst gegen den reformkommunistischen PDS-Flügel, war mit einer der Ursachen für die minoritäre Position der Ost-SPD gewesen. Inzwischen ist in der ostdeutschen SPD eine komplizierte Gemengelage entstanden, die zu einer starken Fragmentierung geführt hat⁵². Zwar gibt es Gemeinsamkeiten in der Identifikation mit der Ost-Politik Willy Brandts und die Rückbesinnung auf den Nations- und Freiheitsbegriff Kurt Schumachers. In der Haltung zur PDS brechen jedoch starke Differenzen auf. Während eine Reihe von SDP-Gründern im Umkreis von Stephan Hilsberg, Markus Meckel und Martin Gutzeit jegliche Kooperation mit der PDS ablehnen, weil sie diese Haltung als eine Identitätsfrage betrachten, die sich aus dem Impetus der Parteigründung als antitotalitärer Kraft in der DDR speist, sehen andere – wie zum Beispiel Steffen Reiche, Thomas Krüger oder Frank Bogisch – darin einen moralischen Rigorismus, der die Ost-SPD daran hindere, mittelfristige Politikstrategien zu entwickeln und in Reformpolitik umzusetzen⁵³.

Die Befürworter einer Kooperation mit der PDS auf Kommunal- und Landesebene argumentieren durchaus unterschiedlich: Während manche das Erbe der sozialistischen Traditionen, das sie in der stalinisierten DDR noch durchscheinen sehen, als politisch-programmatische Ressource betrachten, denken andere eher machtstrategisch bzw. pragmatisch. Eine Zusammenarbeit mit der PDS auf bundespolitischer Ebene wird freilich von der Ost-SPD derzeit fast durchgängig abgelehnt. Eine andere Trennlinie besteht darin, daß Teile der SPD-Anhänger im Osten in ihrer Partei ein Instrument zur Vertretung spezifischer Ost-Interessen vor Ort sehen, während andere dies als vermeint-

lich rückwärtsgewandt ablehnen. Die Erwartung, daß sich die bundesrepublikanische Gesellschaft insgesamt verändern müsse, ist freilich Konsens. Angesichts der Auffächerung der ostdeutschen SPD fällt auf, daß es ihr – vom brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe als Identifikationsfigur einmal abgesehen⁵⁴ – an überregional bekannten, integrationsfähigen Führungspersönlichkeiten fehlt.

III. Probleme der Parteistruktur und -integration

1. Ost-West-Spannungen und Disproportionen

Die Kluft zwischen Ost und West in der neuvereinigten Bundesrepublik spiegelt sich auch in den Parteien wider. Festzuhalten bleibt allerdings, daß der Ost-West-Gegensatz bei allen Parteien nur *eine* innerparteiliche Spannungslinie darstellt. Ebensovichtig sind die Ost-Ost-Konflikte in den östlichen Parteigliederungen, in denen jeweils anders geprägte politische Generationen, Parteikulturen und Interessen aufeinandertreffen. Diese Konflikte laden sich immer wieder an den durch unterschiedliche Herkunft, politische Sozialisation und Mentalitäten bedingten Reibungspunkten auf. Disproportionen und Spannungen gibt es nicht nur in den beiden Volksparteien, sondern auch in der FDP und bei den Bündnisgrünen.

Besonders extrem ist das Mißverhältnis zwischen West und Ost in der PDS, die bisher vergebens versuchte, ihren Charakter als im Osten beheimatete SED-Nachfolgepartei abzustreifen, sich zu einer gesamtdeutschen linkssozialistischen Partei nach skandinavischem Vorbild zu erweitern und im Westen Fuß zu fassen. Die PDS zählt im Westen nur etwa 2 000 Mitglieder, während sie in Ostdeutschland mit ca. 100 000 Mitgliedern die mitgliederstärkste Organisation darstellt. Bei der Bundestagswahl 1994 erreichte sie in den alten Bundesländern nur ein Prozent der Wählerstimmen – einen Anteil, den sie 1998 bestenfalls verdoppeln zu können glaubt. Im Westen hat die PDS zudem das Problem, ausscherende Gruppen und Landesverbände auf die Vorgaben der Parteiführung zu verpflichten, um hier nicht zum „Sammelbecken linker Gruppen und Sekten“ zu werden. Diese Gefahr des Abgleitens ins Sektierertum

51 Daher waren auch die Versuche der Bonner SPD-Spitze, reformorientierte Teile der SED (etwa um den Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer) in die neugegründete SDP/SPD zu integrieren, schon von vornherein zum Scheitern verurteilt.

52 Vgl. H. Misselwitz (Anm. 49), S. 55.

53 Vgl. Hochsaison für Spaltpilze. Die SPD-Politiker Angelika Barbe und Thomas Krüger streiten über den richtigen Umgang mit der PDS, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 3. 1995.

54 Wolfgang Thierse übernimmt eher die Rolle des Moderators.

Tabelle 3: CDU-Mitglieder in den neuen Bundesländern (1990-1997)

Landesverband	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Brandenburg	17 068	13 713	11 292	10 528	9 505	8 981	7 927	7 974
Meckl.-Vorpommern	18 321	14 707	12 375	10 636	10 217	9 864	9 150	8 729
Sachsen	37 231	32 082	28 156	24 517	22 932	21 329	19 205	18 516
Sachsen-Anhalt	26 120	22 224	18 636	16 595	15 461	14 572	12 567	12 130
Thüringen	30 816	26 983	23 808	21 518	19 685	18 627	17 074	16 342

Quelle: Berichte der CDU-Bundesgeschäftsstelle 1992-1997. Angaben jeweils zum Jahresende bzw. zum 31. 8. 1997.

oder in die Beliebigkeit sieht die Parteiführung um Gregor Gysi und André Brie u. a. in der Zulassung von Angehörigen anderer Parteien oder Zirkel auf einer „Offenen Liste“, wie sie der PDS-Landesverband Niedersachsen praktizieren will⁵⁵. Die Konflikte zwischen der Parteiführung und den weitgehend autonomen Landesverbänden im Westen haben sich jüngst wieder an der Frage entzündet, ob sich die PDS noch vor der Bundestagswahl 1998 an Landtagswahlen im Westen beteiligen soll, was die Berliner Wahlkampfleitung ablehnt⁵⁶.

CDU und FDP erhielten durch die Fusionen mit den Pendanten aus der Blockparteien-Ära stattliche Mitgliederzuwächse. Allerdings reduzierte sich der Zugewinn, den die CDU durch die Fusion mit der Block-CDU und der Bauernpartei im Jahr 1990 verbuchte, nach der 1991 abgeschlossenen Karteiereinigung von rund 140 000 auf ca. 111 000 Mitglieder. Durch den kontinuierlichen Mitgliederschwund in *allen* ostdeutschen CDU-Landesverbänden (vgl. Tabelle 3) schrumpfte die CDU-Mitgliederschaft bis zum Jahr 1997 weiter auf ca. 64 000, d. h. fast auf die Hälfte. Der Anteil der ostdeutschen CDU-Mitglieder an der Gesamtmitgliederschaft der CDU verminderte sich seit der Vereinigung von 17 auf ca. 10 Prozent. Damit wird es den ostdeutschen Verbänden nicht leichter, ihre Themen und Probleme in die Gesamtpartei einzubringen.

Der FDP, die 1990 von der „Liberaldemokratischen Partei Deutschlands“ (LDPD) sowie der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NDPD) immerhin über 100 000 Mitglieder übernommen hatte, sind ihre Ostverbände mittlerweile fast völlig weggebrochen; 1995 verzeichnete die

FDP in den neuen Ländern gerade noch ca. 24 000 Mitglieder, d. h., der Mitgliederbestand im Osten war auf ein Viertel zusammengeschmolzen⁵⁷. Eine Ursache dafür ist, daß das mittelständische Potential in Ostdeutschland in noch viel zu geringem Maße entwickelt ist und ohnedies nicht allein von der FDP, sondern auch von anderen Parteien – der CDU, der SPD wie der PDS – angesprochen wird.

Selbst bei den „Bündnisgrünen“, die im Unterschied zu den etablierten Parteien mit dem Anspruch aufgetreten waren, statt eines bloßen Anschlusses von Ost-Grünen und Bündnis 90 an die West-Grünen eine echte Parteinewvereinigung zuwege zu bringen, ist das Ost-West-Verhältnis heute spannungsgeladen. Die Ungleichgewichte und die Unterschiede im Politikstil sind zu groß. Um die Rekrutierungs- und Mobilisierungsschwächen im Osten auszugleichen, wurden zwar bei der Fusion von Bündnis 90 und West-Grünen 1992/93 großzügige Sonderregelungen und Quoten für die Ost-Partner ausgehandelt. Auch soll die finanzielle Unterstützung der Ost-Landesverbände für die Jahre 1997 bis 1999 mit einer Zuwendung von 1 Mio. DM gesichert werden⁵⁸. Dennoch ist die Partei nach wie vor westdominiert. Wie groß die Diskrepanzen zwischen West und Ost sind, zeigen allein die Mitgliederzahlen: 1996 standen knapp 3 000 Mitglieder im Osten ca. 45 000 Mitgliedern in den alten Bundesländern gegenüber. An eine flächendeckende politische Arbeit in den ostdeutschen Landesverbänden ist kaum zu denken, da die Mitgliederbasis viel zu schmal ist und dieses Defizit auch nicht durch personelle und organisatorische Stabilisationsfaktoren in den Landtagsfraktionen aufgefangen werden kann. Die Rückgewinnung der politischen Bühne in den Landtagen und damit auch ein Aufbrechen der Asymmetrie im Ost-West-Verhältnis ist daher für die Bündnisgrünen in Ostdeutschland eine zentrale Heraus-

55 Ein weiterer Streitpunkt zwischen Ost-Berlin und dem Hamburger PDS-Landesverband war ein Plakat im Landtagswahlkampf, auf dem Soldaten als Mörder bezeichnet wurden.

56 Vgl. „Wir sind kein Sammelbecken linker Gruppen und Sekten“, in: FAZ vom 5. 11. 1997. Um ihr Wahlziel zu erreichen, benötigt die PDS ein Viertel der Wählerstimmen im Osten und rund zwei Prozent im Westen. Die PDS-Führung hofft, bei dieser Wahl zu den bisherigen vier Direktmandaten in Berlin zwei weitere in Rostock und Schwerin hinzuzugewinnen.

57 Vgl. Hans Vorländer, Die FDP. Entstehung und Entwicklung, in: O. Niedermayer (Anm. 4), S. 113-134, zum Aderlaß in der Mitgliederschaft vgl. insbesondere S. 124-127.

58 Vgl. Gudrun Heinrich, Von Einheit keine Spur? Bündnis 90/Die Grünen, in: Berliner Debatte INITIAL, (1997) 4, S. 40-48.

Tabelle 4: SPD-Mitglieder in den neuen Bundesländern (1991–1997)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Brandenburg	6 858	6 815	6 684	6 750	6 746	6 778	6 868
Meckl.-Vorpommern	3 287	3 335	3 187	3 452	3 341	3 311	3 470
Sachsen-Anhalt	6 897	5 255	5 510	6 207	6 143	5 989	6 091
Sachsen	4 713	4 750	5 027	5 304	5 178	5 123	5 233
Thüringen	5 549	5 589	5 592	6 012	5 769	5 662	5 589

Quelle: G. Neugebauer (Anm. 61), S. 54, sowie SPD-Bundesgeschäftsstelle (1997).

forderung. Für sie geht es zudem um die Entscheidung darüber, ob sie sich langfristig im ostdeutschen Parteiengefüge als dritte Partei verankern können oder ob sie das politische Terrain im Osten der PDS überlassen werden.

Die Mitgliederzahlen der SPD in den ostdeutschen Landesverbänden machen – wie schon erwähnt – nur einen Bruchteil der Mitgliedschaft der Gesamtpartei aus. Sie sind – wie Tabelle 4 zeigt – auf niedrigem Niveau seit 1991 relativ konstant geblieben. Um die Disproportionen auszugleichen, unterstützt der SPD-Parteivorstand die ostdeutschen Landesverbände seit 1990 beim Aufbau eines hauptamtlichen Apparates, in dem heute ca. 150 MitarbeiterInnen beschäftigt sind.

2. Unterschiedliche Sozillagen und Mentalitäten in den ost- und westdeutschen Parteigliederungen

Der amerikanische Politologe Stephen J. Silvia hat kürzlich die provokante These aufgestellt, daß sich im neuvereinigten Deutschland unter der Oberfläche eines zwar weitgehend identischen Parteiensystems in West und Ost ganz verschiedene Parteien verbergen würden. So sammelten sich z. B. in der Ost-CDU Interessen und Wähler, die in Westdeutschland in der SPD beheimatet seien. Die PDS als ostdeutsche Regionalpartei verglich er mit der bayerischen CSU. Die minoritäre SPD-Ost entspreche den „Grünen“ im Westen, das „Bündnis 90“ der FDP-West⁵⁹. Richtig an dieser Pointierung ist die Beobachtung, daß die Westparteien es im Osten mit sperrigen Parteiteilen zu tun haben und vor einer schwierigen Integrationsaufgabe stehen. Allerdings ist im ostdeutschen Parteiengefüge derzeit noch manches im Fluß, Parteibasen und Interessenkonstellationen sind (noch) nicht in vergleichbarer Weise gefestigt wie im Westen. Ob und wie die Parteien ihre Integrationsaufgabe meistern werden, hängt auch von der Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, den sozialstruk-

turellen Differenzierungsprozessen und vom strategischen Geschick der Führungsgruppen ab.

Einige Beispiele mögen illustrieren, daß Parteidentifikation und Wahlentscheidung in Ostdeutschland anderen als den aus der alten Bundesrepublik bekannten Mustern folgen und welche Integrationsleistungen den Parteiführungen abverlangt werden. So liegt etwa in der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der CDU-Basis in Ost und West und den damit verbundenen sozialen Erfahrungen, Interessenlagen und Mentalitäten ein beträchtliches innerparteiliches Spannungspotential. Auch wenn sich die Unterschiede allmählich abschwächen, so sind sie doch nach wie vor existent: Der Anteil der Selbständigen in der ostdeutschen CDU liegt noch im Jahr 1997 mit knapp 13 Prozent deutlich unter dem Westanteil (22,7), während der Anteil der Arbeiter und Arbeitslosen in der ostdeutschen CDU mit 25,4 Prozent noch immer dreimal so hoch ist wie in den westlichen Landesverbänden (8,4). Nur 3 Prozent der ostdeutschen CDU-Mitglieder sind Beamte, darunter nicht wenige „Wossis“. Im Westen sind die Beamten mit einem viermal so hohen Anteil in der CDU vertreten (1997: 12 Prozent)⁶⁰.

Teile des neuen Mittelstandes in der DDR wandten sich nach der Wende nicht nur der CDU, sondern auch der SPD oder der PDS zu. Entgegen ihrem Image als „Pfarrerpartei“ ist die Ost-SPD bei der technischen Intelligenz vergleichsweise erfolgreich gewesen; aus dieser Gruppe haben sich inzwischen nicht wenige selbständig gemacht. Mancher Unternehmer ist aus Aversion gegen die ehemaligen Blockparteien zur SPD gestoßen, nicht weil er in ihr eine wirtschaftliche Interessenvertretung suchte. Ob so motivierte SPD-Anhänger auch künftig bei dieser Partei bleiben werden, dürfte nicht zuletzt von der Überzeugungskraft der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzepte der ostdeutschen SPD für diese Gruppe abhängen. Frühere DDR-Kader, die nach der

⁵⁹ Auf der Jahrestagung der „German Studies Association“ (GSA) in Seattle (USA) vom 10. bis 13. 10. 1996.

⁶⁰ Vgl. Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs, 9. CDU-Parteitag in Leipzig, 1997, S. 54.

Wende ihre Zukunft in der Wirtschaft suchten, sind politisch häufig in der PDS beheimatet, obwohl diese Partei zur Frage des Privateigentums keine klare Position bezieht und Interessenkonflikte nicht auszuschließen sind. Besonders ausgeprägt ist die PDS-Neigung unter Beamten und Angehörigen des öffentlichen Dienstes – ein Relikt des aufgeblähten DDR-Staatsapparates. Rund ein Drittel der ostdeutschen Beamten sympathisiert mit der PDS⁶¹. In der Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist sie nur unterdurchschnittlich repräsentiert. So wird ausgerechnet die PDS von Ostdeutschen als „ostdeutsche FDP“, als „Partei der ostdeutschen Besserverdienenden“, charakterisiert. Nicht wenige ihrer Anhänger und Mitglieder gehörten inzwischen zu einem Netzwerk von Mittelständlern und solchen, die von der Vereinigung profitiert hätten.

Um die für ihre historische Identität zentrale Wählergruppe der Arbeiter konkurriert die Ost-SPD sowohl mit der PDS als auch mit der CDU, in deren Wählerschaft (insbesondere in Sachsen und Thüringen) der Anteil der Arbeiter relativ groß ist. Gerade ihre Erwartungen an die CDU sind wegen der den Christdemokraten traditionell zugeschriebenen Wirtschaftskompetenz sehr hoch; nur ein Zehntel der ostdeutschen Arbeiter, die 1994 CDU gewählt haben, bezeichnete sich als „Einheitsverlierer“. Das Vertrauen in die Regierungspartei könnte freilich bei einem anhaltenden „Abschwung Ost“ allmählich schwinden. Der Stimmungswandel schlägt sich bereits in einer zwar langsamen, aber stetigen Abnahme des Stimmenanteils nieder, den die CDU in der Arbeiterschaft noch 1990 erzielte. So ist die CDU bei den Arbeitern zwar noch immer deutlich Mehrheitspartei (1994: 41 Prozent gegenüber 35 Prozent für die SPD); selbst die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft – im Westen die klassische Stammklientel der SPD – votierte in Ostdeutschland zu fast gleichen Teilen für CDU und SPD. Allerdings hat sich der Anteil der Arbeiterstimmen, die die SPD 1994 gewann, gegenüber 1990 mittlerweile um 10 Prozent erhöht bzw. der Vorsprung der CDU vor der SPD von 25 auf 6 Prozent verringert⁶². Neuere Untersuchungen zur Bundestags-

wahl 1994 zeigen im übrigen, daß ostdeutsche Arbeiter, die noch bei der Bundestagswahl 1990 zur CDU strömten, ihre Interessenvertretung zunehmend bei SPD und PDS sehen, selbst wenn sie derzeit noch der CDU ihre Stimme geben. Gelänge es der SPD – so die Autoren dieser Studie⁶³ – den Teil der Arbeiterwähler, der zwar derzeit noch CDU wähle, zur Hälfte aber auch mit der SPD sympathisiere, davon zu überzeugen, daß sie Arbeiterinteressen vertrete, sich für Ostdeutsche einsetze sowie Leistung und Kompetenz vorzuweisen habe, so könnte sie diese Wähler längerfristig an die SPD binden.

IV. Fazit

1. Die aus den Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen der DDR kommenden politischen Kräfte sind heute auf drei Parteien verteilt: auf die Partei Bündnis 90/Die Grünen, auf die SPD und die CDU. Jene Gruppierung, die sich im Mai 1993 mit den West-Grünen als Bündnis 90/Die Grünen zusammenschloß, hat in den letzten Jahren in Ostdeutschland an politischem Einfluß verloren und stagniert mit niedrigen Mitgliederzahlen auf dem organisatorischen Existenzminimum. Parteiintern ist ihr Einfluß trotz vieler Sonderregelungen gering; die Bündnisgrünen sind – auch wegen der Mitglieder- und Organisationsschwäche der ostdeutschen Landesverbände – stark westdominiert. Organisatorische Ungleichgewichte, unterschiedliche Herkunftsmilieus, Themen und Identitätsstrategien kennzeichnen das schwierige Ost-West-Verhältnis. Nach den Stimmenverlusten bei den

tenes Handlungsmuster durch Auseinandersetzung mit den gewandelten sozialen und politischen Gegebenheiten neu entwickelt“ wurde. Faktisch bedeutet das die Aufgabe der „Tabula-rasa-These“ und eine Differenzierung des „Rational-Choice-Ansatzes“, dem zufolge die „modernen“ ostdeutschen Wähler ihre Entscheidung nach dem Muster des „Issue-voting“ und frei von längerfristigen Bestimmungsgründen des Wahlverhaltens getroffen hätten.

⁶³ Vgl. Peter Gluchowski/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland, in: O. W. Gabriel/O. Niedermayer/R. Stöss (Anm. 6), S. 179–208. (Die Autoren werten Daten aus einer Nachwahlstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Bundestagswahl 1994 aus.) Die Schwäche der SPD sehen die Verfasser darin, daß die ostdeutschen Arbeiterwähler die Vertretung gruppenspezifischer Interessen oder traditionelle Wähler-Parteien-Koalitionen als weniger wichtig erachten als die Orientierung an Sachfragen sowie generell der Leistung und Kompetenz der Parteien. Dies begünstige die CDU (als Partei der deutschen Einheit) und habe bisher die Entstehung der aus dem Westen bekannten Hauptkonfliktlinien behindert (vgl. S. 202 f.).

⁶¹ Vgl. FAZ vom 29. 8. 1995.

⁶² Vgl. Gero Neugebauer, Die SPD, in: O. Niedermayer (Anm. 4), S. 49 f.; Thomas von Winter, Wählerverhalten in den östlichen Bundesländern: Wahlsoziologische Erklärungsmodelle auf dem Prüfstand, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1996) 2, S. 298–316. Von Winter bietet die plausible Erklärung an, daß die Reetablierung des sozioökonomischen „cleavage“ nicht als einfache Wiederbelebung, sondern als ein „kollektiver Lernprozeß“ gedeutet werden müsse, in dem „ein historisch in Vergessenheit gera-

Landtagswahlen 1994 sind die ostdeutschen Bündnisgrünen nur noch im Landtag von Sachsen-Anhalt parlamentarisch vertreten und ansonsten auf Basisaktivitäten und Kommunalpolitik beschränkt. Für den Fall, daß sie auch diese politische Bühne verlieren und weiter marginalisiert werden, stellt sich die Frage, wie sie ihre spezifischen Anliegen auf Dauer angemessen vertreten können.

2. Auch die SDP/SPD ging aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung hervor. Ihr Gründerkreis grenzte sich ganz bewußt von der SED, ihrem Umfeld und ihrer Nachfolgepartei ab, um als eigene Parteikultur überleben zu können. Ein Teil des Gründerkreises beharrt nach wie vor auf dieser Position und wird deshalb inzwischen von einer wachsenden Mehrheit, die eine auf die Kommunal- und Landespolitik begrenzte Kooperation mit der PDS nicht mehr ausschließen will, als „moralistisch“ oder „fundamentalistisch“ bezeichnet. Die Ost-SPD ist heute als „Zwischenpartei“ zwischen PDS und CDU „eingeklemmt“, d. h., die Konfliktlinie, die zwischen CDU und PDS verläuft, zieht sich mitten durch sie selbst hindurch. Die Ost-SPD kann diese Zerreißprobe nur dann unbeschadet überstehen, wenn punktuelle Kooperationen mit anderen Parteien (insbesondere der PDS) nicht mit dem Verlust der Glaubwürdigkeit der Partei erkaufte werden. Der PDS hat die Ost-SPD voraus, daß sie ostdeutsche Interessen aufgreifen, in der Gesamtpartei artikulieren und mit deren Hilfe auf die bundespolitische Agenda bringen kann. Eine solch entschiedene Interessenpolitik, die übrigens auch der PDS Wind aus den Segeln nehmen würde, müßte der Bundes-SPD freilich zuerst abgefordert werden.

3. Die Liberalen stellen derzeit in Ostdeutschland keinen politischen Faktor mehr dar, weil ihnen die mittelständische Basis fehlt und weil sie für die ostdeutsche Bevölkerung keine politischen Angebote bereithalten.

4. Die CDU hat sich vor der Volkskammerwahl 1990 aus machstrategischen Gründen für eine Kooperation mit der ehemaligen Block-CDU entschieden, sich damit aber zugleich massive Integrationsprobleme eingehandelt. Der Alt/Neu-Konflikt ist zwar inzwischen politisch weitgehend ausgestanden, parteikulturell aber noch vorhanden. In Sozialstruktur und Mentalität breiter Teile der Partei im Osten verankert, ist er auch zukünftig in der aktuellen politischen Auseinandersetzung repolitisiert. Den wertkonservativen Kräften aus der DDR-Bürgerbewegung, die 1990 zur CDU stießen, ist es zum Teil – insbesondere in

Sachsen – gelungen, aus einer winzigen Minoritätsposition heraus einflußreiche Positionen in Partei, Fraktion und Regierung zu übernehmen und zu einer innovativen Kraft in den Führungsgruppen der ostdeutschen CDU zu werden. Trotz dieses Erfolgs befinden sie sich aber gegenüber der Majorität aus ehemaligen CDU-Mitgliedern und angepaßten Neuzugängen nach wie vor in einer prekären Situation, die immer wieder austariert werden muß. Ihr Problem ist, daß es ihnen nicht gelungen ist, einen Mitglieder Schub auszulösen, um ihre Gruppierung von der Basis her zu stärken.

Ihre Wahlerfolge in Ostdeutschland verdankt die CDU nicht zuletzt den Arbeiterwählern, deren gruppenspezifische Interessen derzeit noch von anderen Orientierungen und Dankbarkeiten (deutsche Einheit) überlagert werden. Allerdings sind bereits Ansätze eines Stimmungswandels erkennbar, der sich beschleunigen könnte, wenn den Ostdeutschen nach dem Ende der Ära Kohl eine vergleichbare, die innerparteilichen Interessendivergenzen überwölbende Integrationsfigur fehlen wird. Fraglich ist nach der bisherigen Praxis der auf Sparflamme agierenden ostdeutschen „CDU-Sozialausschüsse“, ob die CDU in der Lage ist, Integrationsmechanismen und Bindekräfte für die Arbeiterklientel zu entwickeln und ihr im Sinne der gesamtdeutschen und christlich-sozialen Traditionen der Ost-CDU unter Jakob Kaiser auch echte Einfluß- und Beteiligungsmöglichkeiten zuzugestehen. Falls relevante Teile dieser Arbeiterwähler abwandern würden, brächte dies die strukturelle Mehrheit der Union in Gefahr.

5. Die PDS profitiert von einem seit 1992 einsetzenden Stimmungsumschwung in den neuen Bundesländern von der Vereinigungseuphorie hin zur Ernüchterung. Sie konnte zwar bei der Bundestagswahl 1994 nicht die Fünf-Prozent-Hürde überspringen, erzielte aber bei den Landtagswahlen 1994 große Zugewinne und ist mit einem Anteil von rund 20 Prozent der Wählerstimmen dritte politische Kraft in Ostdeutschland. Als regional begrenzte Milieupartei lebt sie als einzige Partei von dem Ost-West-Konflikt, der sich mitten durch die anderen Parteien hindurchzieht. Zu ihrem Wähleranhang zählen nicht nur die alten DDR-Eliten und -Nostalgiker, sondern auch Jungwähler und „Vereinigungsverlierer“. Als Partei droht sie jedoch zu vergreisen⁶⁴. Ihre Mitgliederschaft

64 Zwei Drittel der PDS-Mitglieder sind 60 Jahre und älter; daß nur 10 Prozent jünger als 40 Jahre und nur 2 Prozent jünger als 30 Jahre sind, gilt in der Partei als ein zentrales Zukunftsproblem (vgl. „Mental hinter Parteitagbeschlüssen zurückgeblieben“. PDS-Studien bestätigen Schwächen der Partei, in: FAZ vom 16. 4. 1997).

besteht zu weiten Teilen aus DDR-Traditionalisten mit sozial-autoritären bis strukturkonservativen Einstellungen, die ihre reformkommunistische Führung eher erträgt als trägt, weil sie die politische Attraktivität der PDS gewährleistet. Insofern steht der PDS eine mögliche Spaltung noch bevor. Es ist mehr als fraglich, ob die Führungsgruppe ihren Anspruch, die PDS zu einer moder-

nen linkssozialistischen Partei umzugestalten, einlösen kann; eine Westausdehnung ist nicht in Sicht. Die PDS wird aber noch für längere Zeit ein politischer Faktor in Ostdeutschland bleiben, da mit einem Abebben des innerdeutschen Ost-West-Konflikts derzeit nicht zu rechnen ist und die Verteilungskonflikte in Deutschland sich eher noch verschärfen werden.

Stefan Immerfall: Strukturwandel und Strukturschwächen der deutschen Mitgliederparteien

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/98, S. 3-12

Bei allen Krisensymptomen und Integrationsdefiziten gibt es keinen Automatismus, der zu einem generellen Abstieg der deutschen Mitgliederparteien führen müßte. Dies wird anhand der Dimensionen organisatorische Bestandssicherung, politische Machtausübung, innerparteiliche Mitwirkung und öffentlichkeitswirksame Werbung gezeigt. Allerdings unterliegen auch die deutschen Parteien einer neuerlichen Modernisierung der Organisationsform „Partei“, die es mit sich bringt, daß die sozialen Verflechtungen der Partei mit der Gesellschaft ausgedünnt werden. Das erschwert die politische Beteiligung vor allem der sozial am Rand stehenden Teile der Bevölkerung. Außerdem haben es die Parteien mit einem Wandel des Politischen zu tun, in dessen Konsequenz sie an Bedeutung einbüßen.

Den deutschen Parteien geht es wie dem Modell Deutschland, das sie einst erfolgreich mit aufgebaut und repräsentiert haben: Es hat den internationalen Ausnahme- und Vorbildcharakter verloren, aber das auf einem enorm hohen Niveau.

Elmar Wiesendahl: Wie geht es weiter mit den Großparteien in Deutschland?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/98, S. 13-28

Mit dem Ausgang des Superwahljahres 1994 war verschiedentlich von Parteienforschern die These zu vernehmen, daß sich die zuvor noch unter starkem Druck stehenden Großparteien in ihrer Lage stabilisiert bzw. sogar regeneriert hätten. Diese Ad-hoc-Interpretationen erscheinen aus heutiger Sicht zu Beginn des Bundestagswahljahres 1998 als voreilig. Die Ergebnisse der Landtagswahlen zwischen 1995 und 1997 sowie die anhaltende Organisationsschwäche von CDU und SPD sprechen eher für eine weiter fortschreitende Erosion ihrer Wähler- und Mitgliederbasis. Im Rückblick auf bessere Zeiten läßt sich belegen, daß sich beide Großparteien nach ihrer einmaligen Hoch- und Glanzzeit in den sechziger und siebziger Jahren seit den achtziger Jahren auf einem stetigen elektoralen Abschwungkurs befinden. Gleichzeitig schrumpften ihre Mitgliederbasis wie ihre Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die Folgen dieser synchronen Negativentwicklung halten sich für die beiden schrumpfenden Großparteien deshalb in Grenzen, weil der elektorale und gesellschaftliche Abstieg ihrer unangefochtenen Vorherrschaft auf der parlamentarischen Ebene und bei der Regierungsbildung nichts anhaben konnte. Allerdings tut sich damit in dem Maße, wie sich der Wählerrückhalt und die Bevölkerungsanbindung von CDU und SPD immer mehr auflösen, eine wachsende Scherenbildung zwischen ihrer parteienstaatlich abgesicherten Hegemonie und ihrer gesellschaftlichen Legitimations- und Verwurzelungsbasis auf.

Angesichts tiefgreifender Übergangsprobleme der Bundesrepublik und hierdurch aufbrechender ökonomischer und sozialer Spaltungen ist mittelfristig mit einer weiteren Schwächung der Großparteien zu rechnen. Eine Erschütterung der parteiendemokratischen Legitimationsbasis der Großparteienhegemonie in Deutschland kann in diesem Zusammenhang nicht ausgeschlossen werden.

**Ulrich von Alemann/Rolf G. Heinze/Josef Schmid: Parteien im Modernisierungsprozeß.
Zur politischen Logik der Unbeweglichkeit**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/98, S. 29-36

Parteien befinden sich inmitten eines weitreichenden Modernisierungsprozesses, der ihre gesellschaftliche Umwelt wie ihre eigenen Organisationsstrukturen betrifft. Vielfach wird in diesem Zusammenhang eine Diskrepanz zwischen den Herausforderungen und den Antworten kritisiert. Allerdings sind die Veränderungen in den Umwelten äußerst heterogen, so daß einfache Lösungen versagen und die Widersprüche leicht zu Blockaden führen. Zugleich verstärkt die interne Unübersichtlichkeit und Politisierung diesen Hang zur Unbeweglichkeit. Diese ist freilich keine Folge von Fehlentscheidungen führender Politiker und besonderes Merkmal der Parteien; vielmehr sind viele Defizite strukturell bedingt und auch bei Gewerkschaften, Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden – eben allen politisch-moralischen Großorganisationen – anzutreffen. Lösungen sind hier nicht leicht zu finden, und wenn, dann setzen sie die Einsicht in die Bescheidenheit der Möglichkeiten voraus.

Ute Schmidt: Sieben Jahre nach der Einheit. Die ostdeutsche Parteienlandschaft im Vorfeld der Bundestagswahl 1998

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/98, S. 37-53

Sieben Jahre nach der Neuvereinigung zeichnet sich in der politischen Landschaft Ostdeutschlands faktisch eine Drei-Parteien-Konstellation ab: Neben der CDU, die aus dem zur Volkskammerwahl 1990 geschlossenen Wahlbündnis der „Allianz für Deutschland“ hervorging (und seitdem Mehrheitspartei ist), und der PDS als SED-Nachfolgepartei, der es wider Erwarten gelungen ist, sich im ostdeutschen Parteiengefüge als dritte Kraft zu etablieren, ist allein die 1989 neugegründete SDP/SPD in allen ostdeutschen Landesparlamenten vertreten. Die Liberalen stellen in Ostdeutschland nach einer kurzen Aufbruchphase derzeit keinen politischen Faktor mehr dar. Aber auch die aus der Bürgerrechtsbewegung kommenden politischen Kräfte, die 1993 mit den West-Grünen fusionierten, haben an politischem Gewicht verloren. Für die ostdeutschen Bündnisgrünen geht es in den kommenden Wahlgängen darum, ob sie die politische Bühne in den Parlamenten zurückgewinnen oder ob sie ihr politisches Terrain als dritte Partei in Ostdeutschland der PDS überlassen. Die relative Stärke der PDS sowie die Tatsache, daß es in drei der fünf neuen Länder rein quantitativ eine Mehrheit links von der Union gibt, die aber wegen ihrer inneren Spaltung nicht realisiert werden kann, beeinflussen zwangsläufig und zunehmend auch die – kontroversen – Strategiediskussionen in den östlichen Gliederungen der beiden Volksparteien.

Die Kluft zwischen West und Ost in der neuvereinigten Bundesrepublik spiegelt sich auch in den Parteien wider. Neben den Disproportionen und Spannungen im Ost-West-Verhältnis gibt es spezifische Konflikte in den östlichen Parteigliederungen selbst, die sich immer wieder an den durch unterschiedliche Herkunft, politische Sozialisation, Interessen und Mentalitäten bedingten Reibungspunkten aufladen. Ob und wie die Parteien ihre Integrationsaufgabe meistern werden, hängt nicht nur von der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, sondern auch vom strategischen Geschick ihrer Führungsgruppen ab. Der Test darauf steht ihnen noch bevor.